

# die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International Lizenz, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Anti-war\\_inscription\\_in\\_the\\_Saint\\_Petersburg\\_\(2022-05-07\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Anti-war_inscription_in_the_Saint_Petersburg_(2022-05-07).jpg)

## WIDERSTAND GEGEN DEN „NICHT-KRIEG“

## INHALT

<i>Russland im Krieg</i>	
<b>Widerstand gegen den „Nicht-Krieg“, Interview mit Alexandra Sapolskaja und Michail Lobanow</b> .....	<b>3</b>
<b>Wir lassen uns nicht unterkriegen! Interview mit Warja Michailowa</b> .....	<b>10</b>
<b>Der Arbeiter ist immer in einer schwachen Position, Gespräch mit Aktivist*innen</b> .....	<b>15</b>
<i>Debatte</i>	
<b>Solidarischer Antiimperialismus oder heuchlerischer Pazifismus, Christian Zeller</b> .....	<b>19</b>
<b>Mit dem Ukrainekrieg werden Kräfteverhältnisse verschoben, Jakob Schäfer</b> .....	<b>22</b>
<i>Militarisierung</i>	
<b>Ukraine-Krieg und deutsche Großmachtambitionen, Jürgen Wagner</b> .....	<b>25</b>
<i>Ökonomie</i>	
<b>Wirtschaft ohne Kompass, Norbert Holcblat</b> .....	<b>29</b>
<i>Chile</i>	
<b>Wie lässt sich die breite Ablehnung der neuen Verfassung erklären?</b> <i>Franck Gaudichaud und Miguel Urrutia</i> .....	<b>38</b>
<i>Italien</i>	
<b>Die alten sind auch die neuen Feinde der Arbeiterklasse, Sinistra anticapitalista</b> .....	<b>43</b>
<i>Vereinigtes Königreich</i>	
<b>Enough is enough, Thierry Labica</b> .....	<b>46</b>
<i>Frankreich</i>	
<b>Die Wege des Zorns, Léon Crémieux</b> .....	<b>49</b>
<i>Iran</i>	
<b>Vorsicht vor den falschen Freunden, Yassamine Mather</b> .....	<b>56</b>
<b>Solidarität mit der Protestbewegung im Iran, Exekutivbüro der IV. Internationale</b> .....	<b>59</b>
<i>Rezension</i>	
<b>„Die Warengesellschaft und die Herausforderung der multiplen Krise“, Friedrich Voßkuhler</b> .....	<b>61</b>
<i>Selbstverständnis</i>	
<b>Wer wir sind und was wir wollen</b> .....	<b>65</b>
<i>letzte Seite</i>	
<b>Hochwasserkatastrophe in Pakistan</b> .....	<b>66</b>

## IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss\*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor\*innen wieder.

Redaktion:  
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,  
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich  
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis  
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-  
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

[www.intersoz.org](http://www.intersoz.org)

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:  
die internationale  
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
Vertrieb:  
[internationale-vertrieb@intersoz.org](mailto:internationale-vertrieb@intersoz.org)

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:  
ISO,  
[iso@intersoz.org](mailto:iso@intersoz.org),  
<https://intersoz.org/>
- Österreich:  
SOAL, Sozialistische Alternative,  
[office@soal.at](mailto:office@soal.at),  
<https://soal.at/>

- Schweiz:  
BFS/MPS, [info@bfs-zh.ch](mailto:info@bfs-zh.ch),  
<https://sozialismus.ch/>

# WIDERSTAND GEGEN DEN „NICHT-KRIEG“

Wie hat der Krieg die Kommunistische Partei Russlands (wieder) zu einer konservativen Kraft gemacht? Warum sollte die Linke in Russland an Kommunalwahlen teilnehmen? Werden in Russland politische Massenbewegungen auftauchen? Die Aktivistin und Soziologieprofessorin **Alexandra Sapolskaja** und der Moskauer Dozent und Mitbegründer der Plattform „Nominierung“ **Michail Lobanow** sprechen über ihre Erwartungen im Vorfeld der Wahlen im September.

## Wie hat die „Spezialoperation“ die Strategie der Opposition insgesamt und die linke Bewegung im Besonderen verändert?

**Michail:** Nach Beginn der „Spezialoperation“ beschloss ein Teil der Opposition, abzuwarten und ihre eigenen Pläne aufzugeben. Viele Gruppen, die vor dem „Nicht-Krieg“ [ein ironischer Hinweis auf das gesetzliche Verbot, den Krieg als Krieg zu bezeichnen] existierten, sind aus dem öffentlichen Raum verschwunden. Zum Beispiel erwarteten einige Aktivist\*innen, die Kommunalabgeordneten [und] Leute, die Kommunalabgeordnete werden wollten, dass Maxim Katz' Gruppe dieses Jahr eine Plattform für die Kommunalwahlen vorschlagen würde. Aber Katz und sein Team beschlossen, dass sie nicht bereit sind, unter den Bedingungen der „Spezialoperation“ aktiv zu werden.

Viele Bewegungen und einzelne Menschen litten unter der politischen Repression. Und selbst diejenigen, die sich erst jetzt aktiv mit der Antikriegsbewegung beschäftigen, erlitten strafrechtliche Verfolgung und landeten in U-Haft. Diese Entwicklung betraf nicht nur große Bewegungen, sondern auch kleine regionale Gruppen. Zum Beispiel wurden in Ufa Anklagen gegen linke Aktivist\*innen erhoben – eine offensichtliche Provokation der Spezialkräfte.

Es gibt politische Kräfte, die über viele Jahre hinweg immer wieder sagten, dass ein Krieg bevorstehe; sie könnten jetzt einen gewissen politischen Gewinn aus ihren Warnungen ziehen. Noch sehen wir das nicht, und es muss auch nicht unbedingt geschehen. Ich meine zum Beispiel die „Jabloko“ [die älteste liberale Oppositionspartei], die nie zur Antikriegsbewegung beigetragen hat. Die aktuelle Situation hat den jetzigen Kommunalwahlkampf maßgeblich beeinflusst: Im Vergleich zu 2017 ist die Zahl der Kandidat\*innen für die Moskauer Kommunalwahlen deutlich gesunken.

## Michail, bei den Wahlen zur Staatsduma 2021 bist Du als Kandidat der KPRF angetreten. Ist es heute noch möglich, mit der KPRF zu arbeiten? Und wie hat sich die Position und die Rolle dieser Partei in Bezug auf den Krieg verändert?

**Michail:** Das Beispiel der KPRF kann uns helfen zu erkennen, wie sich die Politik der Parlamentsparteien und ihre Vorbereitung auf die Kommunalwahlen seit Beginn des „Nicht-Kriegs“ verändert haben. Wir sahen, wie Nawalnys Anhänger\*innen verfolgt und nicht-systemtreue Oppositionsgruppen zerstört wurden. Nach dieser Niederlage waren die Menschen schließlich bereit, als Zeichen des Protestes für die KPRF-Kandidat\*innen zu stimmen. Und

die KPRF begann, sich als vereinte Oppositionsplattform zu positionieren. Sie nahm weiterhin an Wahlen teil, um ihren Status als sekundäre politische Partei zu bewahren – der Verlust dieses Status hätte zum Verschwinden der KPRF als solcher führen können.

Zu einem bestimmten Zeitpunkt begannen Vertreter\*innen der Partei interessante und unabhängige Kandidat\*innen

**“ Einige Parteivertreter\*innen, die sich weigerten, Kandidat\*innen zu helfen, sagten: ‚Wir beschäftigen uns hier mit Kommunalwahlen, nicht mit Politik‘.“**

anzusprechen, um auf der KPRF-Liste zu kandidieren. Zu diesem Zweck begannen sie, mehr in Bezirke mit nur einem Sitz zu investieren. Der reale politische Kampf in diesen Distrikten inspirierte die Kandidat\*innen zur Arbeit, um bei den nächsten Wahlen erfolgreich zu sein. Diese Arbeit wirkte sich auf viele Menschen aus: KPRF-Mitglieder, potenzielle Kandidat\*innen und Oppositionsvertreter\*innen, die begannen, eine Stimme für die KPRF als eine Möglichkeit zur Teilnahme an den Wahlen in Betracht zu ziehen. Eine solche Erfahrung geht nicht spurlos vorbei. Viele von denen, die in der Partei waren oder ihr nahestanden, verstanden, dass sie wirklich in einen Kampf mit dem russischen politischen Regime eingetreten waren. Sie sahen, dass einige ihrer Genoss\*innen wegen ihrer politischen Tätigkeit verhaftet oder unterdrückt worden waren, dass aber gleichzeitig die Unterstützung der Menschen spürbar wurde.

Junge Leute begannen, in die Partei zu kommen. Die Ansichten alter Parteiaktivist\*innen begannen sich zu ändern. Die KPRF begann sich nach links zu bewegen und es gab eine spürbare Abkehr von der rechts-konservativen Rhetorik. Aber die aktuelle außenpolitische Situation in Russland hat all diese Veränderungen infrage gestellt.

Jetzt sehen wir, dass viele Abgeordnete in regionalen und örtlichen Parlamenten, die auf KPRF-Listen gewählt wurden, sich gegen den Krieg aussprechen. In Moskau sind von den unabhängigen Kandidat\*innen für die Kommunalwahlen die meisten gegen den Krieg. Aber die KPRF-Führung verkündete sofort nach Beginn der „Spezialoperation“ ihre Unterstützung für die Militäroperationen und die Politik des Kremls, ohne sich Gedanken darüber zu machen, was

da vor sich geht. Gleichzeitig haben sich Parteimitglieder, einzelne Ortsgruppen und sogar einige regionale Komso-mol-Organisationen geweigert, die Position der Führung zu unterstützen.

Um die Risiken einer möglichen Spaltung einzudämmen, begann die KPRF, Druck auf diejenigen auszuüben, die öffentlich Position gegen den Krieg bezogen. Für eine Weile galt die Regel, dass man sich dagegen aussprechen konnte, aber nur auf individueller Basis, nicht als Gruppe. Darüber hinaus hat die KPRF im letzten halben Jahr die Kontakte zu anderen oppositionellen Kräften abgebrochen, die sich gegen den „Nicht-Krieg“ äußern.

Wir haben die Plattform „Nominierung“<sup>41</sup> organisiert, die den Antikriegskandidat\*innen helfen kann, bei den Kommunalwahlen einen Sieg zu erzielen. Viele KPRF-Kandidat\*innen nehmen an diesen Wahlen teil, und unsere Plattform kann ihre Erfolgchancen erheblich verbessern. Aber offensichtlich ist die KPRF nicht daran interessiert, dass ihre Kandidat\*innen gute Ergebnisse erzielen. Viele von ihnen weigern sich, mit uns zusammenzuarbeiten. Wie sich herausstellt, hat die Partei diese Entscheidung nicht offiziell getroffen – es basiert vielmehr auf Entscheidungen einer Reihe von einzelnen Personen.

#### **Wie sehen die Aussichten der Wahlpolitik heute aus?**

**Michail:** Wir nutzen die Wahlen, um die Aktivist\*innen früherer Wahlkämpfe zu mobilisieren. Leider gibt es keine Garantie, dass wir irgendwelche Mandate erringen werden, da Kandidat\*innen aufgrund von Verwaltungs- und Strafverfahren und auch durch die Wahlkommissionen von den Stimmzetteln gestrichen werden können. Trotzdem denke ich, dass wir an Wahlen teilnehmen müssen, da die Bedeutung unserer Aktivitäten darin besteht, Teams zu organisieren und Erfahrungen zu sammeln, die später in etwas anderes eingehen werden.

#### **Hat der Krieg politische Aktivitäten und die Kommunalwahlen beeinflusst? Wurden viele Oppositionskandidat\*innen von den Wahlen ausgeschlossen? Wie sieht hier die Strategie der Behörden aus?**

**Michail:** Die Mehrheit der Kandidat\*innen, die sich unserer Plattform angeschlossen haben, sind bereits registriert. Jetzt greifen die Behörden auf verschiedene Strategien zurück, um Kandidat\*innen zu streichen. In der ersten Phase haben die „Spezialoperation“ selbst und der Schock, den sie in der russischen Gesellschaft auslöste, viele

Menschen „herausgefiltert“. Einige weigerten sich, an den Wahlen teilzunehmen, andere wurden entfernt und andere potenzielle Kandidat\*innen haben Moskau verlassen. In der nächsten Phase wurden Kandidat\*innen mit Bußgeldverfahren eingeschüchtert, beispielsweise wegen des Zeigens extremistischer Symbole. Dies betraf mehrere Personen, vor allem diejenigen, in denen die Behörden potenzielle Leiter von Stadtteilteams sahen. Alles kann zum Vorwand für Verfahren werden: das Zeigen extremistischer Symbole [wie das Ausrufezeichen von Nawalnys Logo] oder eine Erwähnung des Projekts „Smart Voting“ [gestartet von Nawalny]. Derart vorbestrafte Kandidat\*innen können für ein Jahr nicht zur Wahl kandidieren.

In der zweiten Phase werden selbst-nominierte Kandidat\*innen innerhalb von zehn Tagen während der Registrierung herausgefiltert. Während dieses Zeitraums kann ein anderer Kandidat die Registrierung [seines Gegners] vor Gericht anfechten. Das Bürgermeisterbüro hatte seine Spoiler-Kandidat\*innen: Personen mit denselben Nachnamen wie kommunale Abgeordnete, die irrtümlich einige Stimmen erhielten, und solche, die durch Anwälte mit illegalem Zugang zu Dokumenten der Wahlkommissionen Anklage gegen andere Kandidat\*innen erhoben. Darüber hinaus wurden junge Kandidat\*innen oft aufgrund von Unterschriften abgelehnt – Graphologen stellten in einigen Bezirken Fehler in den Unterschriftenlisten fest. In einigen Bezirken haben die städtischen Angestellten „Unregelmäßigkeiten“ erfunden.

Das kostet die Oppositionskandidat\*innen ziemlich viel, weil sie die Menschen verlieren, die den Wahlkampf unterstützt haben. Diejenigen, die noch nicht gestrichen wurden, werden es wahrscheinlich auf die Stimmzettel schaffen, denn schließlich haben die Behörden nicht mehr viele Möglichkeiten, jemanden auszuschließen. Die Kandidat\*innen, die jetzt am stärksten gefährdet sind, sind die von Parteien, weil die politischen Parteien in Russland immer dem Druck der Behörden ausgesetzt waren. Es gibt eine dritte Stufe des Aussiebens, in der die Parteien ihre Unterstützung für die Kandidat\*innen zurückziehen können. Vor der „Spezialoperation“ erwarteten einige, dass die Parteien frei agieren und ihre Kandidat\*innen bei diesen Wahlen selbst bestimmen könnten. Sie boten an, den Kandidat\*innen beim Nominierungsprozess zu helfen, aber dann erhielten sie entsprechende Anweisungen von den Behörden und verweigerten diese [von ihnen selbst angebotene] Hilfe. Dies erlebten insbesondere mehrere Kandidat\*innen, die sich entschieden hatten, die Nominierung durch die Partei „Neues Volk“ vornehmen

zu lassen. Im letzten Moment wurde ihnen die Nominierung aufgrund der Tatsache verweigert, dass diese Leute irgendwann an einer Demonstration teilgenommen oder sich gegen Wahlbetrug ausgesprochen haben.

**Alexandra:** Einige Parteivertreter\*innen, die sich weigerten, Kandidat\*innen zu helfen, sagten: Wir beschäf-

**“ Die KPRF begann sich nach links zu bewegen und es gab eine spürbare Abkehr von der rechts-konservativen Rhetorik. Aber die aktuelle außenpolitische Situation in Russland hat all diese Veränderungen infrage gestellt.“**

tigen uns hier mit Kommunalwahlen, nicht mit Politik.“ Für sie ist ein Kommunalwahlkampf nicht der richtige Ort für Politik.

**Michail:** Die Behörden streben bei diesen Wahlen eine geringere Wahlbeteiligung an. Diese Situation ist anders als bei den Vorbereitungen für die Wahlen zur Staatsduma oder den Präsidentschaftswahlen, bei denen die Behörden ein Interesse an den konkreten Ergebnissen haben. Die Plattform „Nominierung“ wurde unter anderem geschaffen, um die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen zu erhöhen. Wir versuchen auch, Kandidat\*innen aus verschiedenen Stadtvierteln mit einem stadtweiten Programm zu verbinden. Dies ermöglicht es uns, das Interesse an den Wahlen zu steigern.

**Michail, Du wurdest zu einer 15-tägigen Haftstrafe verurteilt für einen Beitrag auf VK [dem russischen sozialen Netzwerk, Vkontakte] darüber, wie die Kosten des Krieges auf die Schultern der ärmsten Bevölkerungsteile fallen werden. Warum denkst Du das? Welche Bedeutung hat soziale Ungleichheit für den Verlauf dieses Krieges?**

**Michail:** Ich wurde wegen konkreter Aussagen zu Administrativhaft verurteilt: für die Diskreditierung von Beamten und Mitgliedern der Regierung der Russischen Föderation und, wie die Pseudo-Expertin als Ergebnis

ihrer Untersuchung ausführte, für das Schüren von Klassenhass. In dem Post selbst stand, dass die Behörden, der Präsident und die Regierung für die Interessen der absoluten Minderheit handeln. Ich habe auch die Maßnahmen beschrieben, die die Regierung seit Beginn der „Spezialoperation“ ergriffen hat.

Zuerst stornierten sie die Mehrwertsteuer für den Kauf von Goldbarren. Offensichtlich ist dies ein Anliegen sehr wohlhabender Menschen und spielt für die Bevölkerung des Landes als Ganzes keine Rolle. In diesem Beitrag schrieb ich, dass, wenn die Behörden wirklich über die Interessen der Menschen nachgedacht hätten, die seit dem Moment, als die SWO [„militärische Spezialoperation“] begann, unter der Inflation, dem Anstieg der Lebensmittelpreise und dem Fehlen von Medizin gelitten haben, sie eher die Mehrwertsteuer auf Medizin und wichtige Lebensmittel anstelle der Mehrwertsteuer auf Gold gestrichen hätten.

Zweitens haben die Behörden große Bankinvestitionen von der Einkommenssteuer befreit. Viele Jahre lang waren solche Zinserträge nicht steuerpflichtig, doch irgendwann wurde die Steuer eingeführt; mit Beginn des „Nicht-Kriegs“ wurden sie sofort wieder gestrichen. Die Abschaffung dieser Steuer ermöglicht es finanziell wohlhabenden Menschen, ihr Einkommen zu steigern. Stattdessen hätten die Behörden die Einkommensteuern für Menschen mit niedrigen Löhnen streichen und denen helfen können, für die schon fünftausend Rubel [knapp 100 Euro – d. Üb.] Steuern einen Unterschied bedeuten. In der Situation der „Spezialoperation“ denken die Regierungsvertreter\*innen nur über ihre eigenen Interessen nach und darüber, wie sie ihren Reichtum vermehren können. Die Interessen der Menschen sind ihnen egal. Tatsächlich kennt Putin keinen Krieg außer dem Klassenkrieg. Es ist verboten, den „Nicht-Krieg“ einen Krieg zu nennen, aber in Wirklichkeit haben wir es mit einem solchen und mit seinem Klassenaspekt zu tun.

**Menschen, deren Einkommen vorher schon niedrig war, haben das Gefühl, dass sich ihre wirtschaftliche Lage verschlechtert. Beeinflusst dies die Stimmung der Menschen?**

**Michail:** Natürlich werden sich die aktuellen Ereignisse in erster Linie auf diejenigen auswirken, die von Lohnzahlung zu Lohnzahlung leben. Die Frage ist, wie genau das geschehen wird und wie die Reaktion aussehen könnte. Nach soziologischen Erhebungen (natürlich müssen wir die Unmöglichkeit der Objektivität bei allen in Russland

durchgeführten soziologischen Erhebungen berücksichtigen, insbesondere während der SWO) ist es wichtig, dass die Ablehnung des Kriegs für Menschen mit niedrigem Einkommen und ohne die Möglichkeit, Ersparnisse zur Seite zu legen, näher liegt als für Menschen, denen eine vorübergehende Einkommensminderung nicht so viel ausmacht, da sie sich nicht allzu sehr auf ihre Lebensqualität und ihren Konsum auswirkt. Aber auch die Situation wohlhabender Kriegsbefürworter\*innen kann sich plötzlich ändern. Sie hatten auf einen raschen Abschluss der SWO gehofft – und ihre Bereitschaft, Schwierigkeiten zu erdulden, hängt davon ab. Langwierige Militäroperationen und eine langfristige Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage könnten ihre Position ändern. Die Tatsache, dass die erste Reaktion auf den Beginn des „Nicht-Kriegs“ in unserer Gesellschaft trotz allem eine Ablehnung des Kriegs war, gibt auch Hoffnung auf eine zunehmende Antikriegsstimmung.

**Menschen mit niedrigem Einkommen können sich jetzt zum Militär melden und bekommen einen nach russischen Standards ganz ordentlichen Sold. Könnte dies als Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Armen angesehen werden?**

**Michail:** Man sieht, dass das nicht sehr gut funktioniert. Die Leute eilen nicht in den Krieg, auch nicht für einen hohen Sold. Sie sind immer noch auf der Suche nach anderen Wegen, um zu überleben.

**Alexandra:** Es gibt Befürchtungen, dass die sich verschlechternde sozioökonomische Situation wenig dazu beitragen wird, dass die russischen Bürger\*innen den vollen Schrecken der Geschehnisse erkennen. Vielmehr wird die sich verschlechternde Situation zu einem noch größeren Rückzug in das eigene Leben und die Überlebenssicherung führen. Wenn die Menschen ihre ganze Zeit darauf verwenden, über die Runden zu kommen, gibt es keine Gewähr dafür, dass sie die Kraft und Zeit haben werden, gegen das zu protestieren, was im Land geschieht.

**Michail:** Andererseits könnte eine sich verschlechternde Situation zu entschlosseneren Aktionen in bestimmten Bereichen führen. Aktivist\*innen könnten verlangen, dass Löhne pünktlich bezahlt werden oder dass Unternehmen nicht geschlossen werden. Dies geschah zum Beispiel im AwtoWAS-Werk in Ischewsk. Die Gesellschaft hat eine gewisse Erfahrung des kollektiven Handelns gesammelt, auch wenn dies für eine Massenbewegung noch nicht ausreicht. Aber in Zukunft kann diese Erfahrung die Entste-

lung isolierter oder sogar organisierter Massenbewegungen erleichtern. Es gibt Grund zu Optimismus. Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass auch diese Bewegungen von politischer Unterdrückung betroffen sein können.

**Ihr lehrt beide an einer Universität. Wie hat sich der Krieg auf Eure Arbeit ausgewirkt, wart Ihr mit Einschränkungen konfrontiert?**

**Alexandra:** Seltsamerweise verbesserte sich der Unterricht in vielerlei Hinsicht, obwohl es für Lehrende und Studierende viel schwieriger war. Die Menschen „schaffen es kaum“, wie sie sagen. In einer Online-Veranstaltung schaltet die Lehrerin die Kamera ein, und an ihrem Gesicht können die Studierenden sehen, dass sie geweint hat. Dann schaltet sie die Kamera aus und kommentiert die Folien. Aber der Lehrprozess selbst schien eine neue Bedeutung erlangt zu haben. Kritische Theorie, Philosophie und Sozialwissenschaften wurden plötzlich relevant. All dies hilft unter anderem Lehrkräften und Studierenden, über das Verstehen mit dem Horror umzugehen. Die Studierenden selbst haben das Bedürfnis nach diesen Fächern, weil sie erkannt haben, dass die Welt kompliziert ist, aber wir können sie verbessern oder zumindest ihren Sinn verstehen. Auch meine Kolleg\*innen haben festgestellt, dass Studierende mehr Interesse zeigen [an Sozialtheorie und -wissenschaft].

Aber in jeder anderen Hinsicht ist es viel komplizierter geworden. Den Lehrenden wurde informell geraten, vorsichtig zu sein, da die Schüler\*innen aufzeichnen könnten, was wir sagen. Universitätsbeamte\*innen verboten uns nicht, zu sagen, was wir im Unterricht für angemessen hielten, aber sie warnten uns vor den potenziellen Gefahren. Den Studierenden wiederum wurde geraten, sich mit der Universitätsverwaltung in Verbindung zu setzen, wenn ein Dozent oder eine Dozentin ständig eine pro-ukrainische Haltung einnimmt. Unter sich versuchten die Lehrenden herauszufinden, was im Unterricht gesagt werden kann und was nicht. Oft wurden alternative Praktiken diskutiert, um abweichende Meinungen zu den aktuellen Ereignissen auszudrücken.

An der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und öffentlichen Dienst beim Präsidenten der Russischen Föderation, wo ich einen Kurs hielt, gab es einen ziemlich hochkarätigen Fall. Denis Grekow, der Lehrer des Kurses „Kritisches Denken“, wurde wegen eines Antikriegsbeitrags auf seiner Facebook-Seite gefeuert. Eine regierungsnaher Lehrerin reagierte darauf in ihrem Telegram-Kanal, woraufhin Grekow aufgefordert wurde, auf eigenen

Wunsch zu gehen. Er kündigte seinen Job und verließ Russland. Es mag andere Fälle dieser Art gegeben haben, aber dieser erhielt die meiste Publizität.

**Michail:** Ich arbeite an der Staatlichen Universität Moskau und habe keinen zusätzlichen Druck bemerkt, der die Universität repressiver machen würde als zuvor. Es gab

**“ Falls diese so genannte ‚Spezialoperation‘ fortgesetzt wird, werden Bildung und Wissenschaft in Russland zweifellos vor einer Katastrophe stehen.“**

schon immer Sorgen und Ängste wegen regierungsnaher Aktivist\*innen, die für die Administration arbeiten, oder Geheimdienstbeamte\*innen an der Universität. In den letzten Jahren waren wir vor allem aufgrund politischer Kundgebungen noch stärkerem Druck auf Studierende und Mitarbeitende ausgesetzt als heute.

Aber immer noch herrscht eine ziemlich erdrückende Atmosphäre. Was [mit der Spezialoperation] geschah, war beispiellos, und zuerst war es für mich persönlich schwierig, überhaupt etwas zu tun. Es war auch schwierig, in einem Zustand der Depression zu lehren, obwohl ich Mathematik lehre und das Thema der „Spezialoperation“ in meinen Klassen nicht aufkam. Zu den wichtigen Dingen zählt, dass die Zahl der Kontakte mit ausländischen Kolleg\*innen abnahm. Früher hatten wir Seminare mit Professor\*innen, die aus anderen Ländern eingeladen wurden. Jetzt nehmen keine ausländischen Wissenschaftler\*innen mehr teil. Einige russische Kolleg\*innen wurden von den Organisationskomitees internationaler Konferenzen ausgeschlossen. Ich denke, dass dies auf lange Sicht zu einem Exodus junger Menschen aus dem russischen akademischen Sektor führen wird. Wissenschaftler werden sich wegen fehlender Perspektiven weigern, eine akademische Karriere in Russland zu verfolgen. Nach Beginn des Krieges sind viele meiner Kolleg\*innen ins Ausland gezogen oder haben dies vor. Wenn diese sogenannte „Spezialoperation“ weitergeht, werden Bildung und Wissenschaft in Russland zweifellos vor einer Katastrophe stehen.

### **Wie beurteilst Du die Aussichten für Forschung und Lehre angesichts der Isolation Russlands?**

**Alexandra:** Wissenschaftler\*innen und Forscher\*innen werden gezwungen sein, zu gehen. Es geht nicht nur um die Gefahr der Strafverfolgung, sondern auch um finanzielle Gründe. Gute Spezialist\*innen können an einer ausländischen Universität viel mehr verdienen als

**“ Aber diejenigen, die verwirrt sind, müssen etwas tun. Aktivitäten und Proteste helfen, nicht zu verzweifeln. “**

an einer russischen. Ich denke, dass viele Menschen auch durch das Gesetz über ausländische Agenten verwirrt sein werden: Eine Rede auf einer ausländischen Konferenz oder ein Praktikum können als ausländischer Einfluss betrachtet werden. Die Wissenschaft erfordert aber eine enge Zusammenarbeit mit der internationalen akademischen Gemeinschaft. Wenn diese Zusammenarbeit aufhört, wird die Wissenschaft in Russland einfach verschwinden.

### **Wie kann man inmitten von Zensur und Repression leben und handeln? Wie schafft Ihr es, nicht zu verzweifeln?**

**Michail:** Meine Erfahrung ist, dass es hilft, diese schwierigen Zeiten zu überstehen, wenn man öffentlich Position bezieht. Es gibt sehr wohl Beispiele von Menschen, die an harmlosen Antikriegsaktionen teilgenommen haben und völlig unverhältnismäßige Konsequenzen erlebten. Aber die Tatsache, dass sie eine deutliche Haltung öffentlich eingenommen haben, hat ihnen geholfen und hilft ihnen immer noch, alles zu überstehen. Diejenigen, die sie öffentlich unterstützen, drückten auch auf diese Weise ihre Ablehnung des Kriegs aus.

Seit Beginn des Krieges sind viele Menschen ratlos und verstehen nicht, wie sie damit leben sollen. Es ist schwierig für die Menschen, denn unter ihren Bekannten gibt es viele, die gleichgültig gegenüber den Ereignissen sind, oder solche, die den Krieg befürworten. Aber diejenigen, die verwirrt sind, müssen etwas tun. Aktivitäten und Proteste helfen, nicht zu verzweifeln. Praktisches kollektives Engagement ist wichtig. Das muss nicht unbedingt mit dem Krieg und der politischen Situation im Allgemeinen zu tun

haben. Gerade jetzt sind jede gemeinsame Anstrengung, jede Aktion und jeder Kampf äußerst wertvoll.

**Alexandra:** Ich stimme zu, dass jede gemeinsame Aktion eine potenzielle Unterstützung in dieser Situation ist. Es hat mir zum Beispiel geholfen, an den monatlichen Recycling-Events teilzunehmen. Im März und April kamen deutlich mehr Menschen als in den Vormonaten zu diesen Terminen. Denn die Menschen kamen nicht nur, um ihren Müll zum Wertstoffhof zu bringen, sondern vor allem, um nach anderen zu sehen und mit ihnen zu sprechen. Wir interagierten miteinander und mit den Freiwilligen, tauschten unsere Erfahrungen und Meinungen aus und fanden – ganz wichtig – einen gemeinsamen Draht.

### **Bist Du bestürzt über die Passivität der russischen Bürger\*innen, trotz der unmittelbaren Gefahr eines Atomkriegs? Siehst Du irgendeine Veränderung in ihrer Einstellung?**

**Alexandra:** Wenn ich mich selbst dabei ertappe, jemanden zu verurteilen, der es wagt, in einer so schwierigen Zeit in einem Café zu sitzen, denke ich, dass ich vielleicht an einem anderen Tag ebenso dort gesessen hätte. Ich versuche, nicht wertend zu sein, denn ein Treffen mit Freunden in einem Café kann als psychologische Unterstützung dienen, um zu verhindern, dass einen die aktuellen Ereignisse völlig verrückt machen. In der Ukraine und in Russland läuft der gleiche Krieg, aber das sind verschiedene Katastrophen, und es ist unmöglich, sie zu vergleichen. In jedem von ihnen gibt es eine andere Vorgehensweise zum Überleben.

**Michail:** Ich weiß nicht, wie sich die Menschen beruhigen, aber es scheint mir, dass ein wachsendes Gefühl, dass der Krieg nicht bald enden wird, eine Antikriegsstimmung auslösen kann. Wir sollten Passivität nicht verurteilen, denn die Ansichten der Menschen ändern sich nicht über Nacht. Die Aufgabe von Politikern und Aktivist\*innen ist es nun, nach Optionen zu suchen, die der Gesellschaft angeboten werden können. Unsere Antwort besteht darin, Solidaritätsnetzwerke zu unterstützen, Flüchtlingen zu helfen und an der Antikriegsbewegung teilzunehmen.

**Alexandra:** Die Menschen ändern ihre Ansichten nur sehr langsam, und diese Veränderungen sind nicht so offensichtlich. Meist scheint es, dass ein Riesenabgrund zwischen Menschen mit unterschiedlichen Positionen

klafft. Es zeigt sich, dass wir verschiedene Arten haben, diese katastrophalen Ereignisse wahrzunehmen. Manche Menschen fühlen sich tief betroffen und wollen etwas dagegen tun, während andere passiv darauf warten, dass alles vorbei ist. Vielleicht ist das Problem, dass viele Menschen nicht bereit sind zu teilen, was sie fühlen und denken.

Im März und April konnte man die Stimmung der Menschen an ihren Gesichtern in der U-Bahn ablesen, aber damals sprachen nur wenige Menschen miteinander über das, was geschah. Aktive Diskussion gab es nur unter politisch Aktiven. Aber selbst Aktivist\*innen hatten zu dieser Zeit buchstäblich keine Energie und mussten sich moralisch und emotional zwingen, etwas zu tun. Tatsächlich gab es Aktivist\*innen, die den Krieg nicht ablehnten, und es gab Menschen, die nie Aktivist\*innen gewesen waren, aber öffentlich gegen den Krieg auftraten.

### **Wie empfindest Du die notorische Spaltung der Russ\*innen in diejenigen, die gehen und diejenigen, die bleiben?**

**Michail:** Ich möchte die Menschen in diesen beiden Gruppen auffordern, nach einer gemeinsamen Grundlage zu suchen. Es gibt Kampagnen, die sowohl Menschen, die in Russland sind, als auch diejenigen, die gegangen sind, einbeziehen. Wir müssen sicherstellen, dass diese Trennung nicht zu zusätzlichen Spannungen oder Rissen zwischen den politisch Aktiven führt. Diejenigen, die zu Beginn des Krieges weggingen, hatten ihre eigenen Gründe. Die Ereignisse haben sich auf eine völlig unvorhersehbare Weise rasend schnell entwickelt. Es wäre ein zweifelhaftes Unterfangen, diejenigen zu verurteilen und zu beschuldigen, die Russland verlassen haben oder die in Russland geblieben sind. Viele können aus verschiedenen Gründen nicht gehen, auch aus finanziellen Gründen. Meines Erachtens ist ein Streit mit denjenigen, die gegangen sind und damit jetzt – außerhalb Russlands – eine Position am Rande des Geschehens einnehmen, kontraproduktiv.

### **Ist es möglich, ein Minimal- und ein Maximalprogramm für die Linke in Russland zu definieren?**

**Alexandra:** Das Minimalprogramm ist das Überleben. Aber schon das erfordert viel harte Arbeit. Die Hauptaufgabe für die linke Bewegung besteht nun darin, die im Laufe der Jahre aufgebauten Netzwerke der Solidarität zu erhalten. Die auch nur zu erhalten bedeutet, neue Unterstützer\*innen anzuziehen und neue Verbindungen zu schaffen, um die Bewegung wachsen zu lassen.

**Michail:** In letzter Zeit hat das Interesse an linken Ideen in Russland zugenommen. Es ist wichtig, dass dies nicht nur im akademischen Bereich geschieht, sondern auch unter Menschenrechtler\*innen und politischen Aktivist\*innen. Wir sollten diesen Trend nicht einfach nur aufrechterhalten, sondern versuchen, ihn zu nutzen, um das organisatorische Potenzial der linken Bewegung zu erhöhen. Dies kann vor allem durch massive gewerkschaftliche, soziale und politische Kampagnen erreicht werden. Dazu gehört auch eine Strategie für die Teilnahme an Wahlen.

Mir scheint, dass die minimale Aufgabe für die Linke darin bestehen sollte, sich im Kampf um die Hegemonie im politischen und kulturellen Leben zu engagieren. Das Maximalprogramm besteht darin, die Entstehung von Massenbewegungen zu fördern, die auf politische Veränderungen abzielen, und an der Entwicklung ihrer Programme mitzuwirken.

2. September 2022.

Quelle: <https://posle.media/language/en/putin-doesnt-know-any-war-except-class-war/>

Übers. Björn Mertens

1 <https://munplatform.ru/>



# WIR LASSEN UNS NICHT UNTERKRIEGEN!

---

In ihrem Interview für die Website der russischen Antikriegsbewegung **Posle** beschreibt die russische Anwältin und Menschenrechtlerin **Warja Michailowa**, wie sich die Proteste seit Kriegsbeginn entwickelt haben und unter welchen schwierigen Bedingungen sie stattfinden.

---

## **Sie haben kürzlich darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, über die Risiken und Kosten der Proteste gegen den Krieg in Russland zu sprechen. Wie hoch sind diese Kosten?**

Anlass für diese Bemerkung war die breit geführte Diskussion nach dem 24. Februar über die Verantwortung der russischen Bevölkerung und die Gründe, warum sie Putin nicht stürzen wird. Ich habe aufgrund einiger Äußerungen im Ausland und Auszügen aus der westlichen Presse den Eindruck, dass Menschen in demokratischeren Ländern nicht verstehen, wie die Proteste in Russland aussehen. Es herrscht eine weit verbreitete Vorstellung, dass die Russ\*innen unpolitisch sind und sich für nichts interessieren, und dass die derzeitige Situation in Russland für sie recht komfortabel ist, weil sie sich an das Regime und an Putin selbst gewöhnt haben. Ebenso dass es klare Spielregeln gibt, die sich seit Jahrzehnten nicht geändert haben, genauso wenig wie die Regierung selbst. Diese Wahrnehmung lässt sie glauben, dass sie die Russen bloß wachrütteln, Netflix abschalten und Ikea schließen müssen, damit die Russ\*innen anfangen, zu denken, und schließlich ihre Regierung stürzen.

Es stimmt, dass das politische Engagement der Menschen in Russland nicht hoch ist: Es gibt nur wenig Bürgerinitiativen, die Menschen interessieren sich nicht besonders für die Regierung und haben nicht viel Vertrauen in sie. Dies ist zwar eine Verallgemeinerung, aber man kann ihr nur schwerlich nicht zustimmen, und ich selbst ärgere mich sehr darüber, dass relativ wenige Menschen an den Protesten zwischen 2011 und 2021 teilgenommen

haben. Denn immerhin war es damals noch möglich, zu protestieren! Dennoch sind derartige Verallgemeinerungen inakzeptabel, da sie wesentliche Teile der Geschichte des Landes ausblenden und andere Aspekte zu Unrecht überbewerten. Die Menschen haben sehr wohl protestiert, Kundgebungen organisiert und mit Interesse an den Wahlen teilgenommen. Zu der Zeit war es noch möglich und auch notwendig, über die unzureichende Beteiligung der Bevölkerung an den Protesten zu sprechen. Heute aber hat sich die Lage geändert. Heute bedeutet die Teilnahme an den Protesten nicht mehr bloß, ob man „sich bei einer Versammlung einen Schnupfen holen oder lieber vor dem Fernseher sitzen“ will. Inzwischen geht es nicht mehr nur darum, zu einer Kundgebung zu gehen und vielleicht eine kleine Geldstrafe zu zahlen, sondern jede Protestaktion kann zu einer empfindlichen Gefängnisstrafe führen.

Als Anfang März das Gesetzespaket über die Verbreitung von Falschinformationen über die russischen Streitkräfte und deren Diskreditierung verabschiedet wurde, war noch nicht ganz klar, wie diese Gesetze angewendet werden würden und was als falsch und diskreditierend gelten würde. Meine Kolleg\*innen in der Menschenrechtsbewegung hatten jedoch schon damals eine ziemlich genaue Vorstellung, wie diese Gesetze funktionieren würden: Jede Äußerung, die nicht mit der Position des Verteidigungsministeriums übereinstimmt, wäre ein „Fake“ und jede Position, die Worte wie „Nein zum Krieg“ oder „Nein zum Faschismus“ oder Erklärungen zur Unterstützung der Ukraine enthielt, würde als Diskreditierung der russischen Armee angesehen werden. Wenn man sich die Fälle der

„Fakes“ ansieht, für die Sascha Skotchilenko, Alexei Gorinow, Ilja Jaschin und andere verhaftet wurden, wird klar, dass praktisch jede wahrheitsgemäße Veröffentlichung über Butscha oder auch nur eine Erwähnung der getöteten Kinder in der Ukraine dazu führen kann, dass Sie in einer Haftanstalt landen und sieben Jahre Gefängnis bekommen.

Ich halte es für wichtig, diese einfache Information an die Menschen im Westen weiterzugeben. Wenn man meint, man müsse die Russen erziehen, weil sie angeblich die demokratischen Werte noch nicht ausreichend verinnerlicht haben, sollte man auch berücksichtigen, welchen Preis sie für ihre politischen Positionen zahlen müssen. Sonst erhält man den Eindruck, dass man mit dem Respekt der internationalen Gemeinschaft rechnen kann, wenn man bereit ist, für seine Äußerungen sieben Jahre ins Gefängnis zu gehen, dass man aber keinen Respekt verdient, wenn man nicht bereit ist, sich selbst und seine Freiheit zu opfern.

### **Wie wird das Gesetz über die Diskreditierung der Armee konkret angewandt?**

Nach dem Gesetz kann jede öffentliche Äußerung, die die „Spezialoperation“ verurteilt, unter den Begriff „Diskreditierung der russischen Armee“ fallen. Gleichzeitig kostet Sie der erste Auftritt mit einem Schild „Nein zum Krieg!“ zwar 30 000 bis 50 000 Rubel (492 bis 821 Euro) an Ordnungsstrafen, doch bereits die zweite Mahnung dieser Art kann als Straftat gewertet und mit bis zu drei Jahren Haft geahndet werden.

Unter diesen Umständen sehnen wir uns sogar nach der „Meinungsfreiheit“, die wir vor der Invasion der gesamten Ukraine hatten. Natürlich mussten wir schon vor dem 24. Februar vorsichtig mit unseren Äußerungen sein: Die Anmeldung einer Versammlung konnte zu einer Verhaftung und strafrechtlichen Verfolgung wegen illegaler Organisationsbildung, der versuchten Gewalt gegen Regierungsvertreter oder des Aufrufs zum „Separatismus“ führen (was schon eintrat, sobald man die Frage nach der künftigen Selbstverwaltung irgendeines zu Russland gehörenden Gebiets stellte). Hauptsächlich wegen solcher Dinge konnte man Probleme bekommen, wenn man etwas in den sozialen Medien veröffentlichte. Die Lage hat sich nun geändert. Wenn Sie sich in Russland befinden, reicht es nicht aus, Anrufe zu vermeiden oder nur verkläuselt über die Ereignisse zu sprechen, sondern Sie sollten grundsätzlich bestimmte Themen nicht ansprechen, um auf der sicheren Seite zu sein. Kürzlich erging ein Urteil gegen eine Person aufgrund eines Gesetzesartikels über die

Diskreditierung der Armee, bloß weil sie das Thema Krieg traurig fand.

Jede Äußerung über Frieden, Krieg oder die Ukraine kann strafrechtlich verfolgt werden, insbesondere wenn sie in den sozialen Medien gemacht wird. In der Vergangenheit bestand der Gipfel der Absurdität in Verhaftungen wegen Verwendung von Nawalny-Symbolen – z. B. wegen Texten, die jemand gespeichert und mit einem kleinen Ausrufezeichen [Nawalny-Symbol] versehen hat. Heute gibt es Hunderte solcher absurder Beispiele: Der Slogan „\*\*\* \*\*\*\*\*“ [Нет войне, Nein zum Krieg auf Russisch, ohne es zu sagen], eine Predigt gegen den Krieg und sogar ein Zitat von Putin gelten als Diskreditierung der Armee. Zur Erinnerung: „Wiederholungstäter“ riskieren eine strafrechtliche Verurteilung.

Die hohe Zahl an Strafverfolgungen wegen Beiträgen in den sozialen Medien hängt zunächst einmal mit einer gewissen Faulheit der Strafverfolgungsbehörden zusammen: Es ist für sie einfacher, Beiträge auf Kontakte (russisches Pendant zu facebook) auszuwerten, als sich auf den Weg zu machen. Dort haben sie alles online parat und können Verstöße strafrechtlich oder administrativ nach Belieben ahnden. Zweitens sind Schikanen wegen Beiträgen in den sozialen Medien eine billige und effektive Einschüchterungsmethode. Nicht jeder kann offline eine Antikriegsrede halten, aber jeder kann sie liken oder weiterverbreiten. Das schafft ein Gefühl der Verunsicherung, denn jeder, der liket oder repostet, ist somit bedroht und kann mit jeder Person in Verbindung gebracht werden, die ebenfalls soziale Medien nutzt.

### **Wir haben kürzlich einen Artikel veröffentlicht, in dem der Autor meint, dass es unmöglich sei, im Voraus zu bestimmen, welcher Logik die Unterdrückung in Russland folgen wird, weil sie eher „willkürlich“ erfolgt. Denn obwohl viele Menschen in den sozialen Medien über die von russischen Streitkräften in der Ukraine begangenen Verbrechen schreiben, werden nur einige von ihnen strafrechtlich belangt. Wie lässt sich das Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden begründen?**

Der Staat handelt sehr klug, um seine Ziele zu erreichen. Wenn die politischen Rechtsverordnungen nur auf die Oppositionsführer angewendet werden, wird das den „Normalbürger“ nicht abschrecken. Wenn Alexej Nawalny, Ilja Jaschin und Wladimir Kara-Mursa inhaftiert werden, geschieht dies praktisch infolge der „autoritären

Übereinkunft“, die in Russland seit Mitte der 2010er Jahre bestand, nämlich, dass sich die Bevölkerung nicht in die Politik einmischte und der Staat sich nicht in unser Leben einmischte. Die Bürger durften schreiben und fast alles sagen, was sie wollten, aber im Gegenzug wurde von ihnen erwartet, dass sie sich aus der Politik fernhielten und keine Machtansprüche stellten. Dass die Nichteinhaltung dieses stillschweigenden „autoritären Pakts“ mit Repressionen geahndet wurde, galt als selbstverständlich in unserer bisherigen Geschichte. Inzwischen steht der Staat vor ganz neuen Herausforderungen. Es geht nicht mehr darum, die Menschen von den Wahlen fernzuhalten.

Die politische Unterdrückung seitens des Staates findet derzeit auf drei Ebenen statt. Zuvörderst geht es um Oppositionsführer, die entweder inhaftiert oder gezwungen werden, Russland zu verlassen. Zweitens geht es um Prominente aus dem Kulturleben, die nichts mit Politik zu tun haben. Sie werden verfolgt, damit politische Belange keinen Einzug in Kultur und Alltag halten (ein Beispiel ist Nika Belozerkowskaja, die Herausgeberin des Magazins *Sobaka* [dt. „Hund“], die eine der ersten war, die nach Paragraph 207.3 des Strafgesetzbuchs verfolgt wurde). Drittens handelt es sich um anscheinend völlig zufällig betroffene Personen, damit sich auch wirklich jeder Bürger gefährdet fühlt.

Durch diese Taktik muss der Staat nicht zu einer massenhaften Repression greifen wie in Zeiten des Großen Terrors. Es genügt, Einzelne durch absurde Anschuldigungen zu kriminalisieren, um die Allgemeinheit komplett zu verunsichern. Die Regierung versucht nicht (wie sie es früher manchmal tat), jemanden zu belangen, der in irgendeiner Weise ausgefallene, störende oder gar sozial verwerfliche Handlungen begeht. Sondern sie wählt jemanden aus, dem allgemeine Sympathie und Mitgefühl gelten, oder sogar jemanden, der völlig abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit steht, um zu demonstrieren, dass sich niemand verstecken kann. Jüngste Beispiele sind die Personen, die wegen „Fake News“ in St. Petersburg belangt werden: Sascha Skotschilenko, Boris Romanow, Victoria Petrowa. Es ist kein Zufall, dass der Staat in diesen Fällen besonders rigoros vorgeht, indem er die härteste Zwangsmaßnahme (Straflager) verhängt, weil ihre Taten „durch politischen Hass motiviert“ seien.

**War das nicht schon vor Ausbruch des Krieges so gewesen? Denn schon früher wurden einzelne Menschen willkürlich verfolgt.**

Mir scheint, dass der Hauptunterschied darin besteht,

dass die Regierenden über Jahrzehnte hinweg hartnäckig behauptet haben, dass politische Angelegenheiten unpolitisch seien. So gingen sie beispielsweise gegen die Menschen nicht wegen der Teilnahme an Versammlungen, sondern wegen „Gewalt“ gegen Polizisten vor. Natürlich ging es dabei nicht wirklich darum, die Polizisten vor den ach so gewalttätigen Demonstrant\*innen zu schützen, da Demonstrationen in Russland traditionell friedlich sind. Vielmehr sollte der Bevölkerung verdeutlicht werden, dass jede Demonstration ein potentielles Delikt ist, selbst wenn Sie versehentlich einen Polizisten berühren. Dabei versuchten die Behörden jedoch, diese Fälle zu „entpolitisieren“, und behaupteten, sie würden nicht wegen des Demonstrierens verhaftet. Dies war auch in den ersten Prozessen gegen Alexej Nawalny unübersehbar: Angeblich käme er nicht ins Gefängnis, weil er ein Oppositionspolitiker sei, sondern weil er Holz aus dem Staatswald bei Kirow gestohlen hätte.

Offen politisch wurde in meinen Augen die Repression erst mit dem Fall Andrej Piwowarow. Er wurde beschuldigt, Führer einer missliebigen Organisation (Offenes Russland) zu sein.

Inzwischen bestreitet niemand mehr, dass es politische Gefangene gibt, und der Staat demonstriert ungeniert, dass jeder zum politischen Gefangenen werden kann.

**Womit müssen Sie sich als Anwältin unter diesen neuen Umständen seit dem 24. Februar 2022 auseinandersetzen? Was bedeuten diese außerordentlichen rechtlichen Vollzugsmaßnahmen für die Verteidigung der Menschenrechte?**

An meiner Prozessstrategie selbst hat sich nicht viel geändert. Letztlich konnte der Staat behaupten, dass es keine politischen Paragraphen gäbe, so viel er wollte. Meine Anwaltskolleg\*innen und ich waren immer der Ansicht, dass unsere Menschenrechtspraxis darin bestand, politische Fälle zu bearbeiten, und gewonnene Verfahren waren immer eher die Ausnahme. Die Fälle von Ordnungswidrigkeiten, an denen ich arbeite, werden in der Regel „wegen Verfahrensfehlern“ gewonnen: z. B. wenn ein fehlerhafter Bericht verfasst wurde, eine Videodiskette durch einen Tacker beschädigt wurde oder ein und derselbe Polizeibeamte auf einer Seite der Akte als Golowotjapow und auf einer anderen Seite als Goloworesow aufgeführt wird. Wenn die Medien berichten, dass „der Fall mangels Beweisen für eine Straftat eingestellt wurde“, ist das zwar eine völlig korrekte Formulierung, aber dem Leser wird oft suggeriert, dass das Gericht unsere schönen Worte über den Vor-

rang eines Grundrechts – z. B. des Demonstrationsrechts – akzeptiert hat. Wenn man jedoch an einem solchen Prozess direkt beteiligt ist, weiß man, dass der Fall einfach deshalb fallengelassen wurde, weil der Polizeibeamte beim Verfassen des Berichts einen Fehler gemacht hat.

Allerdings werden solche Prozesse jetzt auch seltener gewonnen, da der Verweis auf Verfahrensfehler nicht mehr die gleiche Wirkung hat.

Die Menschenrechtspraxis hat sich aufgrund der neuen Paragraphen, die im Frühjahr 2022 verabschiedet wurden, ebenfalls verändert. Das sieht man daran, mit welcher Arbeit die Organisationen, mit denen ich zusammenarbeite, befasst sind und wie stark die Zahl der Strafverfahren gestiegen ist. Noch im Frühjahr wurden wir mit Fällen von Ordnungswidrigkeiten überschwemmt: Allein im März hatte ich zum Beispiel 70 neue solcher Fälle. Aber seit Mitte des Frühjahrs müssen viele meiner Kolleg\*innen zwangsläufig vorrangig politische Strafsachen übernehmen.

Ein weiterer Punkt ist der zunehmende Druck auf Menschenrechtsverteidiger\*innen und die Anwaltschaft. Bezeichnend hierfür ist, wie das Gesetz über Auslandsespionage gehandhabt wird, oder aber der Fall des Rechtsanwalts Dmitri Talantow, der wegen der „Verbreitung von Fake News“ über Charkiw, Mariupol, Irpin und Butscha in Untersuchungshaft gesteckt wurde. Dieser Fall wird in der Anwaltschaft als ernste Warnung an alle Anwälte verstanden. Talantow wurde unter unwürdigen Bedingungen in der U-Haft gehalten: Die Anwält\*innen kämpften buchstäblich darum, dass er wenigstens ein Bett bekam. Damit wird uns bedeutet, dass Anwält\*innen, die in politische Fälle verwickelt sind und sich zu politischen Themen äußern, nicht mehr unantastbar sind.

Als Anwalt genießt man eine Sonderstellung in unserem Rechtssystem, und in der Vergangenheit waren sie, von Einzelfällen abgesehen, bemüht, Angriffe auf Anwälte zu vermeiden. Meiner Meinung nach war das erste Anzeichen der aufkommenden Repression die Geschichte um Iwan Pawlow und das „Team 29“. Dass die Organisation zerschlagen wurde inmitten ständiger Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und den Menschenrechts-NGOs, kam nicht unerwartet, aber bezeichnenderweise griffen sie den Anwalt Pawlow persönlich an. Die Anwältin Waleria Wetoschkina wurde ebenfalls involviert und zu einer ausländischen Agentin erklärt.

**Sind Männer und Frauen in den Fällen, mit denen Sie sich befassen, gleichermaßen vertreten?**

**Können Sie sagen, dass Frauen bei den Protesten gegen den Krieg stärker vertreten oder von Unterdrückungsmaßnahmen betroffen sind?**

Diese Frage ist kompliziert. Anfang Mai veröffentlichte das Studentenmagazin *Doxa* eine Statistik, aus der hervorging, dass Frauen 2,2 Mal häufiger wegen Protesten gegen den Krieg als wegen anderer politischer Strafsachen verfolgt werden. Tatsächlich gab es vor dem Krieg ein deutliches Übergewicht an Männern unter den politischen Häftlingen. Nach Kriegsbeginn wurden zwar nicht mehr Frauen als Männer inhaftiert, aber es wurden deutlich mehr. Die von mir behandelten Fälle zeigen, dass Männer eher an den Pro-Nawalny-Demonstrationen teilgenommen haben als an den Anti-Kriegs-Demonstrationen.

Unter den verfolgten Anti-Kriegs-Aktivist\*innen sind meiner Erfahrung nach fast gleich viele Männer und Frauen in Haft. Aber meine Daten sind hierfür natürlich nicht repräsentativ. Es wäre sinnvoller, die Beteiligung von Frauen an den Antikriegsprotesten nicht in festen Zahlen zu betrachten (z. B. 40 % Frauen und 60 % Männer), sondern dynamisch zu bewerten, nämlich wie und zu welchen Themen das politische Interesse unter Frauen zunimmt.

Der Krieg macht auch viele Errungenschaften des Kampfes für die Emanzipation der Frauen zunichte, da er die Geschlechterrollen so weit wie möglich festschreibt. Für eine Frau ist es nämlich besonders schwierig, zu protestieren und ihre Freiheit zu riskieren, da es in der Regel ihr zukommt, sich um ältere Verwandte und die Kinder zu kümmern – vor allem, wenn diese älter als 14 Jahre sind (sind die Kinder jünger als 14 Jahre, kann eine Frau nicht wegen einer Ordnungswidrigkeit inhaftiert werden). Wenn sie festgenommen wird, besteht die Gefahr, dass die Kinder und älteren Verwandten ohne jegliche Hilfe dastehen.

In Sankt Petersburg waren von den ersten Strafverfahren wegen „Fakes“ ausschließlich Frauen betroffen: Sascha Skotschilenko, Wiktorija Petrowa, Olga Smirnowa, Maria Ponomarenko. Erst später wurden auch Männer angeklagt.

Bemerkenswert sind auch die militanten Anti-Kriegs-Initiativen, an denen Frauen beteiligt sind. Der feministische Widerstand gegen den Krieg ist zu einem der Hauptakteure der Antikriegsbewegung in Russland und darüber hinaus geworden. Er steht damit sicherlich nicht allein, ist aber dennoch von großer Bedeutung.

Da es nicht möglich ist, auf der Straße zu demonstrieren, suchen die Menschen nach anderen Möglichkeiten, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, z. B. indem sie Ukrainer\*innen, die nach Russland zwangsumgesiedelt

wurden, helfen, ihr Eigentum wiederzuerlangen oder nach Europa zu gelangen. Und diese Hilfe wird hauptsächlich von Frauen geleistet. Gleichzeitig ist diese Art von Aktivismus oft anonym: Die Menschen haben Angst, öffentlich darüber zu sprechen, denn mittlerweile birgt selbst eine rein humanitäre Betätigung das Risiko einer Strafverfolgung.

### **Wie reagieren die Menschen auf ihre Inhaftierung und womit müssen sie rechnen?**

Das ist unterschiedlich und hängt von den jeweiligen Konsequenzen ab. Man muss auf jeden Fall bedenken, dass schon wenige Tage Haft z. B. den Verlust des Arbeitsplatzes und jeglichen Einkommens bedeuten können. Die psychischen und gesundheitlichen Probleme der Inhaftierten werden dadurch oft noch verschärft. Es kommt vor, dass ein ausländischer Staatsangehöriger inhaftiert wird und niemand ihm die notwendigen Hygieneartikel oder Nahrungsmittel besorgen kann. Daneben gibt es noch weitere Probleme.

Ich kann mich zum Beispiel noch an Sascha Skotschilenko erinnern, die nicht nur die vorsätzliche Absurdität, sondern viele weitere Probleme unseres Gefängnisystems aufzeigt. Sascha ist eine bekennende Lesbe, aber für den Staat ist ihre feste Partnerin keine „nahe Verwandte“ und sie muss ständig um das Recht kämpfen, mit Sascha zu kommunizieren. Aufgrund ihrer angeborenen Glutunverträglichkeit stellt die Untersuchungshaft außerdem eine direkte Bedrohung für ihr Leben dar und sie muss ständig hungern. Das System weiß nicht, wie es mit solchen Krankheiten umgehen soll, aber es weigert sich auch, Sascha gehen zu lassen. Diese Geschichte hilft uns zu verstehen, dass eine Opposition gegen den Krieg in Russland nicht nur zur Inhaftierung führen kann, sondern auch zum Verlust des Kontakts mit der Person, die einem am nächsten steht, und zu einer direkten Gefahr für das eigene Leben.

### **Worin besteht Ihres Erachtens unter den jetzigen Umständen die Aufgabe der Menschenrechtsverteidiger\*innen?**

Für eine Anwältin oder einen Anwalt besteht bürgerrechtliches Engagement vor allem in der beruflichen Tätigkeit. Heute ist es mehr denn je wichtig, dass Anwälte sicher sind und in Ruhe arbeiten können – soweit dies möglich ist. Wir verstehen, dass die meisten Prozesse nicht gewonnen werden können, aber es ist wichtig, an der Seite des oder der Angeklagten zu stehen und bis zum Ende zu

kämpfen, egal was passiert. Außerdem ist der Anwalt das einzige Bindeglied zwischen dem Gefangenen und der Außenwelt, einschließlich seiner Familie, sowie zwischen dem Gerichtssaal und der Öffentlichkeit, da Letzterer der Zutritt verwehrt ist. Diese Rolle ist heute von enormer Bedeutung. Ein weiterer Grund zur Sorge für russische Menschenrechtsverteidiger\*innen in diesem Jahr ist der bevorstehende Austritt Russlands aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), der viele Jahre lang die letzte Hoffnung für alle zu Unrecht verurteilten Russ\*innen war [Anm. d. Red.: Russland wurde am 16. März 2022 aus dem Europarat ausgeschlossen und ist seit dem 16. September keine Hohe Vertragspartei der EMRK mehr sein].

Im Moment [Anfang August 2022] haben wir noch die Möglichkeit, den EGMR anzurufen, und wir hoffen, dass sich die Dinge in Russland eines Tages ändern werden, dass wir dem Europarat wieder beitreten und dass die Urteile des EGMR hier durchgesetzt werden. Aber es gibt keine Garantien, denn vielleicht stehen uns Jahrzehnte der Isolation und Unterdrückung bevor. Es ist nicht undenkbar, dass sich die russischen Behörden bis ins zweiundzwanzigste Jahrhundert nicht mit den Urteilen der EMRK befassen werden.

Ein Korpus von Antikriegsprozessen bedeutet, dass wir der Welt zumindest einen teilweisen Eindruck von der russischen Opposition gegen den Krieg vermitteln können, da wir dokumentierte Beweise dafür haben, dass sich die Menschen in Russland trotz aller Widrigkeiten dem Krieg widersetzen. Natürlich unterstützen viele Russ\*innen den Krieg: Da mache ich mir keine Illusionen. Dennoch sollten wir die Tausenden von „Kriegsgegner\*innen“ nicht als einen Tropfen auf den heißen Stein betrachten, wenn man sie mit der Gesamtbevölkerung des Landes vergleicht, sondern vielmehr als Tausende von real existierenden Einzelpersonen, die wussten, dass sie eine Gefängnisstrafe riskieren, aber trotzdem protestierten. Diesen Menschen zu helfen und Informationen über sie zu verbreiten, halte ich für das wichtigste Ziel unserer heutigen Arbeit.

Aus *inprecor* 699/700

Übersetzung: MiWe



# DER ARBEITER IST IMMER IN EINER SCHWACHEN POSITION

---

Wie hat sich die Situation der Arbeiter\*innen seit Kriegsausbruch verändert? Wer wird am häufigsten gefeuert, weil er/sie sich gegen den Krieg positioniert? Schließen sich die Menschen in Russland zusammen, um ihre Arbeitsrechte zu verteidigen? Und welche Methoden wenden sie an? Teilnehmer\*innen der Projekte „**Antijob**“ und „**Antifond**“ sprachen [mit Posle] über ihre Arbeit und über die Aussichten für die Arbeiterbewegung im Lichte des Krieges und der Massenentlassungen. Interview von **Posle**

---

## Wie ist das Projekt Antijob entstanden und was sind seine Ziele?

Antwort: Antijob wurde von mehreren Teilnehmer\*innen der Autonomen Aktion im Jahr 2004 gegründet. Zu Beginn sollte das Projekt als Gegenstück zu „job.ru“ aufgebaut werden, der ältesten, auf eine breite Öffentlichkeit abzielenden Website für Stellengebote. Unser Projekt basiert auf moralischen und politischen Fundamenten, wobei wir den Klassenstandpunkt stets im Fokus behalten. Unser Ausgangspunkt ist, dass innerhalb eines kapitalistischen Systems die Ausbeutung der Lohnabhängigen durch die Unternehmer die Norm darstellt und die Lohnabhängigen immer in einer schwachen Position sind. Dem wollen wir entgegenreten.

Später, im Jahr 2011, übernahm Antijob eine aktive Rolle in dem „solidarischen Netzwerk“ (Seti Solidarnosti) – einer radikal dezentralen Organisation mit Zellen in diversen Städten, die den Beschäftigten dazu verhalf, an ihren Arbeitsplätzen Gerechtigkeit zu erlangen. Die Bewegung setzte dabei auf die Taktik direkter Aktionen. Dazu gingen ihre Mitglieder in die Unternehmen, halfen

Streiks zu organisieren, drohten, Informationen über den Konflikt im Unternehmen öffentlich zu machen, wenn die Forderungen der Beschäftigten nicht erfüllt würden, und enthüllten kompromittierende Informationen über die Besitzer der betroffenen Unternehmen. Aufgrund der zunehmenden Restriktionen durch das Regime stellte das „solidarische Netzwerk“ seine Aktivitäten zwar nach und nach ein, Antijob existiert aber weiter als Online-Projekt, das Beurteilungen von Beschäftigten über ihre Chefs veröffentlicht. Darüber hinaus nehmen wir, im Gegensatz zu später ins Leben gerufenen ähnlichen kommerziellen Internetprojekten, prinzipiell kein Geld an, um negative Beurteilungen zu löschen.

Unternehmen legen Wert auf einen guten Ruf, denn heutzutage schauen sich potentielle Bewerber\*innen an, was andere über diese Firma sagen, bevor sie zu einem Vorstellungsgespräch gehen. Es gibt inzwischen viele Fälle, in denen Beschäftigte durch Beurteilungen Unternehmen zwingen konnten, ihnen die zustehenden Löhne oder Abfindungen zu zahlen oder andere Forderungen zu erfüllen. Ein Bauunternehmen musste aufgrund der zahllosen

schlechten, auf Antijob veröffentlichten Beurteilungen sogar sein Logo und seinen Namen ändern.

Antijob veröffentlicht auf seiner Online-Plattform zudem diverse Texte über Anarchismus, Lohnarbeit und Kapitalismus sowie analytische Artikel zu aktuellen Themen. Darüber hinaus haben wir zwei Bücher mit herausgegeben: die zweite Ausgabe von *Arbeit. Kapitalismus. Wirtschaft. Widerstand* [Work. Capitalism. Economics. Resistance – Erstausgabe 2013] des amerikanischen anarchistischen Kollektivs Crimethink (in Kooperation mit dem Verlag Radical Theory and Practice), und, zusammen mit der Kooperative Napilnic, *Arbeit macht frei* [Labor Sets You Free], ein Sammelband mit Geschichten von Arbeiter\*innen über die Verletzung ihrer Rechte und ihre Gegenwehr. Seit Beginn des Krieges haben wir in unseren sozialen Medien aktiv über die aktuelle Situation berichtet, in der Beschäftigte wegen ihrer Äußerungen in den sozialen Medien gegen den Krieg entlassen wurden, sowie über die zahlreichen Entlassungen und Lohnkürzungen infolge des Kriegs. Wir veröffentlichen mittlerweile auch lange Texte auf unserer Webseite; der aktuellste befasste sich mit der wirtschaftlichen Situation in Russland und den zunehmend schlechteren Arbeitsbedingungen.

Hin und wieder müssen aber auch wir gewisse Kompromisse eingehen und bestimmte Texte und Kritiken, die die Aufmerksamkeit der „Roskomnadzor“ [RKN, russische Regulierungs-, Aufsichts- und Zensurbehörde für Massenmedien, Telekommunikation und Datenschutz, AdÜ] auf sich gezogen haben, löschen, denn wir wollen sicherstellen, dass den Menschen in Russland der Zugang zu unserer Webseite und unseren sozialen Netzwerken erhalten bleibt. In diesem Fall wird der Text häufig durch die von Roskomnadzor gestellte Auflage und manchmal auch durch ein Gerichtsurteil ersetzt. [Hinweis: Dieses Interview fand statt, bevor antijob.net blockiert wurde. Die Site ist auf Anordnung der RKN jetzt gesperrt. Über ein virtuelles privates Netzwerk oder eine Weiterleitung zu antijob.info ist sie jedoch weiterhin erreichbar.] Für uns ist es überaus wichtig, dass Antijob weit verbreitet ist, auch bei Menschen, die möglicherweise noch keine dezidierten politischen Ansichten haben. Der größte Teil unserer Leser\*innen kommt aus der Arbeiterschaft und an sie wenden wir uns in erster Linie. Manchmal reicht es einfach schon, eine Reihe von Berichten über die Willkür von Unternehmern zu veröffentlichen, um Menschen zu politisieren. Sogar trotz einer gewissen Selbstzensur gelingt es uns, die Menschen draußen zu erreichen.

**Nach Beginn des russischen Einmarschs in die Ukraine gründeten Antijob, der Feministische Antikriegswiderstand (FAS) und die Initiatoren des Aufrufs „Krankschreibung gegen den Krieg“ [Antiwojennyj bolnitschnyj] den AntiFond [АнтиФонд]. Was genau ist seine Aufgabe?**

Zu Beginn halfen wir Beschäftigten, die aufgrund ihrer Antikriegshaltung entlassen oder an ihrer Arbeitsstelle unter Druck gesetzt wurden. Im Rahmen dieses Fonds organisierten wir eine Rechtshilfe, die Betroffene z. B. darin beriet, wie sie Klage einreichen konnten, und sie sogar vor Gericht vertrat. Anfragen erhielten wir vor allem von Lehrer\*innen und Angehörigen von künstlerischen Berufen. Ich erinnere mich z. B. an einen Lehrer, der gefeuert worden war, weil er am Ende des Unterrichts einen Vortrag gegen den Krieg hielt. Ihm wurde nicht einmal gestattet, seine persönlichen Gegenstände noch aus dem Klassenzimmer zu holen. In einem anderen Fall ging es um eine Mitarbeiterin einer italienischen Versicherungsgesellschaft, die der Firmenleitung einen Brief mit der Bitte um Versetzung schrieb. Die russische Seite der Firmenleitung sah den Brief und sperrte sämtliche Firmenserver für die Frau. Ihr wurde dann mehrere Monate lang ein Arbeitsplatz vor einem unbrauchbaren Computer zugewiesen, da die Firma sie aus formellen Gründen nicht entlassen konnte. Ihre Tochter allerdings, die in derselben Firma als Praktikantin arbeitete, wurde direkt entlassen.

Im Laufe der Zeit haben sich zwar weniger Leute mit solchen Problemen gemeldet, aber der Krieg, die Sanktionen und die schwierige wirtschaftliche Lage führten vermehrt zum Abbau von Arbeitsplätzen und zur Einbehaltung von Löhnen. Die Massenentlassungen betreffen im Moment noch meist Unternehmen, die ihre Geschäfte in Russland runterfahren, aber schon bald werden auch lokale Firmen betroffen sein. Der Autohersteller AwtoWAS z. B. verlagerte die Produktion des Lada Vesta von Ischewsk nach Togliatti. Aufgrund fehlender Teile konnten in Togliatti keine Autos mehr montiert werden, sodass die Firmenleitung beschloss, das Werk in Ischewsk aufzugeben. Einzelnen Fachleuten wurde eine Versetzung nach Togliatti angeboten, den meisten Beschäftigten jedoch wurde gekündigt. Zwar erklärte das Unternehmen, es wolle eine kleine Anzahl von Arbeiter\*innen weiterbeschäftigen, da in diesem Werk jetzt Elektroautos produziert werden sollen, die Beschäftigten schenken dem jedoch keinen Glauben und denken, dass das Werk geschlossen wird. Piloten von Boeing-Maschinen dürften ebenfalls bald entlassen

werden, da diese Flugzeuge aufgrund der Sanktionen nicht mehr in Gebrauch sind.

**Soziolog\*innen und andere Forscher\*innen sagen oft, dass Russlands Bevölkerung extrem zersplittert sei. Schließen sich die Russ\*innen jetzt zusammen, um ihre Arbeitsrechte zu verteidigen?**

Nachdem die Massenentlassungen und Lohninbehaltungen begonnen hatten, schlossen sich nach und nach die Menschen zusammen, aber hauptsächlich, um die Regierung um Hilfe zu bitten. Sie führen Sammelklagen vor Gericht oder schreiben offene Briefe an den Präsidenten. Außerdem suchen sie häufig den Kontakt zu Journalisten, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen, da sie nicht glauben, dass sie für sich selbst kämpfen können. In den letzten Monaten gab es mehrere direkt an Wladimir Putin gerichtete Appelle, sowohl von den Beschäftigten des oben erwähnten Automobilwerks in Ischewsk als auch von den Beschäftigten von Moskanal (Notfalldienst für Moskaus Abwassersystem), die zur Arbeit in der selbsternannten „Volksrepublik Luhansk“ abkommandiert worden waren.

Bei AntiFonds versuchen wir, Informationen über kollektive Methoden für den Kampf um unsere Rechte zu verbreiten. Wir bieten Rechtshilfe bei der Organisation von Gewerkschaften und Streiks an. Bisher allerdings gab es noch nicht sehr viele solcher Aktionen. Viele Menschen fürchten sich vor solchen Aktionen, da sie ihre Rechte nicht kennen und glauben, damit gegen Gesetze zu verstoßen und dadurch ihre Jobs zu verlieren. Beschäftigte in der Dienstleistungsbranche, wie Taxi- und Kurierfahrer\*innen, sind in puncto Selbstorganisation am weitesten.

**Angesichts der neuen repressiven Gesetze und dubiosen Praktiken der Justizbehörden scheint es absolut sinnlos zu sein, sich zur Durchsetzung der eigenen Rechte an Gerichte oder Regierungsinstitutionen zu wenden. Wie stellt sich da die Situation bezüglich der Arbeitsrechte dar?**

Die Arbeitsverhältnisse unterliegen in Russland oftmals eher informellen Regeln als Gesetzen im eigentlichen Sinn. Viele Beschäftigte kennen ihre Rechte nicht, daher sind diese Menschen sehr leicht zu manipulieren. Die meisten Unternehmen versuchen z. B., ihre Angestellten irgendwie dazu zu bringen, selbst zu kündigen. Es gab da etwa den bemerkenswerten Fall einer Lehrerin, der nahegelegt wurde, zu gehen, und die dies rundweg ablehnte. Daraufhin wurde sie ins Buchhaltungsbüro der

Schule gerufen, um einige Dokumente zu unterzeichnen, eines davon war ein dazwischen geschmuggeltes Schreiben, in dem sie angeblich um ihre Entlassung ersuchte. Die Rechtsanwälte sagten ihr dann, dass sie den Brief zurücknehmen könne, aber zwei Tage, nachdem sie den Brief unterzeichnet hatte, gelangten ihre Vorgesetzten an die Überwachungsbänder und hatten damit Beweise für ihre Unachtsamkeit.

Häufig verhandeln Unternehmer auch und bieten für ein Schreiben mit einer freiwilligen Kündigung im Gegenzug die Zahlung eines Monatslohns an. Auf diese Weise umgehen sie ein förmliches Kündigungsverfahren. Tatsächlich ist es aber sehr oft so, dass Beschäftigte, die vor Gericht Klage einreichen, recht ansehnliche Abfindungen erhalten. Allerdings können wir nicht wirklich objektiv beurteilen, wie die Regierungsbehörden arbeiten, da wir nicht wissen, wieviele Klagen sie einfach ignorieren.

Wir können jedoch mit Bestimmtheit sagen, dass die Missachtung von Arbeitsrechten in Russland ein Massenphänomen ist. Denn auch wenn einzelne Beschäftigte das Glück haben mögen, nach einer Gerichtsverhandlung die ihnen zustehenden Vergütungen ausgezahlt zu bekommen, so übernimmt doch die überwältigende Mehrheit der Unternehmen keinerlei Verantwortung für Rechtsverletzungen. So sind z. B. die Arbeitsbedingungen in den Lagerhäusern von Ozon, Wildberries und Sima Land absolut mit Sklaverei vergleichbar. Bevor die Leute dort an ihren Arbeitsplatz gehen, werden sie gezwungen, nackt durch einen Metalldetektor zu gehen und nach Ende der Schicht dieselbe Prozedur nochmals zu durchlaufen. Obwohl diese Situation schon vor etlichen Monaten öffentlich gemacht wurde, hat sich nichts geändert.

Aber selbst wenn man dem russischen Justizsystem kein großes Vertrauen entgegenbringt, sollte man sich grundsätzlich an die Justiz wenden und Verstöße melden. Das lohnt sich aber nur, wenn dies nicht direkt mit einer Kritik am Regime oder einer antimilitaristischen Position verbunden ist, denn sonst ist von vornherein klar, dass ein Gericht nicht im Sinne des Klägers urteilen wird. Bei Konflikten am Arbeitsplatz besteht jedoch durchaus eine gewisse Möglichkeit, Recht zu bekommen und andere Beschäftigte dadurch zu ermutigen, für ihre Rechte einzutreten.

Nachdem nun AntiFonds entstanden ist, können die Menschen kostenlose Rechtsberatungen erhalten und erfahren, wie sie ihre Rechte konkret verteidigen können. Derartige Hilfe war bisher lediglich zum Schutz von politischen Rechten verfügbar. Daneben gibt es auch ein

Unterstützungskomitee für die Bürger\*innen, das mit Geflüchteten arbeitet; dieses Komitee bietet allerdings eher Unterstützung bei der Job-Suche als bei der Lösung von Arbeitskonflikten an. Durch den Krieg sind auf jeden Fall viele verschiedene Hilfsinitiativen entstanden.

**Einige Leute hoffen, dass sich aufgrund der zunehmenden Krise auf dem Arbeitsmarkt noch mehr Menschen der Antikriegsbewegung anschließen: Menschen, die ihre Jobs verlieren und denen dadurch klar wird, dass der Krieg direkte Auswirkungen auf sie hat. Was halten Sie von dieser Ansicht?**

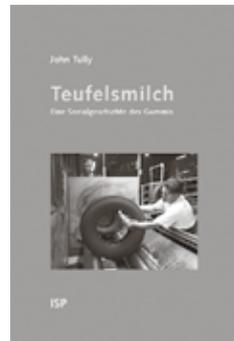
Wir bei Antijob teilen diese Ansicht. Beispiele aus der Geschichte zeigen, dass das durchaus möglich ist. Nehmen wir die damalige Revolution im Iran. Auch wenn sie einen konservativen Charakter hatte und mit einem Sieg der Islamisten endete, zeigt ihre Geschichte, wie sich Proteste entwickeln. Am Anfang demonstrierten die Student\*innen. Arbeiter\*innen schlossen sich ihnen erst an, nachdem Scheich Mohammad Reza Pahlevi Reformen angestoßen hatte, die zu einer massiven Inflation führten. Fabriken begannen zu schließen und entließen ihre Beschäftigten. Diese gewaltigen Demonstrationen zwangen den Schah schließlich dazu abzudanken und eine neue Regierung zu bilden. Ganz Ähnliches ereignete sich in Polen, wo die Gewerkschaft Solidarność und die Arbeiterbewegung eine gewichtige Rolle spielten.

Aufgrund von Entlassungen und Werksschließungen werden die Proteste dagegen zunehmen. Dadurch bekommen wir mehr Gelegenheit, unsere Agenda zu verbreiten, einschließlich unseres Antimilitarismus. Auf dieses Szenario zählen wir, und wir versuchen, es voranzubringen, indem wir Arbeiter\*innen dazu aufrufen, sich selbst zu organisieren. In Russland wird es noch mehr Entlassungen geben, die Preise werden steigen und das Lohnniveau wird abstürzen. Ab einem bestimmten Punkt kann die Frage nicht mehr ignoriert werden.

Übersetzung: A. H.



## Neu bei ISP



John Tully

### Teufelsmilch

Eine Sozialgeschichte des Gummis

Aus dem Englischen  
von Klaus E. Lehmann  
482 Seiten, Hardcover, 29,80 Euro  
ISBN 978-3-89900-144-0  
lieferbar

Für die moderne Welt ist Gummi genauso wichtig wie Öl oder Stahl. Dies zeigt sich schon an der Bedeutung internationaler Großkonzerne wie Michelin, Firestone oder Goodyear, die den Weltmarkt genauso beherrschen wie die Öl- oder die Automobilkonzerne. Es erstaunt daher, dass es bislang keine größere kritische Geschichte dieses Rohstoffs und seiner Herstellung gab. Dabei war Kautschuk lange eine der wichtigsten Kolonialwaren, die in Indochina, Südamerika oder dem Kongo unter äußerst brutalen Bedingungen gefördert wurden. Auch Häftlinge der Nazis mussten in den Konzentrationslagern synthetischen Gummi für die IG Farben fertigen. »Teufelsmilch« zeigt beispielhaft, wie der Kapitalismus bei der Ausbeutung von Mensch und Natur keine Grenzen kennt.

Neuer ISP Verlag GmbH

☎ (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

# SOLIDARISCHER ANTIIMPERIALISMUS ODER HEUCHLERISCHER PAZIFISMUS

---

Seit das Putin-Regime seinen Besatzungskrieg gegen die ukrainische Bevölkerung am 24. Februar startete, diskutieren Sozialist\*innen kontrovers über die Charakterisierung dieses Krieges. Besonders umstritten ist die Haltung gegenüber dem ukrainischen Widerstand.

■ **Christian Zeller**

---

Sollen antiimperialistische und revolutionäre Ökosozialist\*innen den Widerstand der ukrainischen Bevölkerung, organisiert in der bürgerlichen Armee der Ukraine, gegen die imperialistischen Besatzungstruppen unterstützen? Oder sollen sie es hinnehmen, dass Russland über weite Teile der Ukraine ein brutales Besatzungsregime mit allen zerstörerischen Konsequenzen errichtet? Dahinter verbirgt sich eine grundsätzliche Frage: Wie soll man sich zum Widerstand gegen imperialistische Angriffe positionieren, wenn nicht westliche Imperialismen angreifen, sondern imperialistische Mächte wie Russland und China oder autoritäre Regimes?<sup>1</sup> Ähnliche Herausforderungen werden uns noch öfter belasten. Sollte die Volksrepublik China das Nachbarland Taiwan angreifen oder einen bewaffneten Aufstand einer unterdrückten Nationalität niederschlagen, gälte es ebenfalls Stellung zu ergreifen.

In ihren Stellungnahmen versteht die Vierte Internationale den russischen Besatzungskrieg als Ausdruck des großrussischen Chauvinismus und Imperialismus, der die

Existenz einer ukrainischen Nation bestreitet und die eine unabhängige Ukraine nicht akzeptiert. Das Putin-Regime hat den Krieg begonnen und wiederholt eskaliert. Der ukrainische Widerstand hat einen antikolonialen Charakter und muss deshalb unterstützt werden. Die Niederlage des Putin-Regimes ist Voraussetzung für eine demokratische Entwicklung sowohl in der Ukraine als auch in Russland. Ein Sieg Putins wäre gleichbedeutend mit der Zerstörung der Zivilgesellschaft in der Ukraine und in Russland. Er würde die internationale Kriegsgefahr ansteigen lassen. „Brüder im Geiste“ Putins würden ihre Expansionsvorhaben kriegerisch durchsetzen wollen. Erst der erfolgreiche Widerstand der Ukraine brachte die NATO-Staaten in Zugzwang, dem Widerstand militärisch massiv unter die Arme zu greifen, die aber selbstverständlich ihre eigenen imperialistischen Interessen verfolgen.

Die ISO gibt vor, solidarisch mit dem ukrainischen Widerstand zu sein, spricht sich aber dagegen aus, dass sich dieser Widerstand mit wirksamen Waffen den russischen Besatzungstruppen entgegensetzen und die Bevölkerung

vor Bombardierungen schützen kann. Die offensichtliche Inkonsistenz und innere Widersprüchlichkeit dieser Position kommt exemplarisch in der Resolution der ISO vom 17./18. September 2022 zum Ausdruck.<sup>2</sup> Diese Resolution kombiniert Versatzstücke geopolitischen Lagerdenkens, pro-russischer Propaganda, ein schematisches Verständnis von Imperialismus und einen heuchlerischen Pazifismus mit einer brüchigen Referenz an eine internationalistische Position, wie sie von der Vierten Internationale vertreten wird.

Die Resolution zeigt sich im Titel und in den ersten Absätzen zwar solidarisch mit dem „Widerstand in der Ukraine und der russischen Antikriegsbewegung“, widerspricht allerdings in den weiteren Ausführungen dieser Bekundung. Die Resolution macht zunächst das Regime Putins für den Krieg verantwortlich und stellt sich im zweiten Punkt auf die Seite der ukrainischen Bevölkerung. Die nachfolgende Anprangerung der ukrainischen „Oligarchenregierung“ leitet dazu über, die eingangs angekündigte Solidarität wieder aufzukündigen. In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass jene sozialistischen Kräfte, die „Klassenunabhängigkeit“ der Gewerkschaften und Linken gegenüber der neoliberalen Regierung in der Ukraine am wirksamsten unterstützen, aktive Solidaritätsarbeit leisten und sich den Waffenlieferungen an die Ukraine nicht entgegenstellen.

Die Resolution bewertet die Maidan-Revolution und übernimmt dabei Elemente russischer Propaganda. Sie bezeichnet den Regierungswechsel zwar nicht als einen Putsch, doch sei die neue Regierung durch direkte US-Einmischung gebildet worden (Punkt 4). Die Dynamik der breiten Erhebung der Bevölkerung würdigen die Verfasser\*innen mit keinem Wort. Die Resolution verteidigt die fragwürdigen Minsk-Abkommen und wirft der ukrainischen Regierung implizit vor, einen Bürgerkrieg mit den „Volksrepubliken“ in Donezk und Luhansk provoziert zu haben (Punkt 2). Zugleich verschweigt der Text bezeichnenderweise die entscheidende Einmischung von außen: Die Besetzung der Halbinsel Krim durch russische Truppen und die massive militärische Intervention Russlands zugunsten der Donbas-Rebellen, die dort ein reaktionäres Klientelregime errichtet haben. In ihrer Bewertung des Sprachenkonflikts in der Ukraine missachtet die Resolution die Probleme, die sich einer kolonisierten Bevölkerung stellen, wenn sie ihre Sprache gegenüber der Kolonialsprache gesellschaftlich zur Anerkennung bringen will.

Die Resolution charakterisiert den Krieg auch als Stellvertreterkrieg. Der Verweis auf Aussagen von US-Regie-

rungsstellen, die einen „langen Krieg“ prophezeit hätten, dient dazu, den USA vorzuwerfen, einen Abnutzungskrieg gegen Russland zu führen, wofür die ukrainische Bevölkerung den Blutzoll bezahle. Die Resolution benennt aber nicht, wer den Krieg tatsächlich in die Länge zieht, immer neue Angriffe durchführt und einen geradezu mörderischen Abnutzungskrieg mit offenem Massenterror gegen die ukrainische Bevölkerung führt. Das ist doch offensichtlich das Putin-Regime. In den nachfolgenden Ausführungen offenbaren die Autor\*innen, dass für sie der Krieg nicht auch, sondern vor allem ein Stellvertreterkrieg ist. Sie „fordern die sofortige Einstellung der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine, da sie das Potential haben, den Krieg zu eskalieren und eine unkontrollierbare Dynamik auszulösen.“ Die Ukraine darf sich also nicht verteidigen. Die Armee soll nicht einmal schwere Luftabwehrwaffen zum Schutz der Bevölkerung vor Bombenterror erhalten.

Sie steigern die Verweigerung der Solidarität zu einer infamen Beschuldigung: „Das Recht auf Selbstbestimmung eines Volkes gibt ihm nicht das Recht, andere Völker in den Krieg zu ziehen. Die ukrainische Führung versucht mit allen Mitteln, den Krieg zur Sache der NATO zu machen, weil ihre eigenen Mittel der Kriegführung begrenzt sind. Dem müssen wir entgegengetreten, die auf Expansion drängende Eigenlogik des Krieges muss gebrochen werden. Die Arbeiterklasse fremder Länder in einen Krieg zu treiben, der sie nichts angeht, hat mit proletarischem Internationalismus nichts zu tun. Dieser zielte stets darauf ab, einen Krieg schnellstmöglich zu beenden – sofern er kein Bürgerkrieg war.“

Mit dieser Aussage beleidigen die Verfasser\*innen nicht nur die ukrainische Linke, sondern die gesamte Bevölkerung der Ukraine, die nach Hilfe ruft. Nicht einmal die ukrainische Armeeführung hat erklärt, dass sie den Krieg ausweiten und andere Staaten, also deren Arbeiter\*innenklasse, in den Krieg ziehen wolle. Als die Vietnames\*innen und Algerier\*innen in ihren Befreiungskämpfen nach Unterstützung suchten, hätten ihnen dann linke Oppositionelle in Russland und China die potentielle Ausweitung des Krieges zum Vorwurf machen sollen?

Dieser Vorwurf ist der teilweise hysterischen Stimmung in Teilen der deutschen radikalen Linken geschuldet. Die Autor\*innen dieser Zeilen betreiben schlicht eine Schuldumkehr. Verantwortlich für die Eskalation des Krieges sei der militärische Widerstand der Ukraine und der bislang unbeugsame Wille der ukrainischen Bevölkerung diesen Widerstand weiterzuführen, nicht aber das

Regime, das den Krieg begonnen und seither in mehreren Schritten massiv eskaliert hat und mittlerweile unverhohlen mit nuklearem Massenterror droht.

Schließlich kritisieren die Autor\*innen die Wirtschaftssanktionen. Diese Sanktionen wirken beschränkt und selektiv. Sie treffen die wesentlichen Oligarchen und Kapitalgruppen wenig, was ihre Urheber durchaus wünschen. Dennoch sind Sanktionen nicht rundweg abzulehnen. Das zeigen auch die Erfahrungen anderer Sanktionen und Boykottbewegungen. Auf derartige Differenzierungen verzichtet der Text. Zu erinnern ist, dass russische Sozialist\*innen Sanktionen nicht rundweg ablehnen. Zudem stellt sich im Umkehrschluss die Frage, wenn die ISO sich solidarisch mit dem ukrainischen Widerstand zeigen will, aber sowohl Waffenlieferungen für die Ukraine als auch Sanktionen gegen Russland ablehnt, durch welche Forderungen nach militärisch und ökonomisch wirksamen Maßnahmen will sie dann diese Solidarität in Deutschland zum Ausdruck bringen? Die Resolution vermittelt hierzu keine Hinweise. Die bekundete Solidarität verkommt zur Worthülse. Darüber täuscht auch die Geldsammelkampagne für Sozialnyj Ruch nicht hinweg.

Die Resolution beklagt die Schwäche der alten Friedensbewegung. „Dennoch tut sich die alte Friedensbewegung bislang schwer, in größerem Umfang gegen die neue Spirale von Rüstung und Krieg zu mobilisieren. Das liegt zum Teil an ihrer inneren Zerstrittenheit, zum Teil aber auch an dem offenbar immer noch abrufbaren, historischen Reflex gegenüber dem ‚gewalttätigen, unberechenbaren und heimtückischen Iwan‘“.

Die Friedensbewegung ist schwach, weil sie schlicht unglaubwürdig geworden ist. In ihren Stellungnahmen vor und nach Beginn des Krieges schrieben ihre Exponent\*innen die Hauptverantwortung für den Krieg der NATO, nicht dem Putin-Regime zu. Außer im rechtsextremen und im (post)stalinistischen Milieu haben diesen Unsinn nur wenige Menschen geglaubt. Doch die Resolution erwähnt diese fundamentale politische Verirrung der Friedensbewegung mit keinem Wort, denn dann müsste die ISO auch über ihre eigenen Stellungnahmen kritisch nachdenken. Stattdessen prangert sie die angebliche Kriegshetze der Medien an. Gäb es diese Kriegshetze in Deutschland wirklich, wäre die politische und gesellschaftliche Situation in Deutschland eine ganz andere. Weder die wesentlichen Kapitalfraktionen noch die Bevölkerung wollen einen Krieg. Die Gesellschaft ist weit von einer Kriegsstimmung entfernt. Relevante Teile des deutschen Kapitals wollen vielmehr bald irgendeine

Vereinbarung mit den Kapitalist\*innen in Russland finden, um die profitablen Geschäfte wiederaufzunehmen.

Die Resolution fordert sowohl den sofortigen Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine und einen sofortigen Waffenstillstand. In der konkreten Situation ist das ein offensichtlicher Widerspruch. Würde die ukrainische Regierung die Waffen ruhen lassen, käme das einer Niederlage und der Besetzung weiter Teile des Landes gleich – mit allen zerstörerischen Konsequenzen für die Menschen, deren Kultur und das gesamte zivile Leben.

In diesem Lichte erscheint die am Ende der Resolution erwähnte Dialogbereitschaft mit Sozialnyj Ruch und der ukrainischen Linken geheuchelt. Die Resolution propagiert Solidarität mit dem ukrainischen Widerstand und wirft diesem zugleich vor, eine Eskalation zu betreiben und die Arbeiter\*innenklasse anderer Staaten in diesen Krieg hineinziehen zu wollen. Das Putin-Regime bombardiert flächendeckend die Menschen in der Ukraine und droht mit dem Einsatz von Atomwaffen, und Linke in Deutschland – einschließlich der ISO – werfen dem ukrainischen Widerstand vor, den Krieg zu eskalieren. Ist das solidarischer Antiimperialismus oder heuchlerischer Pazifismus oder schlicht Verweigerung der Realität?

12. Oktober 2022

**1** Ich stütze meine Argumente hier auf eine ausführliche von mir mitverfassten Stellungnahme von 15 Sozialist\*innen aus der Ukraine, Russland, Polen, Deutschland, Österreich und Schweiz. <https://emanzipation.org/2022/08/ukrainischen-widerstand-unterstuetzen-und-fossiles-kapital-entmachten/>. Weitere Argumente finden sich in meiner Antwort auf eine Entgegnung, die von ISO-Mitgliedern mitverfasst wurde. <https://emanzipation.org/2022/09/debatte-besatzung-akzeptieren-um-krieg-zu-beenden>.

**2** ISO: Bundeskonferenz 2022. Solidarität mit dem Widerstand in der Ukraine und der russischen Antikriegsbewegung! Stoppt den Krieg! 17./18. September [https://intersoz.org/wp-content/uploads/2022/10/Bundeskonferenz\\_Solidarit%C3%A4t-mit-dem-Widerstand-in-der-Ukraine-und-der-russischen-Antikriegsbewegung.pdf](https://intersoz.org/wp-content/uploads/2022/10/Bundeskonferenz_Solidarit%C3%A4t-mit-dem-Widerstand-in-der-Ukraine-und-der-russischen-Antikriegsbewegung.pdf)

# MIT DEM UKRAINEKRIEG WERDEN KRÄFTEVERHÄLTNISSE VERSCHOBEN

---

Der Krieg in der Ukraine verschiebt Kräfteverhältnisse auf mindestens drei verschiedenen Ebenen: auf der innenpolitischen Ebene der Ukraine, der geopolitischen Ebene (zwischen der Nato und Russland) und der innenpolitischen Ebene in den Nato-Ländern.

■ Jakob Schäfer

---

Ob sich aufgrund des Kriegs die Kräfteverhältnisse in Russland verschieben werden, ist zurzeit (Anfang Oktober 2022) noch nicht abzusehen. Die Proteste und Fluchtbewegungen, die vor dem Hintergrund der Teilnobilisierung neuen Auftrieb bekommen haben, könnten zu einer Schwächung der innenpolitischen Position des Kremls führen, im Idealfall sogar zu mehr. Hoffen wir das Beste!

In jedem Fall aber ist der „Verzweiflungsschritt“ Putins, die Teilnobilisierung, ein weiterer Beleg dafür, dass sich der Kreml mit seinem Einmarsch in die Ukraine nicht nur geostrategisch, sondern auch innenpolitisch kolossal verkalkuliert hat. Letzteres war schon an der schlechten Kampfmoral der russischen Truppen zu sehen.

## **Nation-Building mit Ausgrenzung statt Inklusion**

Die Ukraine hat noch keine lange Tradition staatlicher Unabhängigkeit. Durch die Oktoberrevolution von der Zarenherrschaft befreit konnte sich 1918 der größte Teil der Ukraine (ohne die Westukraine, die von Polen beherrscht wurde) als unabhängiger Staat konstituieren. Die

von uns unterstützte Sozialnyj Ruch (Soziale Bewegung der Ukraine) betont, dass die Ukraine multinational ist. Die Identität der ukrainischen Bevölkerung als multiethnische Gemeinschaft ist eine unbestreitbare Tatsache, aber nicht alle der zwölf sprachlich und/oder kulturell verschiedenen Gruppen waren und sind gesellschaftlich gleichgestellt. Aufgrund eines jahrhundertlangen Erbes gibt es diverse Benachteiligungen, doch insgesamt waren diese Differenzen beherrschbar.

Schon vor dem jetzigen Krieg allerdings hat die Rechte – vor allem die extreme Rechte – eine „inklusive Ukraine“ abgelehnt. Dies bezieht sich auf alle religiösen, regionalen (kulturellen) und sprachlichen Minderheiten, wobei die russische die größte ist. Gespeist wurde und wird dieser Geist vor allem von den faschistischen Kräften, aber auch von anderen nationalistischen Bandera-Anhängern. Mit dem Krieg ist die Verständigung zwischen den verschiedenen Nationalitäten in der Ukraine zurückgeworfen worden. „Der Euromaidan, die Annexion der Krim und der bewaffnete Konflikt mit Russland haben die ‚Wir-Sie‘-Linie der Eigenidentifikation der ‚Ukrainer‘ im Verhältnis

zu den ‚Anderen‘ verstärkt. Die laufende ‚Ukrainisierung‘ verunsichert die Minderheiten und gefährdet die Möglichkeit, eine zusammenhängende ukrainische Gesellschaft mit einem gemeinsamen Zusammengehörigkeitsgefühl zu schaffen. Angesichts des multikulturellen ukrainischen Raums und der internationalen Verpflichtungen des Staates, die Rechte der nationalen, ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten zu schützen und zu fördern, ist ein ethnozentrischer Ansatz beim Nation-Building ein konfliktträchtiger Faktor.“<sup>1</sup>

Die Einmischung der EU und (und später der Nato) in die ukrainische Politik hatte 2013/2014 zu dem Euro-Maidan geführt, der die rechten Kräfte hatte aufblühen lassen. Die anschließende Abspaltung (eher Annexion) der Krim und die Einmischung Russlands in der Ostukraine haben diese Prozesse noch verstärkt. So wurde 2019 die Verwendung des Russischen als Amtssprache verboten, obwohl mehr als 29 Prozent der Bevölkerung Russisch als erste Sprache sprechen (Volkszählung 2001). Schon mit der Lostrennung von 1991 (Auflösung der Sowjetunion) war Russisch als Amtssprache abgeschafft worden. 2019 wurde das zu einem Verbot verschärft, die Übergangsfrist endete im Januar 2022. „Getroffen werden aber auch ukrainische Medien, die auf Russisch Putin und dessen Ukrainepolitik kritisieren. Als eine Art russische Gegenöffentlichkeit hätten diese eigentlich Schutz verdient, klagt der in London lebende russische Journalist Oleg Kaschin in der FAZ. Stattdessen sei die Ukraine nun das erste Land, das Pressepublikationen in einer konkreten Sprache faktisch verbiete.“<sup>2</sup>

Diese Entwicklung rechtfertigt natürlich nicht die Einmischung Russlands in der Ostukraine ab 2014 und auch nicht den verbrecherischen Krieg Putins gegen die Ukraine. Aber diese Politik hat zum Scheitern von Minsk II beigetragen und damit zum Hochfahren der Spannungen. Mit dem Krieg ist die Regierung deutlich weiter nach rechts gerückt, wobei die Ablehnung eines Waffenstillstands nur die verheerendste Folge ist.

Zur Verschlechterung der innenpolitischen Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen in der Ukraine gehört natürlich auch das allgemeine ideologische Rollback und die weitgehende Zerstörung aller Arbeitsschutzrechte sowie drastische Arbeitszeitverlängerungen. Außerdem wurden noch mehr linke Organisationen verboten und Kriegsdienstverweigerer wandern ins Gefängnis.

Der Krieg ist damit das Gegenteil einer emanzipativen Befreiungsbewegung von unten, die gegen eine Besatzungsmacht kämpft und soziale, gesellschaftsverändernde

Ziele verfolgt. Der Krieg wird auch nicht in eine linke Bewegung hinüberwachsen. Wir erleben das Gegenteil.

### **Verschiebung der geopolitischen Kräfteverhältnisse**

Inzwischen bewahrheitet sich immer mehr, dass mit diesem Krieg das geopolitische Kräfteverhältnis drastisch zugunsten der Nato verschoben wird, und zwar je länger der Krieg dauert, desto mehr:

■ Russland wird politisch, militärisch und wirtschaftlich geschwächt aus dem Krieg hervorgehen. Die geopolitische Position des Kremls gilt es in keiner Weise zu verteidigen (das Lagerdenken hat schon genug Fehlorientierungen verursacht), aber die wirtschaftliche Lage der Menschen im Land wird sich drastisch verschlechtern.

■ Mit diesem Krieg kann die Nato in den Augen vieler Menschen ihre Existenzberechtigung dadurch unter Beweis stellen, dass sie vergleichsweise geschlossen und wirkungsvoll die ukrainische Armee mit Waffen versorgt und ausbildet. Schon 2014–2021 haben die USA die Ukraine mit Waffen im Wert von 2,5 Mrd. Dollar aufgerüstet (u. a. mit Hunderten Panzerabwehrraketen des Typs Javelin) und Soldaten ausgebildet; Polen und Tschechien lieferten in dieser Zeit schon gebrauchte Schützenpanzer und Selbstfahrlafetten ...

■ Die Nato dehnt sich aus und geht politisch wie militärisch gestärkt aus diesem Krieg hervor.

■ Zur Freude der Waffenindustrie und aller Militaristen und Imperialisten schreitet die Aufrüstung im Westen voran. Dies alles natürlich zum Nachteil derjenigen, die das alles bezahlen müssen.

Nicht nur ist diese Auseinandersetzung vom Westen lange vorbereitet worden (auch indem man die Spannungen hochfuhr und die Ukraine nicht zur Einhaltung des Minsker Abkommens zwang). Längst ist dieser Krieg ganz konkret zu einem Stellvertreterkrieg geworden.

### **Die entscheidende Frage: Waffenstillstand ja oder nein?**

Mit dem Krieg ist in weiten Teilen der Ukraine den Menschen die Existenzgrundlage entzogen. Dies gilt aber nicht für die Oligarchen, an deren Macht sich nichts geändert hat, wobei die Korruption nur ein Teilproblem ist.<sup>3</sup>

Inzwischen ist für die einfache Bevölkerung das Leid unermesslich: Tausende Tote und Verletzte, Millionen auf der Flucht, zerstörte Wohnungen und Infrastruktur, ökologische Schäden gewaltigen Ausmaßes, drohender GAU bei den diversen AKW usw.

Und noch immer gibt es die Gefahr weiterer Eskalationen. Die Erklärung des ukrainischen Präsidenten, dass er keinen Waffenstillstand will (er will die ganze Ukraine „befreien“) hat ganz offensichtlich Rückendeckung durch die USA, wenn sie nicht sogar von dort angeregt und befeuert wurde. Inzwischen hat Selenskyj Verhandlungen mit Präsident Putin per Gesetz verbieten lassen. Damit ist weiteres Leid vorprogrammiert, denn Putin wird – auch mit Hilfe der Teilmobilisierung – in den kommenden Monaten weitere Soldaten als Kanonenfutter aufs Schlachtfeld schicken. Daran sollte niemand zweifeln, der Putins Machtwillen halbwegs realistisch einschätzt.

Damit stellt sich die Frage nach der Alternative. An anderer Stelle haben wir die einzig humanistisch vertretbare Alternative des sozialen Widerstands erörtert.<sup>4</sup> Wenn nun aber die ukrainische Regierung die militärische Antwort auf die Invasion gewählt hat und damit weitgehend Fakten geschaffen wurden, gibt es dann heute keine Sofortforderung, die an die Herrschenden zu richten ist? Doch, nämlich die nach Verhandlungen für einen sofortigen Waffenstillstand. Es ist die einzige Chance, ein weiteres massenhaftes Abschlachten zu beenden.

Dazu braucht es eine erstarkende Friedensbewegung in der Ukraine aber auch in den Nato-Ländern, denn diese bewirken mit ihren Waffenlieferungen eine Fortführung des Kriegs (der Hauptverantwortlich ist natürlich nach wie vor der Kreml). Erst dann wird die Selenskyj-Regierung umschwenken, mit dem Effekt, dass Menschenleben geschont werden. Was ist wichtiger, Menschenleben oder eine „befreite“ und zerstörte Ukraine?

### Widerstand von unten in der Ukraine

Der Widerstand von unten muss sich in der Ukraine sowohl gegen die Besatzung wie auch gegen das ukrainische Oligarchensystem richten. Wenn Menschen zur Bekämpfung einer Besatzungsarmee die Waffe in die Hand nehmen, dann verdient dies nicht nur unser aller Respekt, sondern auch konkrete handfeste Unterstützung. Aber genau diese Art des Widerstands ist dieser Krieg nicht. Es werden schwere Waffen eingesetzt und ganze Städte werden von der russischen Armee in Schutt und Asche gebombt. So sehr wir also für den Widerstand von unten sind, so sehr bedauern wir, dass viele der linken Kräfte in der Ukraine für die Lieferung schwerer Waffen seitens der Nato-Staaten an die Selenskyj-Regierung eintreten.

Ist nicht aber die Meinung der ukrainischen Linken für uns der Maßstab zur Festlegung unserer eigenen Position? Nein! Wir – hier spreche ich zumindest für das Autoren-

kollektiv, das seine Position am 9.6. in der *jungen Welt*, aber auch bei anderen Gelegenheiten zum Ausdruck brachte – bedauern, dass auch die Organisation, die wir politisch und finanziell unterstützen (Sozialnyj Ruch), sich für solche (faktisch kriegsverlängernden) Waffenlieferungen ausspricht. SR stellt nicht in Rechnung, dass die NATO hier eine eigene Agenda verfolgt.

Wir können nicht voraussagen, ob und wie weit die russische Armee sich zurückziehen müssen. Doch, ganz gleich, wer den Krieg gewinnt, der Verlierer steht heute schon fest: die Arbeiter\*innenklasse. Dies betrifft in erster Linie die Arbeiter\*innen in der Ukraine, die all dies mit einem hohen Blutzoll und einem in weiten Teilen zerstörten Land bezahlt. Aber es betrifft auch die Arbeiter\*innenklasse in den direkt und indirekt beteiligten Ländern. Ein emanzipativer Prozess – also gegen Nationalismus, Kapitalismus und Patriarchat – ist der Krieg in der Ukraine nun wirklich nicht.

### Bedingungslos, aber nicht kritiklos

Unsere Haltung lässt sich so zusammenfassen: Wir sind froh, dass SR auf Systemveränderung orientiert ist, dass sie sich auf die Seite der arbeitenden Bevölkerung stellt und konkret Hilfe organisiert und dass wir viele ihrer inhaltlichen Positionen teilen können. Wir stellen keine Bedingungen für unsere Solidarität. Aber wir stimmen nicht in allen Fragen mit SR überein. Das bezieht sich leider nicht nur auf die Frage der Waffenlieferungen. Im Gegensatz zu SR lehnen wir die Nutzung der Kernenergie ab. Auch das ist für uns keine zweitrangige Frage.

10.10.2022

**1** Identity and Nation-Building in Ukraine: Reconciliation of Identities from an conflict prevention perspective: [https://www.ecmi.de › Research\\_Paper\\_12](https://www.ecmi.de › Research_Paper_12) vom Dez. 2020 (eigene Übersetzung)

**2** <https://uepo.de/2022/01/28/sprachpolitik-ukraine-bekae-mpft-russische-sprache-per-gesetz/>

**3** Nach dem Korruptionsindex von Transparency International belegt die Ukraine Platz 122 von 180. Nur in *einem* Land auf dem europäischen Kontinent sieht es in Sachen Korruption noch schlechter aus – in Russland.

**4** Heino Berg, Thies Gleiss, Jakob Schäfer, Matthias Schindler, Winfried Wolf: Wider eine militärische „Lösung“ des Ukrainekriegs. In: *die internationale* 4/2022, S. 11 ff, online unter <https://www.inprekorr.de/608-ukr-mil.htm> und von dem gleichen Autorenkollektiv: Der kriegstreibenden Politik der Herrschenden schlüssig und konsequent entgegnetreten: <https://winfried-wolf.de/?p=2147>

# UKRAINE-KRIEG UND DEUTSCHE GROSSMACHTAMBITIONEN

---

Im Zuge der Debatte über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wird in jüngster Zeit immer forscher nach einer deutschen Führungsrolle gerufen. Der Ursprung dieser Forderungen hat allerdings weniger mit dem Krieg an sich zu tun als mit einer Weltmachtagenda, die bereits vor ziemlich genau zehn Jahren ausgearbeitet wurde.

■ **Jürgen Wagner**

---

Die viel beschworene „Zeitenwende“ steht damit in Wahrheit also nicht zuletzt in einer Kontinuität deutscher Großmachtambitionen, die nun aber durch das Bundeswehr-Sondervermögen auf einem ungleich höheren Niveau realisiert werden sollen.

## **Münchener Führungskonsens**

Nach dem – vermeintlichen, muss man heute wohl sagen – Ende des Kalten Krieges Anfang der 1990er lag das primäre Augenmerk der deutschen Militärpolitik zunächst einmal darauf, Auslandseinsätze der Bundeswehr wieder salonfähig zu machen. Nach dem Aufbau entsprechender Truppen in den 1990ern war schließlich spätestens die Beteiligung am völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 der Schritt über den Rubikon. Es folgten danach eine Reihe weiterer Militäreinsätze, sodass das ranghöchste Bundeswehr-Dokument, das Weißbuch aus dem Jahr 2006, zufrieden feststellen konnte, die Bundeswehr sei nun eine „Armee im Einsatz“. Allerdings stießen derlei Militärinterventionen spätestens mit der nahezu zeitgleich einsetzenden Eskalation des Krieges in Afghanistan auf eine immer größere Skepsis in der Bevöl-

kerung und sogar bei Teilen der Eliten. Als Resultat fand sich im schwarz-gelben Koalitionsvertrag des Jahres 2009 der Passus, Deutschland werde sich in Militärfragen von einer „Kultur der Zurückhaltung“ leiten lassen. Höhepunkt dieser Entwicklung war die deutsche Entscheidung, sich nicht am NATO-Angriffskrieg gegen Libyen 2011 zu beteiligen, was in großen Teilen der sicherheitspolitischen Entscheidungsträger\*innen regelrechte Schockwellen auslöste.

Es folgte das Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“, mit dem diese Scharte ausgewetzt werden sollte. Es versammelte unter der Leitung der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ und des „German Marshall Funds“ zwischen November 2012 und September 2013 etwa 50 Vertreter\*innen des sicherheitspolitischen Establishments. Die Botschaft des am Ende veröffentlichten gleichnamigen Papiers war recht eindeutig – es brauche eine „neue Definition deutscher Staatsziele“, schließlich sei Deutschland derzeit nur „eine Gestaltungsmacht im Wartestand“, was schleunigst geändert werden müsse: „Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Es hat – keineswegs nur durch eigenes Zutun – mehr Macht

und Einfluss als jedes demokratische Deutschland vor ihm. Damit wächst ihm auch neue Verantwortung zu. [...] Das verlangt mehr militärischen Einsatz und mehr politische Führung.“

Der damalige Leiter des German Marshall Funds, Thomas Kleine-Brockhoff, wechselte aus dem Projekt den Job und wurde neuer Leiter der Stabsstelle Planung und Reden des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck. Insofern verwundert es auch nicht, dass dessen denkwürdiger Auftritt bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2014 alle Kernbotschaften und teils sogar wortwörtlich Teile aus dem Abschlussbericht des Projektes Neue Macht – Neue Verantwortung übernahm: „Die Beschwörung des Altbekannten wird künftig nicht ausreichen! [...] Reagiert es seinem Gewicht entsprechend? [...] Ich meine: Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen. [...] Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein. [...] Deutschland ist so tief verwoben mit der Welt wie wenige andere Staaten. Somit profitiert Deutschland besonders von der offenen Ordnung der Welt. Und es ist anfällig für Störungen im System.“

### Agenda Rüstung

Nahezu zeitgleich mit der Formulierung dieses „Münchner Konsenses“ kam es auch zu einer erneuten Eskalation im Verhältnis zu Russland, die als Startschuss für die Umsetzung der deutschen Führungsansprüche diente: „Angesichts seiner politischen Rolle und Relevanz und angesichts seines ökonomischen Gewichtes kann Deutschland nicht am scharfen Ende beiseite stehen und die anderen machen lassen, sondern ist verpflichtet, selber auch mehr Verantwortung auf seine Schultern zu nehmen“, äußerte sich die damalige Verteidigungsministerin von der Leyen rückblickend. „Dieses gemeinsame Credo damals 2014 hier in München hat für Furore gesorgt, und es wird heute oft als der ‚Münchner Konsens‘ bezeichnet. Wir ahnten nicht, wie schnell wir auf Herz und Nieren geprüft werden würden.“

Mit der Neufassung des Weißbuchs der Bundeswehr im Jahr 2016 erfuhr die Rüstung für etwaige Großmacht-kriege gegenüber dem zehn Jahre alten Vorgänger wieder eine deutliche Aufwertung (allerdings bei Beibehaltung der Fähigkeiten für Interventionen im Globalen Süden). Es folgte die Konzeption der Bundeswehr im Juli 2018 mit dem Kernpunkt, die Bundeswehr müsse wieder schwere voll ausgestattete Großverbände aufstellen. Diese Vorgabe wurde im September 2018 mit dem Fähigkeitsprofil der Bundeswehr präzisiert, das vorsah, bis 2023 eine voll

ausgestattete schwere Brigade (ca. 5 000 Soldat\*innen), bis 2027 eine Division (15 000–20 000 Soldat\*innen) und bis 2032 drei Divisionen in die NATO einzuspiesen. Um dies zu ermöglichen, wurde ein massiver Aufwuchs des Personals ins Auge gefasst: von derzeit rund 180 000 Soldat\*innen soll die Truppe baldmöglichst in einem ersten Schritt auf 198 500 steigen. Gleichzeitig wurden bereits vor der Zeitenwende eine ganze Reihe kostspieliger Rüstungsprojekte auf den Weg gebracht, um die im Aufbau befindlichen schweren Einheiten mit dem entsprechenden Gerät zu versorgen. Und schließlich kam es zu einer massiven Erhöhung des Rüstungshaushaltes, der von 32,5 Mrd. Euro (2014) auf 46,9 Mrd. Euro (2021) anwuchs.

Trotz vieler „Fortschritte“ war für die Umsetzung der ambitionierten Großmachtambitionen subjektiv zumindest deutlich zu wenig Geld vorhanden. Die Tornado-Nachfolge stand aus, Optionen für neue Kriegsschiffe konnten nicht gezogen und das neue Los der Puma-Schützenpanzer nicht angeschafft werden – und dann fehlte es auch noch an Personal, um das ganze Kriegsgerät, wäre es überhaupt erst einmal angeschafft, auch bedienen zu können. In ihrem durchaus prophetisch „Zeitenwende – Wendezeiten“ betitelten Bericht zog die Münchner Sicherheitskonferenz im Oktober 2020 dementsprechend ein durchaus kritisches Zwischenfazit: „Bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 artikulierten führende Vertreter der Bundesrepublik das, was später als ‚Münchner Konsens‘ bezeichnet wurde: Deutschland sei bereit, international ‚mehr Verantwortung‘ zu übernehmen und wolle sich ‚früher, entschiedener und substanzieller‘ engagieren. [Heute] lässt sich feststellen: Deutschland hat sein außen- und sicherheitspolitisches Engagement in vielen Bereichen verstärkt. [...] Und doch bleibt das deutsche Engagement nicht nur hinter den Erwartungen zurück, die die wichtigsten Partner an Deutschland herantragen. Es entspricht auch nicht den Anforderungen, die sich aus dem strategischen Umfeld ergeben.“

Die Umsetzung der mit dem Münchner Konsens artikulierten Weltmachtansprüche drohte somit zu scheitern oder zumindest auf halbem Wege stecken zu bleiben – bis mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine die Zeitenwende eingeläutet wurde.

### Zeitenwende Aufrüstung

Mit der Zeitenwende-Rede, die Kanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 im Bundestag hielt, wurde bekanntlich ein Sondervermögen von 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr ausgelobt, durch das der vermeintliche Investi-

onsstau auf dem Weg zu einer bis über die Zähne hinaus bewaffneten Bundeswehr behoben werden soll. Konsequenz und Ziel der Übung wurden von Kanzler Olaf Scholz bereits Ende Mai 2022 folgendermaßen beschrieben: „Deutschland wird in Europa bald über die größte konventionelle Armee im Rahmen der Nato verfügen.“

Auf ihrem Gipfeltreffen in Madrid Ende Juni 2022 beschloss die NATO dann außerdem einen gigantischen Ausbau ihrer Schnellen Einsatzkräfte: künftig sollen 100 000 Soldat\*innen innerhalb von 10 Tagen, weitere 200 000 in bis zu 30 Tagen und nochmals 500 000 bis Tag 180 mobilisiert werden können. Deutschland sagte im Zuge dessen als einer der ersten Staaten umfassende Beiträge zu, u. a. mindestens eine schwere Division, die baldmöglichst eingespeist werden soll. Bereits am 8. August 2022 tauchten dann erstmals in der *loyal*, dem Magazin des Reservistenverbandes, Einzelheiten zum „Zielbild Einsatzkräfte Heer“ auf, mit dem Details zum Umbau der Bundeswehr bekannt wurden. Wichtigster Punkt darin ist, dass die Aufstellung der ersten Division (10. Panzerdivision) nicht 2027, sondern bereits 2025 erfolgen soll, um von Anfang an dem neuen NATO-Streitkräftemodell zur Verfügung zu stehen. Die Einsatzbereitschaft einer zweiten Division (1. Panzerdivision) ist nun bereits bis 2027 geplant und eine dritte Division (Division Schnelle Kräfte) soll wohl spätestens bis 2030 bereitstehen.

Hierfür fehlt zwar derzeit noch einiges an Gerät, für das aber mit dem Sondervermögen die erforderlichen Mittel bereitstehen dürften. Insbesondere personell könnte es aber sehr eng werden, woher die Bundeswehr die zusätzlich erforderlichen Soldat\*innen nehmen möchte, steht aktuell noch in den Sternen. Würde es aber gelingen, diese Pläne „erfolgreich“ umzusetzen, wären die Auswirkungen gigantisch, wie unter anderem Martin Kirsch in der September-Ausgabe des IMI-Magazins *Ausdruck* schrieb: „Sollte dem Verteidigungsministerium dieser Umbau der Bundeswehr trotz diverser Komplikationen gelingen, wäre die deutsche Armee tatsächlich nicht nur auf dem Papier im Club der größten Militärmächte in der NATO angekommen. Welche erschreckenden politischen Ambitionen einige führende Politiker\*innen daraus ableiten, lässt sich stellvertretend in Reden des SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil und der grünen Außenministerin Annalena Baerbock nachverfolgen.“

### **Zeitenwende Führungsmacht**

Auffällig ist, wie sich mit der Zeitenwende auch noch einmal die „Führungsmachtrhetorik“ verschärfte, wie

u. a. SPD-Chef Lars Klingbeil in einer viel beachteten Grundsatzrede im Sommer 2022 unter Beweis stellte: „Die Zeitenwende ist ein epochaler Umbruch. [...] Europa muss als geopolitischer Akteur mehr Gewicht bekommen. [...] Nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung hat Deutschland heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem. [...] Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben. [...] Man hatte fast den Eindruck, manche dachten, je weniger Bundeswehr es gibt, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit eines Krieges. Das Gegenteil ist der Fall. [...] Friedenspolitik bedeutet für mich, auch militärische Gewalt als ein legitimes Mittel der Politik zu sehen. [...] Ich vermute, einige sind jetzt alarmiert.“

Am 12. September 2022 hielt auch Verteidigungsministerin Christine Lambrecht eine Grundsatzrede: Sie sehe ein, dass es in der Bevölkerung angesichts der Geschichte eine „Skepsis“ gegenüber (militärischen) Führungsansprüchen gebe, aber „das Deutschland, das diese Verbrechen begangen hat, das gibt es seit 80 Jahren nicht mehr“. Man sei ein „anderes Land“, habe ein „anderes Selbstvertrauen“, deshalb benötige man ein neues „Rollenverständnis“, was beinhaltet, „größere Verantwortung, auch militärisch“ zu übernehmen: „Kurz gesagt, was oft als Führungsmacht bezeichnet wird.“ Und dann wird der Spieß auch noch gleich ganz umgedreht: Nach dem Zweiten Weltkrieg habe Deutschland zu Recht eine „größtmögliche Zurückhaltung“ an den Tag gelegt, das „passte damals in die Zeit“. Doch „gerade aufgrund unserer Geschichte haben wir einen nüchternen Blick auf die Macht und auf das Militärische“, weshalb man geradezu prädestiniert sei, eine militärische Führungsrolle zu übernehmen. Dies sei allein schon insofern unproblematisch, schließlich tue man dies „bestimmt nicht für nationales Prestige oder nationale Größe“, sondern dafür, einer „Friedensordnung Kraft zu geben, die Freiheit, Demokratie, Wohlstand und Stabilität garantiert“.

Auch die grüne Außenministerin Annalena Baerbock bediente sich derselben Rhetorik, als sie zum Beispiel mit folgenden Worten bereits am selben Tag wie die Zeitenwende-Rede am 27. Februar 2022 im Bundestag für die Lieferung von Waffen an die Ukraine warb: „Vor wenigen Wochen noch habe ich hier in diesem Saal zum Thema Waffenlieferungen gesagt, dass man eine Entscheidung für eine außenpolitische 180-Grad-Wende im richtigen Moment und bei vollem Bewusstsein treffen muss. [...] Russland hat die Ukraine rücksichtslos angegriffen. [...] Vielleicht ist es so, dass Deutschland am heutigen Tag eine Form besonderer und alleinstehender Zurückhaltung in

der Außen- und Sicherheitspolitik hinter sich lässt. Die Regeln, die wir uns dafür gegeben haben, dürfen uns nicht aus unserer Verantwortung nehmen. Wenn unsere Welt eine andere ist, dann muss auch unsere Politik eine andere sein.“

Damit schließt sich in gewisser Weise der Kreis – diejenigen, die ausgehend vom Projekt Neue Macht – Neue Verantwortung mit der verhassten Kultur der militärischen Zurückhaltung endgültig aufräumen wollten, sehen sich jetzt auf dem „besten“ Weg. So zeigte sich beispielsweise die militärnahe „Europäische Sicherheit und Technik“ überaus zufrieden: „Damit vollzog ausgerechnet die aus Sozialdemokraten, Grünen und Freien Demokraten zusammengesetzte Berliner Ampel-Koalition die größte Kehrtwende in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit dem Ende des Kalten Krieges. Zugleich warf sie mit den direkten Waffenlieferungen an eine Kriegspartei auch die bisherige ‚Kultur der militärischen Zurückhaltung‘ kurzerhand über Bord, die bis dahin die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland geprägt hatte. Diese ‚Kultur‘ erreichte 2011 ihren Tiefpunkt, als die von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geführte Koalition aus CDU/CSU und FDP sich nicht an der NATO-Mission zur Durchsetzung einer Flugverbotszone über Libyen beteiligte, die auf der Grundlage der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates verhängt worden war.“

**Jürgen Wagner** ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Von ihm erschien soeben das Buch „Im Rüstungswahn. Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung“ (Köln: PapyRossa).

## Deutschlands ›Zeitenwende‹



**Jürgen Wagner**

**Im Rüstungswahn  
Deutschlands Zeitenwende  
zu Aufrüstung und  
Militarisierung**

Paperback  
212 Seiten | € 16,90  
ISBN 978-3-89438-791-4



Mit der ›Zeitenwende‹ wurde das größte Aufrüstungsprogramm seit Jahrzehnten vom Zaun gebrochen, und das von langer Hand: Politisch durch immer offener artikulierte Großmachtansprüche, militärisch durch einen Umbau der Bundeswehr, industriell durch die ›Agenda Rüstung‹. Höchste Zeit, Alternativen zu Aufrüstung und Militarisierung auszuloten.

[www.papyrossa.de](http://www.papyrossa.de) | [mail@papyrossa.de](mailto:mail@papyrossa.de)

# WIRTSCHAFT OHNE KOMPASS

„Die englischen Seeleute haben im 16. Jahrhundert den schönen Begriff der uncharted waters geprägt, also der unbekanntes Gewässer, für die es keine Karte gibt.“ (François Chesnais)<sup>1</sup>

■ **Norbert Holcblat**

■ Ganz offensichtlich durchläuft die Weltwirtschaft eine besondere Phase, die zunächst von einer Pandemie und nachfolgend einem Krieg geprägt ist, während zugleich die schwelende ökologische Krise immer mehr in den Vordergrund rückt. Daher müssen wir versuchen, diese Situation zu verstehen, ohne jedoch, zumindest hier, endgültige Schlussfolgerungen ziehen zu können. Insofern können wir uns hier nicht auf eine rein ökonomische Analyse beschränken, sondern müssen alle möglichen Störfaktoren des „kapitalistischen Gleichgewichts“ berücksichtigen: die wirtschaftliche Situation (Schwankungen in den wirtschaftlichen Abläufen, Entwicklung der Profitrate etc.), die zwischenstaatlichen Beziehungen (darunter offene oder verdeckte Kriege, Handelshemmnisse etc.) und soziale Konflikte<sup>2</sup>.

Traditionell gibt es für marxistische Ökonomen zwei Arten von Wirtschaftskrisen:

- Die zyklischen Krisen, wobei die Zyklen durch abwechselnde Phasen des Aufschwungs und des Abschwungs oder sogar der Rezession gekennzeichnet sind;
- Die „großen Krisen“, die der Umkehr einer langen Welle des Kapitalismus, der Erschöpfung einer „produktiven Ordnung“ entsprechen.

Die Umkehrphasen sind in der Regel durch Finanzcrashes, Börsenstürze und Bankenpleiten gekennzeichnet, die lediglich Ausdruck einer kommenden Krise sind und

nicht ihre Ursache. Die Ursachen der Krisen liegen in der Entwicklung der Profitrate, der Überproduktion etc. So fungierte der „Ölschock“ von 1973 als Katalysator, aber die Bombe war da bereits am Platzen<sup>3</sup>.

Die hier nur kurz angerissenen Analyseinstrumente ermöglichen es uns kaum, die Corona-Krise von 2020–2021 zu verstehen. Bei ihrem Ausbruch hielten sich die marxistischen Ökonomen damit zurück, unsere „klassischen“ Analysefaktoren gegen den Gesundheitsfaktor abzuwägen.

Sicherlich entstand die „Corona-Krise“ nicht aus heiterem Himmel. Viele erwarteten bereits 2019 eine Rezession, und es war nicht abwegig, (im Juni des Jahres) einen Artikel mit dem Titel „Die kommende Krise“<sup>4</sup> zu veröffentlichen. Der Kapitalismus hatte, zumindest in den OECD-Ländern, noch immer mit den Folgen der Krise von 2008–2009 zu kämpfen, der sogenannten Subprime-Krise. Die Zentralbanken hielten die Zinssätze auf einem sehr niedrigen Niveau und belieferten die Banken unentwegt mit Liquidität, um die Aktienkurse zu stützen und die Banken dazu anzuhalten, mehr Kredite an Unternehmen zu vergeben, vorgeblich, um so das Wachstum zu fördern. In der Eurozone praktizierte die EZB eine „unkonventionelle“ Politik, indem sie massive Käufe von Staats- und Unternehmensanleihen auf dem Sekundärmarkt tätigte, Negativzinsen erhob und längerfristige Refinanzierungsgeschäfte für Banken (LTRO [Long Term

Refinancing Operations] und TLTRO) anbot. Trotzdem blieb die Wirtschaft fragil.

**Der Einbruch**

Michel Husson fasste das so zusammen: „Das Coronavirus ist nicht gekommen, um einen gesunden Körper anzugreifen (...) Dennoch ist diese Krise keine „klassische“ Krise.“<sup>45</sup> Noch nie haben so viele Länder zugleich (laut einem Dokument von Ökonomen der Weltbank um 95 %) <sup>6</sup> eine Schrumpfung des Pro-Kopf-BIP erlebt. Trotz der ungenauen Datenlage ist der Vergleich mit vergangenen Rezessionen aufschlussreich, was die Besonderheiten der Rezession von 2020 anlangt. (Grafik 1)

Das Ausmaß und die Gleichzeitigkeit sind zum Teil das Ergebnis staatlicher Entscheidungen, die sich – zumindest teilweise – zwangsläufig durch die Verheerungen der neoliberalen Politik im Gesundheitswesen ergeben haben. In einigen Ländern wie Italien war auch die Besorgnis der Bevölkerung und der Lohnabhängigen mit ausschlaggebend, während die Unternehmer\*innen darauf bedacht waren, die Industrie so weit als möglich am Laufen zu halten.

Die Gesundheitskrise wuchs sich unter dem Einfluss massiver Einbrüche auf der Angebots- und der Nachfrageseite zu einer Wirtschaftskrise aus.

■ Der Einbruch auf der Angebotsseite ist gekennzeichnet durch einen Produktionsrückgang aufgrund der eingeschränkten Versorgung mit Vorleistungen (insbesondere aufgrund des Lockdowns in China), durch die Stilllegung

von Unternehmen infolge der Beschränkungen für einen Teil der Beschäftigten und der reduzierten Dienstleistungen.

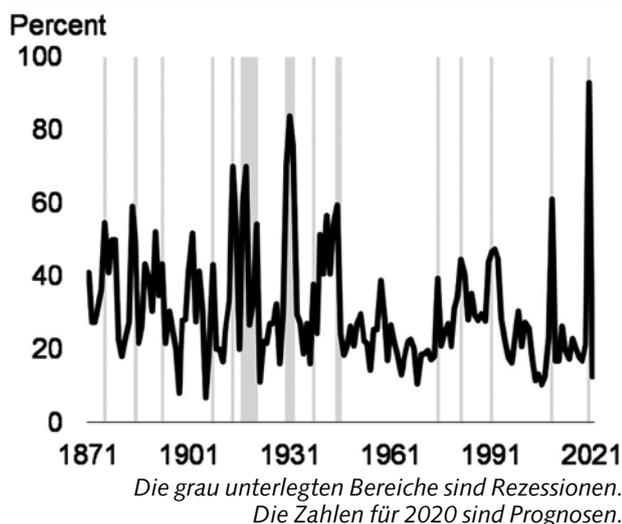
■ Der Nachfrageschock ist je nach Land durch einen Rückgang der Auslandsnachfrage mit entsprechend geringeren Exporten gekennzeichnet und durch den Rückgang der Binnennachfrage, insbesondere im Dienstleistungssektor (Transport, Hotel- und Gaststättengewerbe etc.).

Die internationalen Handelsbeziehungen wurden insbesondere durch den Lockdown in China abrupt und schwerwiegend beeinträchtigt. Laut Unctad (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung) erlitt der weltweite Warenhandel 2020 trotz einer Erholung zum Jahresende einen jahresdurchschnittlichen Rückgang von 7,4 %.

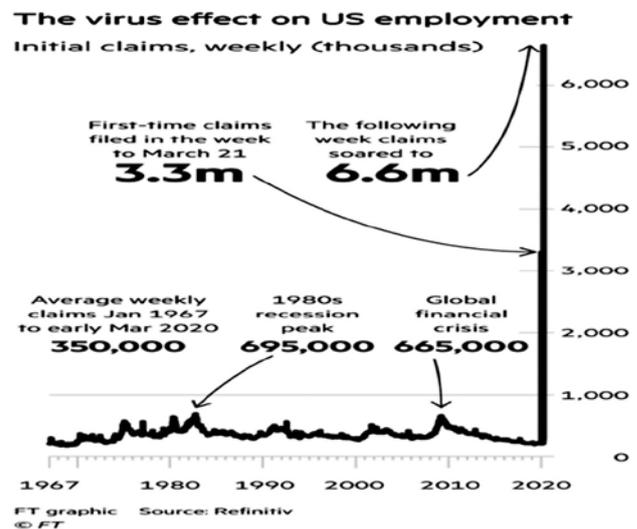
Der beginnende Zusammenbruch der Finanzmärkte wurde durch die forcierte Unterstützung von Banken und Großunternehmen (Anleihenkauf) seitens der Zentralbanken aufgefangen.

Die Folgen auf dem Arbeitsmarkt waren verheerend. Die ILO (Internationale Arbeitsorganisation) schätzt, dass 8,8 % der gesamten Arbeitsstunden im Jahr 2020 entfielen, was der Gesamtarbeitszeit von 255 Millionen Vollzeitbeschäftigten in einem Jahr entspricht. Etwa die Hälfte dieser entfallenen Arbeitsstunden ist auf die Kurzarbeit derjenigen zurückzuführen, die ihren Arbeitsplatz behalten haben (die Kurzarbeit kann im Rahmen von Kurzarbeitsregelun-

**GRAFIK 1: ANTEIL DER VOLKSWIRTSCHAFTEN, DIE EINE SCHRUMPfung DES PRO-KOPF-BIP VERZEICHNET HABEN**



**GRAFIK 2: ERSTMELDUNGEN ARBEITSLOSE PRO WOCHE IN DEN USA BIS MÄRZ 2020**



gen entweder mit einer kürzeren Arbeitszeit einhergehen oder auf „null“ zurückgefahren werden). Die andere Hälfte ist auf den Abbau von Arbeitsplätzen zurückzuführen. Im Vergleich zu 2019 ist die Gesamtzahl der Arbeitsplätze 2020 um 114 Millionen gesunken.<sup>7</sup> In mehreren westeuropäischen Ländern, darunter Frankreich, wurde der Anstieg der Arbeitslosigkeit durch die Einführung von Kurzarbeit oder technischer Arbeitslosigkeit auf Kosten der öffentlichen Haushalte eingedämmt. (Zu den USA siehe Grafik 2)

### Der Kapitalismus am Tropf

Am 12. März 2020 kündigte Emmanuel Macron an, dass die Regierung den Coronavirus sowohl im Gesundheits- als auch im Wirtschaftssektor bekämpfen werde, „koste es, was es wolle“. Wenn auch nicht mit so emphatischer Verlautbarung haben die anderen Staaten ihre Ausgaben weit über den vorgesehenen Haushaltsrahmen hinaus erhöht. Die seit der Krise von 2008–2009 anhaltende „Laxheit“ der Zentralbanken wurde um massive Subventionen für Unternehmen (und in viel geringerem Umfang für Arbeitslose) erweitert. Nach Angaben des IWF beliefen sich die weltweiten fiskalischen Aufwendungen bis Januar 2021 auf insgesamt 14 Billionen US-Dollar.

Diese Politik hatte zur Folge, dass die tiefe Rezession nicht mit einer Kapitalvernichtung einherging: Es gab während der Corona-Krise keine größeren Konkurse (mit der Ausnahme von Kaufhausketten in den USA). Geschichtlich gesehen ist dies kein völlig neues Phänomen.

Nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008 griffen die US-Bundesregierung und später auch andere Regierungen massiv ein, um Banken, Versicherungsgesellschaften und Konzerne durch hohe Kredite oder sogar Kapitalbeteiligungen zu retten, zu rekapitalisieren und umzustrukturieren. Oberste Priorität hatte die Rettung der Banken. So kam es in den USA 2008–2009 zwar zu einem Anstieg der Insolvenzen, aber abgesehen von den Lehman Brothers rettete der US-Staat die Konzerne, die in Schwierigkeiten steckten, wie die landesweit bedeutsamen Hypothekenbanken (gemeinhin als Fanny Mae und Freddy Mac bekannt), die verstaatlicht wurden; im Automobilssektor erhielt Chrysler Regierungskredite ebenso wie General Motors (an dessen Kapital sich der US-amerikanische und der kanadische Staat vorübergehend beteiligten).

Auch in Frankreich gab es damals einen Höchststand an Unternehmensinsolvenzen (eher kleine Unternehmen, aber auch der Versandhändler Camif und andere), die jedoch keine wesentlichen Auswirkungen hatten. Die

Regierung betrieb Maßnahmen zur Sicherung der Banken: Garantien oder Beihilfen zur Rekapitalisierung. Die Unternehmen profitierten vom „Konjunkturprogramm“: Kredite für Automobilhersteller oder Liquiditätshilfen.

Während der Corona-Krise kam es in den USA zu Insolvenzen im Einzelhandel, aber nicht massenhaft. In Frankreich ging die Zahl der Insolvenzen dank der vielfältigen Unterstützungsmaßnahmen sogar zurück, und es gibt auch keine Anzeichen für einen neuerlichen Anstieg.

Tatsächlich scheinen Konkurse von Banken und Großkonzernen im heutigen Kapitalismus immer seltener vorzukommen. Die großen Banken werden von den Staaten aus Angst vor den potenziellen Risiken einer Pleite gerettet (sozusagen „too big to fail“). Die großen Industrie- und Transportunternehmen greifen zu Umstrukturierungen, Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen und wälzen ihre Probleme auf die Zulieferer ab.

Eine weitere Folge ist, dass es keine Vernichtung von fikтивem Kapital gab. Im Gegenteil: Dank der massiven Wertpapierkäufe der Zentralbanken florierten die Finanzmärkte schnell wieder und die Milliardäre wurden immer reicher (weltweit stieg ihr Vermögen bis 2020 um 1,9 Billionen).

In der Eurozone wurden die Regeln zur Begrenzung der Haushaltsdefizite und der staatlichen Beihilfen vorübergehend ausgesetzt. Wie bereits erwähnt, hat die EZB vermehrt eingegriffen. Darüber hinaus wurde im Juli 2020 als wichtige Neuerung ein europäischer Konjunkturfonds (mit dem Namen NextGenerationEU) eingerichtet, der durch eine von der EU ausgegebene Anleihe finanziert wird. Manche sahen in diesen Maßnahmen den Auftakt zu einer grundlegenden und „progressiven“ Wende der EU, die sich allmählich von den Budgetregeln verabschieden würde, die aus dem Vertrag von Maastricht und den darauf folgenden Vereinbarungen entstanden waren. Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Adam Tooze sieht dies nüchterner und realistischer, wenn er sagt, dass die 2020 in den USA, der EU und anderswo ergriffenen haushaltspolitischen und sonstigen Maßnahmen eine „grundlegende (...) konservative Logik“<sup>8</sup> verfolgten. Es geht in der Tat darum, das System zu retten und den Markt so wenig wie möglich zu beeinträchtigen. Dafür sind selbst die neoliberalsten Politiker bereit, Geld auszugeben, auch wenn sie später wieder zur Austeritätspolitik zurückgehen. Tatsächlich sind die einzigen Regeln in der Eurozone, die sich spürbar und sicherlich dauerhaft verändert haben, diejenigen, die den Interventionsrahmen der EZB eingengt haben.

In diesem Zeitraum kam der weltweite Warenhandel nachhaltig ins Stocken, während zwischen den USA und

China ein Handelskonflikt hochkochte, der nicht nur auf Trumps Eigenheiten („Make America great again“) zurückzuführen war, sondern auf die Weigerung des US-Imperialismus, sich von einer immer stärker werdenden Macht „deklassieren“ zu lassen. Verschiedene Staaten haben ebenfalls damit begonnen, Maßnahmen zur Kontrolle chinesischer Investitionen zu ergreifen.

**Nach dem Höhepunkt der Corona-Krise**

Im Zuge der Lockerung der Restriktionen erholten sich die einzelnen Volkswirtschaften, am schnellsten die chinesische Wirtschaft (unter Beibehaltung ihrer „Null-Covid-Politik“). Dies bestätigt die Besonderheit dieser Rezession: Sowohl bei ihrem Beginn als auch bei ihrem Ende sind die staatlichen Entscheidungen maßgeblich.

Doch der Optimismus, der aus den Reden der Politiker herauszuhören war, die die Pandemie und ihre Folgen rasch ad acta legen wollten, wurde schnell durch verschiedene Probleme getrübt:

- Die anhaltenden Lieferprobleme, insbesondere bei Halbleitern, mit Auswirkungen auf etliche Produktionszweige (z. B. Automobilindustrie), sowie diverse Engpässe: Holz, Papier, Kunststoffe.
- Die Desorganisation der Handelsströme, die durch das Vorgehen der Reedereien verstärkt wurde, den Reigen der Transportschiffahrt erst dann wieder aufzunehmen, wenn die Rentabilität wieder garantiert ist. Dies führte zu einem starken Anstieg der Frachtpreise von Asien nach Europa und zu längeren Transportzeiten.

- Der Anstieg des zunächst als vorübergehend angenommenen Inflationsdrucks. Bei Energie und Lebensmitteln begann der Anstieg bereits vor der Invasion in der Ukraine, und bei diesen Produkten kommt die Spekulation erschwerend hinzu, die auch direkt mit den wirtschaftlichen Realitäten zusammenhängt (z. B. schlechte Getreideernten). Die Nahrungsmittelpreise und insbesondere die Getreidepreise wirken sich direkt auf die Bevölkerung aus: Zwischen 2019 und 2021 sind etwas mehr als 200 Millionen Menschen in eine Situation schwerer Ernährungsunsicherheit geraten.<sup>9</sup> (Grafik 3 und 4)

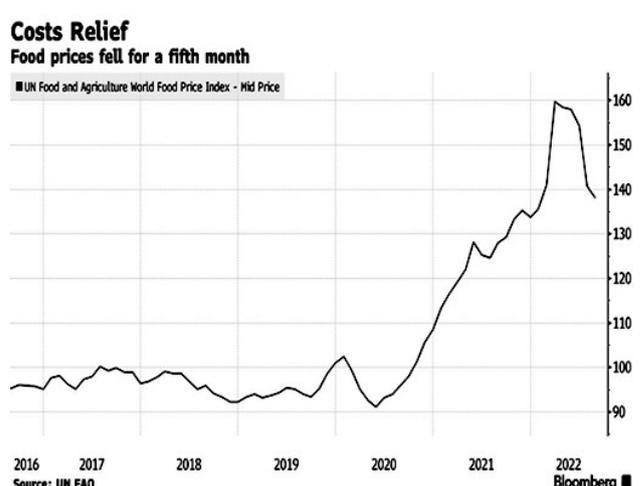
In der zweiten Jahreshälfte 2021 und Anfang 2022 überzog noch eine optimistische Sichtweise, wonach diese drei Probleme (Lieferengpässe, stockende Handelsbeziehungen und Inflationsdruck) vor allem auf den abrupten Wiederaufschwung der Wirtschaft nach den pandemiebedingten Restriktionen und dem Lockdown zurückzuführen waren.

Diese Sichtweise geht über die strukturellen Ursachen hinweg. Die Knappheit an Rohstoffen, elektronischen Bauteilen und Ersatzteilen zeigt die Schwachstellen des neoliberalen Modells auf (Zersplitterung der Produktionsprozesse, just-in-time, null Lagerbestand). Da Angebot und Nachfrage, z. B. nach seltenen Metallen oder Computerchips, nicht wirklich koordiniert werden können, gerät das Gleichgewicht in allen möglichen Bereichen aus dem Lot.<sup>10</sup> Natürlich spielt auch die Politik der Unternehmen, vorrangig ihre Profite und die Dividenden ihrer Aktionäre zu mehren, eine Rolle.

**GRAFIK 3: DER HÖCHSTE ROHÖLPPREIS SEIT 2014**



**GRAFIK 4: ENTWICKLUNG DER NAHRUNGSMITTELPREISE LAUT FAO**



Dazu kommt, dass die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) nach wie vor nicht die Produktivitätszuwächse schneller voranbringen; Solows Paradoxon von 1987 („Computer finden sich überall – außer in den Produktivitätsstatistiken“) wurde nicht widerlegt und die Erklärungen dafür hinken nach wie vor. Manche Ökonomen sind der Ansicht, dass die Produktivitätsgewinne bereits ausgeschöpft sind, weil der Effizienzzuwachs durch den Einsatz von IKT mit zunehmender Ausstattung des Produktionsapparats mit IKT sinken kann. Andere wiederum sind der Ansicht, dass sich die Vorteile erst in der Zukunft zeigen werden, da Innovationen nur zeitverzögert effektiv in den Produktionsprozess integriert werden können.<sup>11</sup> Und andere machen eine Unterschätzung des Volumenwachstums und damit der Produktivität dafür verantwortlich... Wie dem auch sei, die „säkulare Stagnation“ – so, wie der Begriff seit 2009 neu verstanden wird – ist nach wie vor aktuell.

### Der Einmarsch in die Ukraine

Die Aggression gegen die Ukraine und ihre Folgen haben die wirtschaftlichen Spannungen erhöht:

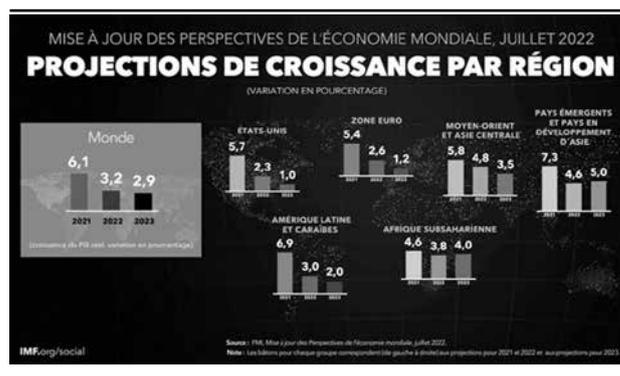
- Zunächst den Inflationsschub bei Öl, Gas, Getreide etc. Im Zuge dessen überschlugen sich die ohnehin schon steigenden Verbraucherpreise regelrecht;
- Zweitens die Anzeichen einer Rezession: Seit Anfang 2022 korrigiert der IWF seine Wachstumsprognosen immer weiter nach unten. Mit jeder Prognose wird die Inflation höher und das Wachstum niedriger. Nach der Prognose vom 26. Juli 2022 wird das globale BIP in diesem Jahr gerade einmal um 3,2 % steigen. Auch das nächste Jahr wird problematisch, da der IWF von einem weltweiten Wachstum von nur 2,9 % ausgeht. Eine Rezession ist zwar nicht das vom IWF bevorzugte Szenario, aber sein Chefökonom ist dennoch ziemlich deutlich: Sie ist nicht weit entfernt. Er warnte: „Es kann durchaus sein, dass wir uns am Vorabend einer globalen Rezession befinden.“ Allerdings wird das Risiko einer Rezession in Europa aufgrund der kritischen Gasversorgungslage höher eingeschätzt.

Die Volkswirtschaften in der Ukraine (wo die Produktion voraussichtlich um mindestens 35 % zurückgehen wird und die Armut explodiert) und – in weitaus geringerem Maße – in Russland (aufgrund der Sanktionen) werden unter dem Krieg leiden, aber tatsächlich werden dessen Auswirkungen in unterschiedlichem Maße die gesamte Weltwirtschaft und vor allem viele arme Länder treffen.

In nur drei Monaten (seit März 2022) sind weltweit etwa 71 Millionen Menschen zusätzlich in die Armut abgerutscht, so ein aktueller Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP). Die durch den Krieg in der Ukraine verstärkten wirtschaftlichen Beeinträchtigungen haben einen weiteren Anstieg der nach dem ersten Jahr der Pandemie ohnehin gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise zur Folge. In den letzten zwölf Monaten stieg der Preis für Weizen um 64 %. Die Corona-Krise hat die Staatsschulden der sogenannten Schwellenländer von durchschnittlich 52 % des BIP zwischen 2015 und 2019 auf 67 % im Jahr 2021 steigen lassen. In einer Mitteilung an die G20 warnt der IWF, dass diese Inflation „die sozialen Spannungen“ in den betroffenen Ländern „anfachen“ könnte. Sri Lanka (wo der Präsident durch eine Volksbewegung gestürzt wurde) und Ecuador (wo es zehn Tage lang zu Unruhen kam, weil die Bevölkerung niedrigere Benzinpreise forderte) könnten Vorboten dafür sein.

Was China betrifft, so belasten die Rückschläge durch die Pandemie und die strengen lokalen Lockdowns das Wachstum. Hinzu kommt die Krise im Immobiliensektor, der unter Berücksichtigung aller direkt oder indirekt damit verbundenen Wirtschaftsleistungen etwa ein Viertel des chinesischen BIP ausmacht: Der Branchenriese Evergrande leidet unter einer Verschuldung in Höhe von etwa 300 Milliarden US-Dollar. Weitere Bauträger könnten ins Wanken geraten, da immer mehr von ihnen Probleme haben, ihre Baustellen fertig zu stellen und zuvor verkaufte Häuser rechtzeitig zu übergeben. Um Druck zu machen, verweigern enternerte Hausbesitzer die Zahlung ihrer Immobilienkredite, was die Krise in der Branche noch verschärft und die Banken in Mitleidenschaft ziehen könnte. Das Ziel eines Wirtschaftswachstums von 5,5 % wird in diesem

### GRAFIK 5: WACHSTUMSPROGNOSEN IN PROZENTUALEN VERÄNDERUNGEN, LT. STAND VOM JULI 2022



politisch bedeutsamen Jahr, in dem der XX. Parteitag der KP stattfinden soll, wahrscheinlich nicht erreicht werden. Im Gegensatz zu den anderen Zentralbanken hat die Bank of China kürzlich die Zinssätze gesenkt.

Die Lage in den USA (die sowohl militärisch als auch wirtschaftlich den größtmöglichen Nutzen aus dem Krieg in der Ukraine zu ziehen versuchen) ist ungewiß, aber es gibt einige negative Anzeichen: Das Wachstum war in den ersten beiden Quartalen 2022 negativ. In einigen Branchen einschließlich der Hightech wurden in den letzten Wochen Entlassungen angekündigt: Tesla plant, in den nächsten drei Monaten 10 % seiner Beschäftigten zu entlassen und gleichzeitig die Zahl der Zeitarbeitskräfte zu erhöhen. (Grafik 5)

Angesichts des Inflationsdrucks hatten die Zentralbanken bereits vor der Invasion in der Ukraine beschlossen, die

Niedrigzinspolitik aufzugeben und die Zinssätze zu erhöhen, um die Inflation zu dämpfen. Im Moment halten sie an diesem Kurs fest und erhöhen sowohl in den USA als auch in Europa die Zinssätze. Dies wird jedoch die rezessiven Tendenzen verstärken und die Probleme des globalen Südens vergrößern, da das Kapital in die USA abwandern wird.

Die Eurozone befindet sich außerdem in der unangenehmen Situation, dass sich die Unterschiede zwischen den „marktüblichen“ Zinssätzen für die Anleihen einzelner Staaten wieder vergrößern würden. Griechenland und Italien wären die ersten Länder, die durch die sog. Spreads der langfristigen Zinssätze zu Deutschland, das als das stärkste Land gilt, geschwächt würden. Diese Situation ist einer der Faktoren für die derzeitige Schwäche des Euro gegenüber dem Dollar, was sowohl die Preise für importierte Waren erhöht (und damit die Inflation anheizt) als auch die Export-

---

## DEGLOBALISIERUNG?

---

Wie Marx und Engels bereits 1848 im *Kommunistischen Manifest* betonten, ist die Tendenz zur weltweiten Ausbreitung dem Kapitalismus inhärent. Diese Internationalisierung hat jedoch unterschiedliche Phasen durchlaufen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Globalisierung bspw. rückläufig.

1. Die erste Globalisierung: Ab Mitte des 19. Jahrhunderts kam es zu einem fulminanten Anstieg des internationalen Warenhandels (der schneller wuchs als die Produktion) und der Kapitalexporte. Gleichzeitig teilten die imperialistischen Länder die Welt unter sich auf und viele Menschen wanderten von Europa in die USA, nach Lateinamerika, Australien etc. aus.

2. Diese erste Globalisierung endete mit dem Ersten Weltkrieg und vor allem mit der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren. Die Staaten verhängten Zollschränken (um ihre jeweiligen Kolonialreiche herum) und regulierten den Kapitalverkehr. Dies bedeutete jedoch nicht das völlige Ende der internationalen Handels- oder Kapitalbeziehungen zwischen den Konzernen der verschiedenen Länder.

3. Nach dem Zweiten Weltkrieg verständigten sich die kapitalistischen Länder zunehmend darauf, ihren Waren- und Kapitalverkehr zu liberalisieren. Multinationale Konzerne entstanden und die Produktionsketten wurden auf globaler Ebene neu organisiert. Währungen wurden wieder konvertierbar und Steueroasen florierten. Mit dem Fall der Berliner Mauer in Europa und der Wende in China bezog die Globalisierung der Wirtschaft allmählich auch den ehemaligen Ostblock und China ein. Im Zuge ihres Übergangs zum Kapitalismus traten Russland und China dem IWF und der

Welthandelsorganisation (WTO) bei. Über sog. Strukturanpassungsprogramme begann der IWF damit, die Länder des globalen Südens zu nötigen, ihre Zölle abzubauen und den Kapitalverkehr zu liberalisieren, wobei alle diese Länder betroffen sind, wenn auch mit unterschiedlichem Tempo.

4. Und nun? Seit Corona und mit dem Krieg in der Ukraine prophezeien manche Analysten das Ende der Globalisierung. Ein abrupter Rückschlag der Globalisierung wie in den 1920er und 1930er Jahren ist unwahrscheinlich, ebenso wenig eine groß angelegte Rückverlagerung der Produktionsstätten. Das Kapital wird weiterhin der Logik der Internationalisierung und des Weltmarkts verhaftet bleiben.

Bereits vor dem Krieg in der Ukraine hatte sich das Wachstum des Welthandels (das Verhältnis zwischen dem Wachstum des Warenaustauschs und dem der Wirtschaft) verlangsamt. Laut einer Studie aus dem Jahr 2020<sup>17</sup> sind dafür die steigenden Löhne in einigen Ländern (insbesondere in China), die steigenden Transportkosten in einigen Sektoren, die beschleunigte Robotisierung an den Fließbändern oder auch Probleme mit den Lieferfristen, der Qualität oder der Sicherheit der Produkte aus ausgelagerten Werken verantwortlich und bremsen die Verlagerung von Industriebetrieben. In derselben Studie wird jedoch darauf hingewiesen, dass dies nicht unbedingt auf Industriezweige zutreffen muss, in denen die Montage nicht von Robotern erledigt werden kann (Textilien, Bekleidung, Leder, Schuhe etc.) und in denen die Fertigung von China nach Vietnam, Bangladesch oder sogar Äthio-

te aus der Eurozone befördert (ihr Preis in Dollar sinkt). Die EZB hat daher kürzlich angekündigt, die Zinsen zu erhöhen und ein Instrument (Ankauf von Wertpapieren) zu entwickeln, um die „ungerechtfertigten“ Zinsdifferenzen zu begrenzen.

Obwohl bisher noch keine Unternehmen geschlossen wurden (die eine Erhöhung der Profitrate durch die Eliminierung der am wenigsten rentablen Unternehmen ermöglichen) sind die Konzerne mit ihren Profiten durchaus zufrieden. Im Jahr 2020 haben sie stark zugelegt und scheinen sich trotz steigender Kosten derzeit zu halten. Carlos Tavares (CEO von Stellantis) zeigte sich Ende Juli stolz und zuversichtlich, dass Stellantis in der Lage sein wird, neuerliche wirtschaftliche Einbrüche wie eine weltweite Rezession oder eine Energieversorgungskrise in Europa zu bewältigen: „Im ersten Halbjahr ist unser

Break-even-Point auf 40 % des Umsatzes gesunken. Wir könnten sogar einen Umsatzrückgang von 60 % verkraften und wären immer noch profitabel.“<sup>12</sup>

Der Anstieg der Inflation hat zahlreiche Kommentatoren und Analysten auf den Plan gerufen. Die herrschenden Ökonomen warnen vor einer „Lohn-Preis-Spirale“, falls der Preisanstieg das „schlafende Monster“ (die Lohnforderungen) wecken sollte. Tatsächlich aber handelt es sich heute (wie der Wirtschaftsjournalist von Mediapart, Romaric Godin, schreibt) um eine Lohn-Profit-Spirale: Bestimmte Kosten der Unternehmen (Energie, Rohstoffe, Bauteile) steigen, und um ihre Gewinne zu erhalten oder sogar zu steigern, erhöhen die Unternehmen nach Möglichkeit ihre Preise. Und weigern sich, Lohnerhöhungen zuzugestehen, die zumindest die Inflation abdecken würden: Hinter der Inflation steht in Wirklichkeit der alte

---

prien verlagert werden kann. Ebenso gäbe es ein großes Potenzial für Standortverlagerungen im Dienstleistungssektor wie Banken, Versicherungen etc.

Die Verlangsamung des Welthandels hat sich mit der Corona-Krise zwar verschärft, aber es gibt keinen Rückgang des internationalen Warenaustauschs. Die ausländischen Direktinvestitionen (ADI) zogen gegenüber 2020 um 64 % an und erreichten 2021 mit 1,58 Billionen US-Dollar wieder den Stand vor der Pandemie.

Die Lage dürfte 2022 sicherlich komplizierter sein, vor allem aufgrund des Krieges in der Ukraine, doch lassen sich noch keine endgültigen Schlüsse ziehen. Einige Länder werden versuchen, mit Subventionen Produktionsrückverlagerungen attraktiv zu machen, so in den USA, wo im August ein Gesetz zur Förderung von Investitionen in die Halbleiterindustrie mit einem Subventionspaket von 52 Milliarden US-Dollar erlassen wurde. Andere Gesetze zielen ebenfalls darauf ab, die Produktion von Elektroautos und Solarzellen zu fördern.

Es ist anzunehmen, dass die Unternehmen, ob durch öffentliche Kredite gefördert oder nicht, gegenüber „Null-Lagerbeständen“ und „Just-in-Time“ zurückhaltender sind und versuchen werden, nicht von Lieferanten abhängig zu sein, die in einem einzigen Land ansässig sind. Einige Produktionsketten werden sich möglicherweise „regionalisieren“, z. B. Europäische Union plus Mittel- und Osteuropa.

Zu den oben genannten wirtschaftlichen Faktoren werden politische Erwägungen hinzukommen und die Verlagerung von Unternehmen ins Ausland sowie ihre Zulieferungs- und Einkaufs-

politik stärker als bisher beeinflussen: „Neben Verlagerungen wird sich eine Tendenz zur „Globalisierung unter Freunden“ geben, bei der strategisch wichtige Güter im eigenen Land oder in verbündeten Ländern produziert werden“, schrieb die WTO in einem Dokument über die Folgen des Krieges in der Ukraine.<sup>18</sup>

Last but not least haben mehrere Staaten (die USA, Deutschland ... und in geringerem Maße auch Frankreich) Kontrollen ausländischer Investitionsvorhaben eingeführt, die sich hauptsächlich gegen China richten.

Diese Gemengelage erinnert daran, dass der Kapitalismus nach wie vor weitgehend um Staaten herum strukturiert ist, deren ökonomisches, politisches und militärisches Gewicht sehr ungleich ist. Die mächtigen Länder haben das Wettrüsten neu entfacht. Und der Nationalismus wächst mit den Regierungen, die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik mit reaktionären und nationalistischen Diskursen und auch Säbelrasseln kombinieren. Die Beispiele dafür sind zahlreich, wenn auch auf unterschiedlicher Ebene: Trump, Bolsonaro, Erdogan ... aber auch der Brexit, Orban, die polnische Regierung, Modi in Indien<sup>19</sup>. Und natürlich Russland. In China geht der wachsende Nationalismus mit dem Bestreben der Staatspartei einher, die Wirtschaft im Gleichgewicht und unter Kontrolle zu halten, während sie auf allen möglichen Wegen ihr Großprojekt der neuen Seidenstraßen startet, die den chinesischen Einfluss konsolidieren und die See- und Landverbindungen Chinas mit seinen Rohstoff- und Absatzmärkten und Kunden sichern sollen.

Klassenkampf, der von den Kapitalisten geführt wird, um die Lohnabhängigen maximal auszubeuten.

Romarc Godin schreibt dazu: „Insgesamt erhöhen die Unternehmen ihre Preise und drücken die Löhne, um ihre Gewinnspannen zu sichern. Auch wenn diese Kompensation nur teilweise erfolgen kann, führt diese Reaktion zu einer äußerst gefährlichen Situation, da sie auf die Nachfrage drückt. Und da der Reflex dann darin besteht, sinkende Absätze durch Preiserhöhungen auszugleichen, findet derzeit tatsächlich eine Profit-Preis-Spirale statt, bei der die Lohnabhängigen die Dummen sind und den Preis für die Priorität der Profite zahlen.“<sup>13</sup>

So sind in den USA laut dem Bureau of Labor Statistics (BLS) die realen Stundenlöhne (Einkommen minus Inflation) in den 12 Monaten bis Juni 2022 um 3,6 % gesunken. In Frankreich stieg der Index des monatlichen Grundlohns (SMB) aller Beschäftigten, den Daten des Arbeitsministeriums zufolge, für das 2. Quartal 2022 auf Jahressicht um 3,0 %. Die Verbraucherpreise stiegen jedoch zwischen Ende Juni 2021 und Ende Juni 2022 um 6,0 %. Über das Jahr gesehen sinkt der reale SMB also um 3,0 %! Die meisten OECD-Länder verzeichnen einen Rückgang der Reallöhne.

Der englische marxistische Ökonom Michael Roberts kam im Mai dieses Jahres zu diesem Ergebnis: „Seit der Corona-Krise sind der Anteil des Arbeitseinkommens und die Reallöhne stark zurückgegangen, obwohl die Arbeitslosigkeit sinkt. (...) Der Anstieg der Inflation ist nicht auf eine irgend geartete Überhitzung des Arbeitsmarktes zurückzuführen, sondern vielmehr auf die steigenden Gewinnmargen der Unternehmen und Engpässe in der Lieferkette“<sup>14</sup>. Ein wesentlicher Faktor der Inflation ist also die Veränderung der Gewinnspannen („mark up“), um bei steigenden Kosten die Profite zu sichern.

Allein der Blick auf die größten französischen Unternehmen (deren Gewinne natürlich nicht ausschließlich in Frankreich erwirtschaftet werden) zeigt, wie aufschlussreich die Verlautbarungen sind, wie sie im Juli 2022 in der Wirtschaftszeitung *Les Échos* wiedergegeben wurden: Sowohl Michelin, Schneider, Bel (Lebensmittel) als auch Arkema (Chemie) kündigten Preiserhöhungen an, um ihre Ergebnisse zu sichern, und das, obwohl sie sich nicht in Schwierigkeiten befanden. Im ersten Halbjahr 2022 erzielten achtunddreißig der im CAC 40 vertretenen Konzerne (Alstom und Pernod-Ricard sind aufgrund verschobener Geschäftsjahre von den Berechnungen ausgeschlossen) einen kumulierten Gewinn von 81,3 Milliarden Euro (Berechnung von *Mediapart*). Das sind 20 Milliarden

Euro mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. „Die CAC 40-Unternehmen haben gezeigt, dass sie realiter die Macht zur freien Preisgestaltung haben, was angesichts des inflationären Umfelds sehr beruhigend ist“, kommentierte ein Finanzanalyst zynisch. Andere Unternehmen, die weniger groß sind oder stärker von den Schwankungen der Energiepreise abhängen, könnten jedoch deutlich größere Schwierigkeiten haben, die Kostensteigerungen durch höhere Preise aufzufangen.

### Vor der Krise?

Um auf das eingangs gebrauchte Zitat von François Chesnais zurückzukommen: Die Weltwirtschaft segelt in weitgehend unbekanntem Gewässern.

Alle Zutaten für eine deutliche Abschwächung der Weltwirtschaft sind vorhanden: eine restriktivere Haltung der Zentralbanken, ein instabiler Finanzmarkt, hohe Staatsschulden, Lieferengpässe, Konjunkturschwankungen und eine allgemeine Verunsicherung. Es gibt bereits Anzeichen für eine Rezession, insbesondere in den USA, wo in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2022 ein (leichter) Rückgang des BIP verzeichnet wurde. In Europa beeinträchtigt der Krieg in der Ukraine die Gasversorgung und in China ist das Wachstum zu schwach, um die Weltwirtschaft nennenswert mitzuziehen.

Die starke Anhebung der Zinssätze durch die Zentralbanken wecken Erinnerungen an das Szenario Anfang der 1970er Jahre, als dieses Vorgehen seitens der Initiatoren (in erster Linie dem Präsidenten der US-amerikanischen Zentralbank, Paul Volcker) mit dem Kampf gegen die Inflation begründet wurde und 1982 eine weltweite Rezession und eine Reihe von Finanzkrisen in den Ländern des Südens ausgelöst hat.<sup>15</sup>

Auch an die Stagflation der 1970er Jahre werden Erinnerungen wach, als eine hohe Inflation mit einem stagnierenden Wirtschaftswachstum einherging. So schreibt die Weltbank in ihrer Anfang Juni 2022 veröffentlichten Prognose für die Weltwirtschaft: „Selbst wenn eine globale Rezession vermieden werden kann, könnte es noch mehrere Jahre lang zu einer schmerzhaften Stagflation kommen, es sei denn, die Probleme auf der Angebotsseite werden spürbar weniger. (...) Wahrscheinlich aber liegen mehrere Jahre mit einer Inflation über dem langfristigen Trend und einem unterdurchschnittlichen Wachstum vor uns, mit all ihren potenziell destabilisierenden Auswirkungen in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Dies ist ein Phänomen [die Stagflation], das die Welt seit den 1970er Jahren nicht mehr erlebt hat“.

Danach könnte es zu einem mehr oder weniger starken Aufschwung kommen, je nachdem, wie sich die internationalen Spannungen entwickeln. Dieser Aufschwung könnte durch die „ökologische“ Umstellung bestimmter Industrien (z. B. Automobilindustrie) und durch Rüstungsausgaben angeheizt werden.

Aber auch eine andere Hypothese muss in Betracht gezogen werden, nämlich dass sich der Kapitalismus in einer „Dauerkrise“ verfängt, in der die Staaten am Neoliberalismus festhalten und (das ist kein Widerspruch) manche zugleich auf wirtschaftsnationalistische Praktiken zurückgreifen. Das alles in einem Klima geringer Wachstumsraten und offener oder verdeckter Kriege oder Handelskonflikte. Dies würde einhergehen mit geringen Produktivitätszuwächsen und einer zunehmenden ökologischen Krise.

Eine solche „Dauerkrise“ würde nicht den Zusammenbruch des Kapitalismus bedeuten<sup>16</sup>, sondern seinen Übergang zu einer zunehmend regressiven Funktionsweise, deren Prämissen sich seit einigen Jahren abzeichnen.

**Norbert Holcblat** ist Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied des französischen Nouveau parti anticapitaliste (NPA) und der IV. Internationale.

Aus: *inprecor* Nr. 699

Übersetzung: MiWe

**1** François Chesnais, Die Wurzeln der Weltwirtschaftskrise, *Carré Rouge* Nr. 46, Dezember 2011

**2** „Das Gleichgewicht des Kapitalismus ist eine sehr komplizierte Erscheinung: der Kapitalismus erzeugt dieses Gleichgewicht, stört es, stellt es wieder her und stört es von Neuem, indem er zugleich den Rahmen seiner Herrschaft erweitert. Auf dem Wirtschaftsgebiete bilden solche beständigen Störungen und Wiederherstellungen die Krisen- und Prosperitätsperioden. In den Beziehungen zwischen den Klassen nimmt die Störung des Gleichgewichtes die Form von Streiks, Aussparungen, revolutionärem Kampfe an. In den Beziehungen zwischen den Staaten sind die Gleichgewichtsstörungen: Krieg oder in schwächerer Form wirtschaftlicher Zollkrieg oder Blockade. Der Kapitalismus hat also ein bewegliches Gleichgewicht, das stets entweder gestört oder wiederhergestellt wird. Zugleich aber besitzt dieses Gleichgewicht eine große Widerstandskraft; der beste Beweis dafür ist die Tatsache, dass die kapitalistische Welt bis jetzt nicht zusammengebrochen ist.“ Leo Trotzki in einer Rede zur Vorbereitung des 3. Kominternkongresses auf einer Versammlung von Parteimitgliedern, der kommunistischen Fraktion des Moskauer Sowjets und Aktivisten in Moskau, Verlag der Kommunistischen Internationale 1921

**3** vgl. Ernest Mandel, Die langen Wellen im Kapitalismus, eine marxistische Erklärung, isp-Verlag, 1983

**4** Henri Wilno, *Économie politique*. La crise qui vient, *À l'encontre*, 13. Juni 2019

**5** Michel Husson, Le capitalisme sur le fil du rasoir, *À l'encontre*, 18. Juni 2020

**6** M.A. Kose & N. Sugaring, Understanding the depth of the 2020 global recession in 5 charts, 15. Juni 2020, World Bank Blogs.

**7** Achte Ausgabe des ILO Monitor: COVID-19 and the world of work vom Oktober 2021

**8** Adam Tooze, Welt im Lockdown–Die globale Krise und ihre Folgen, C.H. Beck, 2021.

**9** Omar Aziki & Éric Toussaint, La crise alimentaire internationale et les propositions pour en sortir, *L'Anticapitaliste la revue*, September 2022.

**10** Pierre Khalfa et Jacques Rigaudiat. L'inflation, symptôme d'un modèle néolibéral en bout de course, blogs .mediapart

**11** Charles-Marie Chevalier & Antoine Luciani, Informatisation, productivité et emploi: des effets différenciés entre secteurs industriels selon le niveau technologique, INSEE 2018,

**12** Stellantis bat une nouvelle fois tous ses records de rentabilité, *les Échos.fr* 28/07/2022

**13** vgl. hierzu Romaric Godin, Ein Gespenst ist zurück, *Die Internationale* 5/2022

**14** <https://thenextrecession.wordpress.com/2022/05/09/inflation-wages-versus-profits/> 9. Mai 2022

**15** Hier ist anzumerken, dass die monetaristische Politik mit einer forcierten Liberalisierung des Arbeitsmarktes einherging, angeführt von Reagan in den USA und Thatcher in Großbritannien. Nach 1982–1983 verfolgte Mitterrand in Frankreich mit ähnlichen Maßnahmen dieselbe Logik.

**16** „Hier aber müssen wir vor allem zwei weit verbreitete Irrtümer erwähnen. Die bürgerlichen Ökonomen stellen einerseits diese Krise nach dem eleganten Ausdruck der Engländer als eine einfache ‚Beunruhigung‘ dar. Andererseits sind aber zuweilen Revolutionäre bemüht, zu beweisen, dass es absolut keinen Ausweg aus der Krise gibt. Das ist ein Irrtum. Absolut aussichtslose Lagen gibt es nicht.“ Lenin auf dem zweiten Kongress der Kommunistischen Internationale 1920, Nachdruck im VTK-Verlag 1982, Band 2, S. 31

**17** El Mouhoub Mouhoud, Après le choc: relocalisations dans l'industrie, délocalisations dans les services, *The Conversation*, 6. April 2020

**18** [https://www.wto.org/english/res\\_e/booksp\\_e/imparctukraine422\\_e.pdf](https://www.wto.org/english/res_e/booksp_e/imparctukraine422_e.pdf)

**19** Die zunehmend autoritären, namentlich polizeistaatlichen Tendenzen, in Frankreich gehen mit einem proeuropäischen Diskurs einher und sind auf die mangelnde Akzeptanz des politischen Kurses der herrschenden Klasse und der Regierungen unter der Bevölkerung zurückzuführen..

# WIE LÄSST SICH DIE BREITE ABLEHNUNG DER NEUEN VERFASSUNG ERKLÄREN?

Die neue Verfassung allein hätte den Neoliberalismus nicht beseitigt, aber sie hätte zweifellos bessere Voraussetzungen für die Fortführung der Kämpfe schaffen können. Wie ist es also zu erklären, dass eine große Mehrheit der Chileninnen und Chilenen diesem Verfassungsentwurf, der für zahlreiche soziale Bewegungen und linke Organisationen einen historischen Schritt vorwärts bedeutet hätte, eine Absage erteilt hat?

■ **Franck Gaudichaud und Miguel Urrutia**

Am Sonntag, dem 4. September 2022 versammelten sich die Aktivist\*innen des Koordinationskomiteés der sozialen Bewegungen für ein Ja (*apruebo*) zur neuen Verfassung (Comando de los movimientos sociales para el Apruebo) am Sitz der Gewerkschaft Bata im Zentrum Santiagos, nur wenige Schritte von der symbolträchtigen Plaza Dignidad entfernt, dem Brennpunkt des großen Volksaufstands vom Oktober 2019. Die ersten Ergebnisse des Referendums über den Text der neuen Verfassung, an dem der Verfassungskonvent, ein im Mai 2021 aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Gremium, ein Jahr lang gearbeitet hatte, trafen um 18 Uhr ein.

Es wurde schnell klar, dass sich die Stimmen für die Ablehnung (*rechazo*) durchsetzen würden, aber niemand hatte das tatsächliche Ausmaß der Niederlage vorhergesehen. Nach monatelangen Mobilisierungen muss man sich nun mit dem Sieg der konservativen Gegner des Verfassungsentwurfs abfinden – einem Entwurf, der nichts weniger anstrebte, als die während der Diktatur Pinochets verabschiedete Verfassung von 1980 durch

eine der demokratischsten Verfassungen der Welt zu ersetzen.

## Eine schallende Ohrfeige

Das Ergebnis war niederschmetternd. Bei einer Wahlbeteiligung von über 13 Millionen Menschen (85,81 % der Wahlberechtigten) stimmten 61,88 % mit einem Nein zum Entwurf (*rechazo*) und nur 38,12 % mit einem Ja (*apruebo*). Die Wahlbeteiligung lag um 4,5 Millionen höher als bei der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl im Dezember 2021. Dieser Anstieg erklärt sich vor allem durch eine Wahlpflicht mit automatischer Registrierung.

In der Region Magallanes im äußersten Süden, wo die Familie des Präsidenten Gabriel Boric lebt, votierten 60 % für *rechazo*, was eine persönliche Niederlage für den jungen Anführer der Linken bedeutet. Im Norden erreichten die Stimmen für *apruebo* nicht einmal 35 %, und in der Region Araucanía, wo die meisten Mapuche-Gemeinschaften leben, lag die Ablehnung bei 74 % Prozent. Selbst in den Großräumen Santiago oder Valparaíso, städtischen Gebieten, die traditionell eher zu Veränderungen nei-

gen und in denen kürzlich mehrere linke (einschließlich kommunistische) Bürgermeister gewählt wurden, gab es keine Mehrheit für die neue Verfassung. Nur in acht von 346 Gemeinden des Landes erzielten die Befürworter eine Mehrheit!

Die Sprachrohre der politischen Rechten und der „Mitte“ (darunter Mitglieder der Christdemokraten), allesamt Gegner des Entwurfs, traten umgehend in den Medien auf und feierten ihren Erfolg auf den Straßen und Plätzen in den wohlhabenden Vierteln von Santiago. Auch die extreme Rechte freute sich über das Ergebnis. Mehrere führende Konservative waren über das Ausmaß ihres Siegs erstaunt, denn noch vor zwei Jahren hatte es den Anschein, dass Chile – „Oase“ und „Schaufenster“ des Neoliberalismus – beflügelt durch den Aufstand vom Oktober 2019 einen neuen historischen Weg einschlagen würde.

Die neoliberalen Eliten haben mehrfach versucht, die klaffenden Risse im gesellschaftlichen Gefüge und die tiefe Legitimitätskrise des politischen Systems, die im Oktober beinahe zur Amtsenthebung des milliardenschweren Präsidenten Sebastián Piñera durch die Straßenproteste geführt hätten, „von oben“ zu kitten. So haben am 15. November 2019 fast alle im Parlament vertretenen Parteien (von der Linken bis zur extremen Rechten) das „Abkommen für sozialen Frieden und eine neue Verfassung“ unterzeichnet.

Dieses Abkommen spaltete die Frente Amplio (die 2017 gegründete parlamentarische Linkskoalition, die teilweise aus der Studentenbewegung hervorgegangen war) in diejenigen, die es unterstützten, um die Kämpfe in geordnete Bahnen zu lenken, und jene, die darin – zu Recht – einen institutionellen Schachzug zur Schwächung des Volksaufstands sahen. Die aktivsten Teile der Bewegung verspotteten das Abkommen daher als Produkt einer neuerlichen „Packelei“ zwischen den politischen Parteien des Systems, als einen „hinter verschlossenen Türen“ vereinbarten Pakt, während der Staat gleichzeitig die Volksbewegung mit beispielloser Gewalt unterdrückte (mit Tausenden Verletzten und Hunderten politischen Gefangenen der sozialen Revolte).

Am 19. Dezember 2021 wurde einer der Mentoren des Abkommens, Gabriel Boric, an der Spitze eines Bündnisses (*Apruebo Dignidad*), das aus seiner Koalition, der Frente Amplio, und der Kommunistischen Partei bestand, zum Präsidenten von Chile gewählt. Die Wahl des ehemaligen Studentenführers schien somit indirekt und an den Wahlurnen einem starken Wunsch nach gesellschaftlichem Wandel Ausdruck zu verleihen, wenn auch auf der Grundlage eines ausgesprochen gemäßigten Mitte-Links-

Programms und gegen einen ultrarechten Kandidaten, Antonio Kast, der das Bedürfnis eines erheblichen Teils der Bevölkerung nach „Ordnung“ mit rassistischen sowie frauen- und fremdenfeindlichen Untertönen anreichte. Die Alarmglocken läuteten bereits, aber ein Großteil der Linken überhörte sie offensichtlich.

Zuvor hatten die Ergebnisse des Plebiszits von 2020 weitreichende Möglichkeiten für einen sozialen und politischen Wandel aufgezeigt (78 % der Wähler\*innen hatten der Idee einer neuen Grundcharta zugestimmt, um die Verfassung von 1980 zu Grabe zu tragen), und das trotz der Grenzen, die einem Verfassungskonvent eigen sind, der teilweise unter dem Einfluss der alten Parlamentsparteien steht. (So ist etwa für die Annahme jedes einzelnen neuen Artikels eine Zweidrittelmehrheit erforderlich). Aber bereits damals schrillten die Alarmglocken, denn fast die Hälfte der Chileninnen und Chilenen, insbesondere in den Arbeitervierteln, hatte sich nicht an dieser historischen Abstimmung beteiligt, die ein für alle Mal Schluss mit dem institutionellem Erbe von Pinochet machen sollte.

Doch der Elan vom Oktober war anscheinend noch stark genug, um sich bei der Bildung des Konvents teilweise durchzusetzen: mit allgemeinen direkten Wahlen, einer paritätischen Vertretung, mit Sitzen, die den indigenen Völkern vorbehalten sind, mit (partei)unabhängigen Listen und einer beachtlichen Präsenz von Aktivist\*innen aus der Frauen- und Sozialbewegung. Da die konservativsten rechten Gruppierungen als Minderheit im Konvent an den Rand gedrängt waren, konnte ein in vielerlei Hinsicht äußerst fortschrittlicher Verfassungstext erzielt werden: So wurde vorgeschlagen, den neoliberalen „schlanken“ Staat durch einen „rechtsstaatlichen, sozialen und demokratischen“ Staat auf der Basis von Solidarität und paritätischer Vertretung zu ersetzen, der eine Reihe von Grund- und Sozialrechten (Gesundheit, Bildung, Rente) sowie Elemente einer partizipativen Demokratie vorsah und dem öffentlichen Sektor sowie der Bewältigung der Klimakrise viel Platz einräumte.

Neben feministischen Forderungen, etwa der Anerkennung von bezahlter und unbezahlter Haus- und Pflegearbeit, war im Entwurf auch die Einführung eines öffentlichen Sozialversicherungssystems geplant, sowie die teilweise Entprivatisierung des Wassers, die Abschaffung des Senats zugunsten einer Kammer der Regionen und nicht zuletzt die Schaffung eines plurinationalen Staats, der einen Teil der historischen und territorialen Ansprüche des Mapuche-Volkes, einschließlich ihres Rechtssystems, berücksichtigt. Eine Reihe anderer Forderungen blieb

jedoch unerfüllt, insbesondere die Rückführung des Bergbaus (Kupfer, Lithium) in öffentliches Eigentum, was in einem Land wie Chile eine erhebliche Einschränkung für jegliche Reformbestrebungen darstellt.

Auch im Bereich des Arbeitsrechts wurde im Verfassungsentwurf ein bemerkenswerter Fortschritt erzielt: mit branchenspezifischen Tarifverhandlungen, einem durchschlagkräftigen Streikrecht und einer Stärkung der gewerkschaftlichen Vertretungsorgane. Diese „kopernikanische Wende“ weg von den Regeln des derzeitigen chilenischen Kapitalismus erregte wenig überraschend den Unmut der großen einheimischen und transnationalen Unternehmen. Zwar hätte die neue Verfassung allein den Neoliberalismus nicht beseitigt, sie hätte jedoch bessere Voraussetzungen für die Fortsetzung des Klassenkampfes im Andenstaat geschaffen. Wie ist es also zu erklären, dass eine große Mehrheit der Chileninnen und Chilenen diesem Verfassungsentwurf, der in den Augen zahlreicher sozialer Organisationen einen historischen Durchbruch markiert hätte, eine Absage erteilt hat?

### Die Gründe für die Niederlage

Zuallererst muss die Fähigkeit der herrschenden neoliberalen Klassen erwähnt werden, ihre Kräfte genau in dem Bereich zu bündeln, wo die sozialen Kämpfe möglicherweise Fortschritte erzielen könnten: die im Entwurf der neuen Verfassung verankerten sozialen Rechte in Bereichen wie Gesundheit, Wohnen, Zugang zu Wasser, Bildung und Arbeit. Zu diesem Zweck haben die Vertreter des *rechazo* eine Kommunikationsstrategie entwickelt, die sich durch einen hemmungslosen Einsatz von Fake News auszeichnete.

Durch eine millionenschwere Kampagne in den sozialen Netzwerken und unter Ausnutzung ihres Quasi-Monopols in den Medien haben die Gegner des Entwurfs Absurditäten folgenden Inhalts vorgebracht: Sollte der Text angenommen werden, müssten „die Bürger in einem zugrunde gerichteten öffentlichen Gesundheitssystem zwangsbehandelt werden“, „die Freiheit der Bildung würde abgeschafft“, „staatliche Subventionen würden die arbeitende Bevölkerung zur Arbeitslosigkeit anstiften“, „zahlreiche Immobilien würden enteignet und das Privateigentum zurückgedrängt“, „der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz würde durch die Bevorzugung indigener und homosexueller Menschen sowie anderer ‚Minderheiten‘ aufgehoben“, „die Religionsfreiheit würde abgeschafft und evangelikale Gemeinden würden verfolgt“, „Abtreibung würde in jedem Stadium der Schwangerschaft er-

laubt sein“, „alle Einreisekontrollen würden aufgehoben“, „Kriminelle würden vor Gericht auf Kosten der Opfer geschützt“, „die Ersparnisse der arbeitenden Bevölkerung aus den Rentenfonds würden konfisziert und könnten daher nicht vererbt werden“, „der Name des Landes und die nationalen Symbole würden geändert“. Das sind nur einige der Aussagen, die in den für den Wahlkampf vorgesehenen TV-Sendezeiten getätigt wurden.

Noch wichtiger als die Unmenge an Lügen, die während der Kampagne für *rechazo* verbreitet wurden, ist allerdings das strategische Geschick der Rechten. Deren Führungsfiguren hatten sich taktisch klug dafür entschieden, propagandistisch sehr wohl *für* eine Verfassungsänderung einzutreten, wenn auch nicht für *diese* neue Verfassung. So fanden sie Verbündete in der Mitte des politischen Spektrums und unter den Anhänger\*innen der ehemaligen Concertación (Sozialliberale, die das Land 20 Jahre lang regiert hatten).

Hier zeigt sich ein wichtiger Unterschied zu den politischen Kräften des *apruebo*: Obwohl die parlamentarische Linke und die anti-neoliberalen sozialen Bewegungen eine Mehrheit an Sitzen im Verfassungskonvent erringen konnten, traten bereits bei der Wahl des Exekutivausschusses ihre Differenzen und ihr Mangel an strategischem Geschick zutage. Einige Mitglieder des Verfassungskonvents machten sich offensichtlich die Sitten und Gebräuche des diskreditierten chilenischen Parlaments zu eigen, was in der öffentlichen Meinung ein verheerendes Bild vermittelte. Die unabhängigen Listen erlitten nicht nur mehrere Rückschläge, sondern waren auch in einen Skandal verwickelt, der zum Rücktritt eines gewählten Vertreters der „Liste des Volks“ führte.

Gleichzeitig zögerten die Mitte-Links-Kräfte, die innovativen Vorschläge der Abgeordneten, die aus der Protestbewegung hervorgegangen waren, aufzugreifen. Stattdessen pochten sie darauf, die Vereinbarungen mit den Sozialliberalen einzuhalten und die staatliche Stabilität zu garantieren. So hatte sich der Konvent trotz der zahlreichen Konsultations- und Beteiligungsinitiativen ganz weit von den unmittelbaren Sorgen und Interessen der einfachen Menschen entfernt und dieser Trend konnte auch in den letzten Wochen nicht umgekehrt werden.

Die zahlreichen lokalen Versammlungen sowie die Versuche, die Jugendarbeit und die kollektive Nachbarschaftsarbeit (die im Lauf des Oktobers 2019 entstanden waren) zu koordinieren, hatten an Schwung verloren und wurden nach und nach eingestellt – sowohl aus institutionellen und wahlpolitischen Gründen als auch durch

die anhaltende staatliche Repression. Danach wurde die Dynamik der Kämpfe durch die Pandemie, die Ausgangssperre und die Wirtschaftskrise unter einer bleiernen Decke erstickt.

Darüber hinaus musste sich die Regierung Boric trotz der im Wahlkampf versprochenen fortschrittlichen Reformen ziemlich bald mit Kritik und Ablehnung seitens der Bevölkerung auseinandersetzen. Als politische Entschlossenheit gefragt war, um die Verfassungsänderung voranzutreiben, startete die Regierung mit einer zögerlichen, politisch schwachen Mandatsausübung. Im Parlament – wo sich das Regierungslager in der Minderheit befindet – strebte sie ständig eine „pragmatische“ Allianz mit der ehemaligen Concertación an, um regieren zu können. Bei zahlreichen Anlässen war der Einfluss des eigentlichen Kabinettschefs, Finanzminister Mario Marcel (Ex-Präsident der Zentralbank und seinerzeit Vertreter des sozialliberalen Blocks, der das Land seit 1990 regiert hatte), deutlich spürbar.

Innenministerin Izkia Siches stand ebenfalls im Zentrum der Kritik, da sie zwar zu Beginn ihrer Amtszeit kurzzeitig den Dialog mit den aufständischen Mapuche-Gemeinschaften gesucht hatte, aber schließlich der Militarisierung des Gebiets und der Inhaftierung des Anführers der Coordinadora de Comunidades en Conflicto Arauco-Malleco (CAM), Héctor Llaitul, zustimmte. Das gilt auch für die politischen Gefangenen der „Oktoberrevolte“, von denen viele monate- oder sogar jahrelang in Untersuchungshaft blieben, während die Exekutive zu keinem Zeitpunkt den Willen zu einer Generalamnestie erkennen ließ.

Zwar wurden beim Zugang zur öffentlichen Gesundheitsfürsorge konkrete Verbesserungen erzielt, aber da entsprechende Fortschritte bei zentralen wirtschaftlichen Fragen, etwa in Hinblick auf die geplante (ohnehin zaghafte) Steuerreform, auf sich warten ließen, wurde das Image der Exekutive als „Reformregierung“ letztlich beschädigt. Gabriel Boric ist nicht bereit, sich mit denjenigen Kräften anzulegen, die in wirtschaftlichen Fragen seit jeher das Sagen haben, oder seine soziale Basis für diese Zwecke zu aktivieren. So hat sich ein erheblicher Teil seiner Wähler\*innen aus einer Klassenposition heraus von ihm abgewendet.

Das rechte Lager konnte also seine gut geölte Medienmaschinerie nutzen, um die wachsende Unbeliebtheit der Regierung mit dem Text der neuen Verfassung in einen Topf zu werfen. Der extrem lange Text (388 Artikel) wurde übrigens in mehreren Punkten von äußerst unter-

schiedlichen sozialen Gruppierungen als „maximalistisch“ bezeichnet. So waren die Katholiken gegen die Aufnahme des Rechts auf Abtreibung in die Verfassung und „patriotische“ Bürger ließen sich vom Konzept der Plurinationalität abschrecken.

Auch die Zunahme des organisierten Verbrechens und des Drogenhandels, die von der Presse oft mit der besorgniserregenden Situation der Migrant\*innen im Norden des Landes in Verbindung gebracht wird, sowie eine galoppierende Inflation und der dramatische Anstieg des informellen Sektors haben ein Klima der Angst geschürt und die Reaktion gestärkt. Die neu eingeführte Wahlpflicht hatte über vier Millionen (vor allem ältere) Menschen an die Urnen gebracht. Aber diese neue Wählerschaft schloss sich [bei der Abstimmung, Anm. d. Übers.] unverzüglich jenen Bevölkerungsgruppen an, die enttäuscht waren oder ihrem Ärger Ausdruck verleihen wollten, was den triumphalen Sieg des *rechazo* ermöglichte. Dennoch lässt sich die politische Bedeutung dieses Plebiszits nicht automatisch und uneingeschränkt als Zustimmung zur politischen Rechten deuten, sondern vielmehr als Votum *gegen* soziale und politische Verschlechterungen.

Der Historiker Igor Goicovich hat die Ergebnisse vom 4. September analysiert und weist auf die offensichtliche Kluft zwischen der Welt der einfachen Menschen und der Regierung bzw. dem Verfassungsprozess hin. Die zahlreichen Fragen, die während des Konvents von den sozialen Bewegungen zu Feminismus, Umweltschutz oder Plurinationalität aufgeworfen wurden, stießen bei der Wählerschaft aus dem einfachen Volk auf wenig Zustimmung, um nicht zu sagen auf Unverständnis:

„In allen Gemeinden, die von den Umweltschützern als ‚Opferzonen‘ bezeichnet werden, haben sich die Befürworter von *rechazo* weitgehend durchgesetzt [...]. Nicht viel anders verhielt es sich in den Gemeinden der Region Bio Bío und La Araucanía (Makrozone Süd). In diesen Regionen, die vorzugsweise auf forstwirtschaftliche Nutzung setzen, haben die Konflikte zwischen der Holz verarbeitenden Industrie und den indigenen Gemeinden immer dramatischere Ausmaße angenommen. [...] Betrachtet man das Wahlverhalten der Gemeinden im Umfeld der Hauptstadt, so zeigt sich ein historischer Trend: Die Gemeinden mit den höchsten Einkommen (Las Condes, Lo Barnechea und Vitacura) votierten massenweise mit *rechazo*. Auch die Gemeinden, wo mehrheitlich Personen mit mittlerem Einkommen leben, wie La Reina, Providencia, Macul, Peñalolén und La Florida, stimmten für diese Option, mit Ausnahme der Gemeinden

Maipú und Ñuñoa. Und praktisch alle Arbeiterviertel, darunter Recoleta, El Bosque, La Pintana, La Granja, Lo Espejo, Cerro Navia, Renca und Independencia, einst historische Hochburgen der Linken, entschieden sich ebenfalls für *rechazo*.“

Die Ablehnung der neuen Verfassung durch die arbeitenden Klassen ist also beträchtlich. Sie sollte Anlass zu Demut und Selbstkritik für die soziale und politische Linke sein – sowohl für die reformistische als auch für die revolutionäre.

### Wie geht es weiter?

Jener Teil der Welt der kleinen Leute, der trotz allem sowohl bei der Volksabstimmung am vergangenen Sonntag als auch bereits 2020 mit *apruebo* gestimmt hat, kämpft heute mit einem Gefühl des Versagens und der Ausweglosigkeit. Das könnte sich in ein verstärktes Engagement gegen das neoliberale Modell Chiles verwandeln, sollten konkrete politische Alternativen auftauchen, die imstande sind, unabhängig von der parlamentarischen Linken Antworten auf die seit Oktober 2019 ungelösten sozialen Fragen zu bieten. Denn es ist klar, dass ein solches Projekt nicht auf die Unterstützung der aktuellen Regierung zählen kann.

In seiner Rede am Tag der Abstimmung rief Gabriel Boric zur „nationalen Einheit“ und zur Abkehr von „Maximalismus, Gewalt und Intoleranz“ auf und kündigte eine rasche Kabinettsumbildung an. Der umgehend in die Wege geleitete Austausch von Ministern bestätigte den sozialliberalen Kurs der Regierung „hin zur Mitte“ und öffnete den Palast La Moneda [Amtssitz des chilenischen Präsidenten, Anm. d. Übers.] noch weiter für die Kräfte der ehemaligen *Concertación*, was den Regierungspartner, die Kommunistische Partei, zunehmend unter Druck setzen könnte. Vorrangige Aufgabe des neuen Kabinetts ist der Beschluss der Steuerreform in Form eines Pakts mit der politischen Rechten, um den Fortbestand der Regierung zu sichern – eine wenig überraschende Priorität. So hofft man, durch die Ansiedlung unmittelbar profitabler Unternehmen Kapital anzulocken. In diesem Zusammenhang werden auch Vorschüsse zur Deckung der Staatsausgaben verlangt, um neuerliche Proteste, insbesondere unter der Jugend, die sich bereits abzeichnen, einzudämmen.

In Bezug auf die Verfassung bekräftigten der Präsident und sämtliche Parteien ihre Absicht, weiterhin an einem neuen verfassungsgebenden Fahrplan zu arbeiten, allerdings von nun an unter Federführung des Parlaments, was eine Rückkehr zu der „Konsenspolitik“, die 2019 ver-

worfen wurde, andeutet und den innovativen Charakter der neuen Verfassung zu Grabe trägt. Ein Entscheidungsprozess ohne Ecken und Kanten, bei dem die politische Rechte und die Mitte das Sagen haben, könnte zwar einen Schlusstrich unter die Verfassung von Pinochet ziehen, aber gleichzeitig im Interesse der herrschenden Klassen eine Kontinuität im Sinne des Neoliberalismus garantieren. Doch das Spiel bleibt offen, solange die unter der Oberfläche brodelnde Kraft des Volksaufstands sich ihren Weg durch den Untergrund der chilenischen Gesellschaft bahnt.

Angesichts des Ergebnisses der Volksabstimmung schloss das Koordinationskomitee der sozialen Bewegungen für ein Ja seine Erklärung wie folgt ab:

„Es ist zwingend notwendig, dass die Aktivist\*innen, die durch ihren Zusammenschluss diesen Prozess ermöglicht haben, auch die aktuellen Herausforderungen annehmen. Es gibt kein Zurück mehr. Unser Volk hat eine unanfechtbare Entscheidung getroffen, aber die Aufgabe, die Verfassung aus der Ära Pinochet und das neoliberale Modell zu stürzen, steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Dabei werden die Lehren, die wir aus dem aktuellen Prozess gezogen haben, von entscheidender Bedeutung sein, denn wir, die sozialen Bewegungen, sind nicht mehr die gleichen, die wir waren, bevor diese Verfassung geschrieben wurde.“

10. September 2022

**Franck Gaudichaud** ist Professor für lateinamerikanische Studien an der Universität Toulouse-Jean Jaurès und Mitglied der Redaktion von *ContreTemps*. **Miguel Urrutia** ist Soziologe an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität von Chile und Aktivist der chilenischen libertären Linken (*Izquierda Libertaria*).

Dieser Artikel wurde in Santiago verfasst und am 6. September 2022 von der Zeitschrift *Jacobin América Latina* (<https://jacobinlat.com/2022/09/06/amplio-rechazo-a-la-nueva-constitucion/>) veröffentlicht. Die von den Autoren ins Französische übersetzte und aktualisierte Fassung erschien am 10. September 2022 in *ContreTemps*. (<https://www.contretemps.eu/chili-rechazo-nouvelle-constitution-boric-gauche-neoliberalisme/>)

Aus dem Französischen von E. F.

# DIE ALTEN SIND AUCH DIE NEUEN FEINDE DER ARBEITERKLASSE

---

Ein beachtenswerter Satz in dieser Wahlanalyse: Wenn die Lage so bedrohlich ist, dass die kleinen Leute Meloni und die Erben des Faschismus als Lösung für ihre Probleme ansehen, dann liegt die Verantwortung auch bei denen, die keine kollektive Gegenwehr gegen die Unternehmer und die Regierung organisiert haben.

## ■ Sinistra anticapitalista

---

Die düsteren Wahlprognosen der letzten Wochen haben sich bei den Wahlen vom 25. September voll und ganz bestätigt. Gesiegt hat die rechtsextreme FdI (Fratelli d'Italia, Brüder Italiens) als weitaus stärkste und führende Kraft der rechten Koalition, die in beiden Kammern des Parlaments über eine starke Mehrheit verfügen wird.

Wir stehen vor einer politischen und sozialen Situation, die ernste Fragen aufwirft an die gesamte Arbeiterbewegung, ihre Gewerkschaftsorganisationen und alle hinter ihr stehenden politischen und sozialen Kräfte. Denn wir stehen in mehrfacher Hinsicht an einem historischen Wendepunkt für unser Land.

Die Stimmhaltung hat gegenüber dem Negativrekord von vor vier Jahren um fast 10 Prozentpunkte zugenommen und liegt jetzt bei über 35 %, wobei in einigen südlichen Regionen Spitzenwerte von bis zu 50 % erreicht werden. Diese Zahl zeigt die ganze Tiefe der Krise, die Verzweiflung und Wut der Massen und die scharfen sozialen Verwerfungen. Sie spiegelt nicht nur die Enttäuschung über die Politik der vergangenen Regierungen wider, sondern auch die verlorene Hoffnung auf eine Besserung der eigenen sozialen Lage.

Daneben haben die anhaltende Krise, die neoliberale Austeritätspolitik und die Passivität der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung sowie die politische Desorientierung etliche Millionen Menschen einer rechtsextremen Partei wie die FdI in die Arme getrieben. Der Sieg der Fratelli d'Italia, d. h. der mehr oder weniger erklärten Erben der schwärzesten Seite in der Geschichte unseres Landes, mit ihren reaktionären und faschistischen Vorstellungen und ihrer offenen Feindschaft gegenüber der Arbeiterbewegung und ihren Organisationen, stellt eine ernsthafte, nicht zu unterschätzende Gefahr dar. Sie wird das Leben des Landes tiefgreifend verändern und verlangt von allen fortschrittlichen Kräften eine sofortige Reaktion. Hundert Jahre nach dem Marsch auf Rom und der Machtergreifung Mussolinis steht die Regierungsübernahme durch diese Partei bevor.

Während alle anderen großen politischen Parteien im Vergleich zu den Wahlen vor vier Jahren Hunderttausende oder sogar Millionen von Stimmen verlieren, obwohl die Zahl der Wahlberechtigten gestiegen ist, nimmt Melonis Partei von knapp 1,5 Millionen Stimmen (4 %) auf über 7 Millionen Stimmen (26 %) zu.

Der FdI ist es gelungen, sich während Draghis Regierung der nationalen Einheit als einzige Oppositionskraft

zu präsentieren, auch wenn dies mehr an der Oberfläche als den Inhalten nach erfolgte. Dies belegt, wie unpopulär die Draghi-Agenda war und dass weite Teile der Bevölkerung sich deswegen enthalten haben oder weiter nach rechts gedrängt wurden. Salvinis Lega wurde durch den Aufstieg von Meloni entmachtet und sogar in einigen nördlichen Regionen, ihren traditionellen Hochburgen, von der FdI überholt. Auch Berlusconis Forza di Italia verliert im Vergleich zu 2018 deutlich an Stimmen, auch wenn sie weiterhin stark vertreten ist.

Insgesamt hat die Rechte mit über 12 200 000 Stimmen gegenüber 2018 zwar nur leicht zugelegt, aber der historische Umbruch liegt in der totalen Hegemonie der Erben des MSI, die den gesamten politischen Rahmen, der nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist, umstößt.

Als drittes Element kommt hinzu, dass sich der Sieg der extremen Rechten in eine internationale Entwicklung einfügt, in der mehr oder weniger offen faschistische und rechtsextreme Kräfte in mehreren europäischen Ländern (wahl)politischen Boden gewinnen, indem sie sich auf die tiefe Krise des kapitalistischen Systems und seiner Institutionen und demokratischen Bestandteile einschießen.

Durch das undemokratische und verfassungswidrige Wahlverfahren (Rosatellum), das mit den Stimmen der PD und Forza Italia und auch der Lega eingeführt wurde, ermöglicht es einer Koalition trotz fehlender absoluter Mehrheit hat (44 % der Stimmen) eine große Mehrheit der Sitze in den beiden Kammern zu erlangen. Damit wird das tatsächliche Votum der Bevölkerung verzerrt. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass rechte und reaktionäre Ideologien und Politikansätze auch in anderen politischen Kräften verhaftet und inzwischen in der Bevölkerung weit verbreitet sind und jetzt von der neuen Regierung umso leichter aufgegriffen werden können.

Die M5S, die noch vor drei Monaten für tot erklärt wurde, nachdem sie vier Jahre lang regiert hatte und für zu viele sozialfeindliche und unternehmerfreundliche Maßnahmen verantwortlich war – darunter Aufrüstung, Verschärfung der Einwanderungsgesetze und Abbau sozialer Rechte – hat es dank des (teilweisen) Bruchs mit der Regierung Draghi und der „Neuerfindung“ von Conte, der sich ein „progressives“ Image als unabhängige Kraft aufgebaut hat, geschafft, wieder aufzuerstehen als immerhin drittstärkste Partei mit über 15 % der Stimmen.

Lettas Pd hat praktisch alles falsch gemacht. Nicht nur bei ihrer Bündnispolitik (Ablehnung eines Bündnisses mit der M5S, sondern auch weil ihr der Spagat nicht gelungen ist, die traditionellen Wählerstimmen ihrer Vorgängerpar-

teien zu gewinnen und sich zugleich als legitime Sachwalterin der Bourgeoisie und deren Interessen zu präsentieren. Mit dieser gescheiterten Operation konnte sie ihr Ergebnis von 2018 (knapp 20 %) nicht verbessern, obwohl auf ihren Listen wieder Bersanis Linksabspaltung von 2017 vertreten war, die 2018 als unabhängige Liste über 3 % erzielt hatte. Außerdem dürfte sie mit ihrer Haltung zum Ukraine-Krieg kaum Sympathien eingefahren haben, denn auf dieses Terrain verstehen sich die Rechten besser.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Koalition der Ultraliberalen von Calenda und Renzi, auch wenn sie weit von den erhofften 10 % entfernt bleibt, der PD in ihrer prokapitalistischen Politik so weit Konkurrenz macht, dass sie sie in einigen Wahlkreisen in Norditalien überholt hat.

Die Grünen und [die aus der linkssozialdemokratischen SEL hervorgegangene] Sinistra italiana, sind zufrieden, es trotz nicht ganz erfüllter Erwartungen ins Parlament geschafft zu haben, stehen aber vor dem Problem, ihr Verhältnis zur Pd klären und ggf. neu definieren zu müssen, da die Pd auf ihrem bevorstehenden Parteitag ihre weitere politische Orientierung diskutiert.

Die Unione Popolare ist krachend durchgefallen, trotz des großen Engagements so vieler Genossinnen und Genossen aus verschiedenen teilnehmenden politischen Lagern, und einer dynamischen Kampagne in den wenigen Wochen ihres Bestehens. Das Ergebnis (1,43 %, etwas mehr als 400 000 Stimmen) ist nur etwas höher als das von Potere al Popolo vor vier Jahren. Dies zeigt, dass selbst großer Enthusiasmus und Aktivismus – etwa beim Sammeln der für die Wahlzulassung erforderlichen Unterschriften – nicht ausreichen, um kurzfristig politisches Gehör unter der Bevölkerung zu finden, und dass, vor allem angesichts der dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Lage, eine viel längerfristige kohärente und einheitsorientierte politische Intervention notwendig ist.

Jahrelang war die Linke nicht fähig oder willens, eine glaubwürdige soziale und politische Alternative aufzubauen, mit einer einheitlichen Orientierung auf die Arbeiterklasse. Stattdessen kaprizierte man sich allzu oft auf Konkurrenzgehebe und den Aufbau des „eigenen Ladens“ – Fehler, die in der kurzen Zeit eines Wahlkampfes nicht zu beheben sind.

Die Konsequenz ist, dass die Kräfte, die diese Liste unterstützt haben, eine breite Einheit und ein gemeinsames Vorgehen anstreben müssen. Dabei müssen wir alle verfügbaren Kräfte in den Wiederaufbau einer Arbeiterbewegung bündeln, ausgehend von den Stadtvierteln und den von der Krise und der Teuerung betroffenen Teilen

der Bevölkerung, aber auch in den Betrieben und Gewerkschaften. Denn auf sie sind wir angewiesen, um der rechten Regierung unter Melonis Ägide das Leben schwer zu machen.

Die neue Regierung wird letztlich an Draghis Agenda anknüpfen, d. h. der neoliberalen Politik der Bourgeoisie. Die Nummer 2 der FdI hat bereits gesagt, dass der nächste Haushalt auch unter Draghis Beteiligung ausgearbeitet werden muss. Die italienische Bourgeoisie wird keine Probleme haben, mit der Regierung Meloni zusammenzuarbeiten, um auf sie Einfluss zu nehmen. Ihr Hauptanliegen wird sein, auch durch das Eingreifen des Präsidenten der Republik, dass die Regierung die bisherige Wirtschaftspolitik fortführt und im atlantischen Bündnis und der EU bleibt; demokratische Rechte und Bürgerrechte werden an zweiter Stelle stehen ...

Innerhalb der Regierung wird es angesichts des aus den Wahlen hervorgegangenen Kräfteverhältnisses zu Spannungen kommen, und alle drei Parteien werden versuchen, die Interessen ihrer jeweiligen Klientel innerhalb des bürgerlichen Spektrums zu vertreten. Dafür müssen sie die Spaltung unter den Lohnabhängigen und die Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeit weiter vorantreiben, das „Bürgereinkommen“ in Frage stellen, die prekären Sektoren noch stärker unter Druck setzen, die Flüchtlinge draußen halten, die Bürger- und Frauenrechte ignorieren und schließlich alle verfügbaren repressiven Instrumente gegen die sozialen und Arbeiterkämpfe einsetzen. Und natürlich werden sie sich weiter am Krieg beteiligen.

All dies muss die Gewerkschaftsbewegung auf den Plan rufen. Wenn die Lage so bedrohlich ist, dass die kleinen Leute Meloni und die Erben des Faschismus als Lösung für ihre Probleme ansehen, dann liegt die Verantwortung auch bei denen, die keine kollektive Gegenwehr gegen die Unternehmer und die Regierung organisiert haben. Die Gewerkschaftsführer tragen eine große Verantwortung für das entstandene soziale und politische Debakel. Dabei ist es schwer vorstellbar, dass sie ihren Kurs ändern können, abgesehen von rein demonstrativen Aktionen zur Selbstverteidigung gegen faschistische Angriffe, zu denen auch die CGIL gezwungen sein wird.

Unsere Organisation muss mit allem Engagement den breiten Widerstand gegen die Rechte gemeinsam mit den anderen kämpferischen Kräften organisieren und dabei an vorderster Front stehen. Nach der Wahlrunde kommt die zweite Runde, die soziale Runde, die nicht in der Passivität verharren darf, sondern alle ihre Kräfte mobilisieren muss. Neben der Beteiligung an der Diskussion und den

Initiativen der Basisgewerkschaften gilt unsere Aufmerksamkeit auch dem bevorstehenden CGIL-Kongress, um mit Tausenden von Beteiligten darüber zu sprechen, wie man gegen die Regierung des Klassenfeindes, die faschistische Rechte und gegen die Kapitalisten kämpfen muss, die dieses System dirigieren und mehr denn je darauf bedacht sind, Profite und Superprofite zu verteidigen.

Die anhaltende hohe Inflation stellt einen Angriff auf Löhne und Renten, d. h. auf die elementaren Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen dar. Dies wird die sozialen Widersprüche verstärken, wobei Millionen von Menschen in unserem Land von Armut und Not betroffen sein und Probleme haben werden, ihre Grundbedürfnisse zu decken. Dies könnte sogar zu Revolten oder Aufständen führen.

Um die Menschen nicht allein zu lassen und um eine echte Bewegung gegen die herrschende Politik aufzubauen, entsteht bereits eine breite Kampagne in der Bevölkerung gegen die hohen Lebenshaltungskosten, wie es sie bereits in England unter dem Namen „we don't pay“ gibt. Unsere Organisation unterstützt dies voll und ganz und wird ihren eigenen Beitrag dazu leisten.

*Übersetzung: MiWe*



# ENOUGH IS ENOUGH

---

Die explodierenden Lebenshaltungs- und inzwischen auch Energiekosten stürzen die Arbeiterklasse und nunmehr auch große Teile der Mittelschichten im Vereinigten Königreich in eine außergewöhnlich schwere Krise.

■ **Thierry Labica**

---

Die 2010er Jahre waren von einer äußerst brutalen „Austeritätspolitik“ mit massiven Steuerausgaben zugunsten der Reichen geprägt. Die von der Rechten herbeigeführte Konfusion um den Brexit und der EU-Austritt bestimmten fast fünf Jahre lang die politische Diskussion, wobei viele Fragen immer noch ungelöst sind. Übertönt wurde dieses Desaster nur von einer gesundheitlichen und sozialen Katastrophe, die zu über 200 000 Todesfällen, einem verkommenden Gesundheitswesen und einer wachsenden sozialen Ungleichheit führte. Im Sommer und Herbst 2022 herrschten eine Dürre, die gar die Themsequelle zum Versiegen brachte, und Temperaturen in London, die höher waren als in Katar, während zugleich die Einkommen der Mehrheit der Bevölkerung sanken. Angesichts des Anstiegs der Gesamtenergiekosten um 129 Milliarden auf 193 Milliarden Pfund<sup>1</sup> stehen die Menschen schlichtweg vor der Wahl: Essen oder Heizen. Oder es langt gar weder für das eine noch für das andere.

## **Schlimmer als je zuvor**

Diese rasch aufeinander folgenden Einschläge verstärkten sich gegenseitig und führten zu erheblichen sozialen und psychischen Belastungen, sodass mittlerweile ein Katastrophenszenario herrscht, ohne dass Kompensationen oder Korrekturen – oder allenfalls kosmetische – in Reichweite sind. Die Obergrenze für die Energiepreise wurde in England um 80 % angehoben, nachdem sie im April bereits um 54 % gestiegen war und im Januar 2023 eine weitere Erhöhung in gleicher Höhe ansteht, während zugleich

die allgemeinen Lebenshaltungskosten massiv zunehmen. Diese Krise ist aus mindestens zwei Gründen wohl noch brutaler als die vorherigen: Sie ist plötzlich und ungebremsst über eine ohnehin zunehmend prekäre soziale Lage hereingebrochen und die Regierung hat keine klare Antwort darauf parat (nicht einmal solche Maßnahmen, wie sie im Ausnahmezustand der Pandemie zur Erhaltung der Arbeitsplätze ergriffen wurden), weil angeblich die Kampagne um Johnsons Nachfolge eine politische Auszeit erfordert hätte. [Inzwischen hat die Regierung ein Hilfspaket für Haushalte und Unternehmen in Höhe von 150 Mrd. Pfund beschlossen, mit einem Energiepreisdeckel für die beiden kommenden Jahre, der dennoch doppelt so hohe Kosten wie im Vorjahr zulässt. AdÜ]

Bei näherer Betrachtung spiegelt diese Brutalität der Krise zweifellos und unverhohlen den ungehemmten Klassenkampf von oben wider, in einer Zeit, die durch die Post-Pandemie, den Ukrainekrieg und besonders die Klimakrise geprägt ist. Für die fünf großen in Großbritannien tätigen Ölkonzerne bescherte die Energiekrise einen wundersamen Geldregen: In nur wenigen Wochen zwischen April und Juni dieses Jahres hatten sie bereits 50 Milliarden Pfund angehäuft. Aber das ist nur ein Beispiel für die allumfassende kapitalistische Raffgier in diesen Zeiten nach der Corona-Pandemie, die sich dadurch auszeichnen, dass die Einkommen der Bosse zwischen 2020 und 2021 um durchschnittlich 29 % von (durchschnittlich) 2,01 Millionen auf 2,59 Millionen Pfund gestiegen sind und die Gewinne der größten bri-

tischen Unternehmen im Vergleich zu 2019 um durchschnittlich 73 %.

### **Die Rechte prescht vor ...**

Die Regierung ihrerseits ist dabei wie auch bei sonstigen drängenden Anliegen alles andere als untätig und voll und ganz zu Diensten der Elite, unabhängig von den Hinhaltenmanövern durch das rituelle Geplänkel um die Nachfolge Johnsons.

Drei Beispiele mögen genügen: Im Juli reagierten die Konservativen direkt auf die laufenden Gewerkschaftsmobilisierungen mit der Verabschiedung eines Gesetzes, das die Beschränkungen für die Einstellung von Arbeitssuchenden als Ersatz für streikende Beschäftigte aufhebt.<sup>2</sup> Dies geht zu Lasten des Streikrechts und der Sicherheit der Beschäftigten sowie der Nutzer\*innen der betroffenen Dienste; Liz Truss, die am Montag, dem 5. September zur Nachfolgerin von Boris Johnson ernannt wurde, hat bereits angekündigt, dass sie das Streikrecht weiter einschränken will, obwohl es bereits seit 40 Jahren mehrfach malträtirt worden ist. Truss hat außerdem weitere Steuersenkungen versprochen, die die Reichsten begünstigen und die Verarmung des öffentlichen Sektors weiter vorantreiben werden; Und schließlich (und damit zusammenhängend) bereitet die Regierung die Aushöhlung der bestehenden Kündigungsschutzbestimmungen für Beschäftigte in ihren eigenen Behörden vor, just nach der Ankündigung, in den nächsten drei Jahren 91 000 Stellen im öffentlichen Dienst zu streichen.

Um das Maß voll zu machen, wurde eine Lohnerhöhung von gerade mal 2 % in Aussicht gestellt, mit anderen Worten, eine Lohnkürzung von 9 %. Es ist kaum anzunehmen, dass die Mitglieder der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes PCS, die den Sektor mehrheitlich organisiert, sich nicht ebenfalls für einen Streik aussprechen werden (die Abstimmung läuft ab dem 26. September für sechs Wochen, parallel zu Bemühungen um branchenübergreifende, gemeinsame Arbeitskämpfe<sup>3</sup>).

### **... und Labour sekundiert**

Die jüngsten Parlamentswahlen in Frankreich haben eine Reihe von linken Abgeordneten ins Parlament gebracht, im Gefolge einer politischen Debatte, die von der Wahlfrage dominiert wurde, inmitten der Normalisierung und Diversifizierung der extremen Rechten, dem faktischen Aus für die traditionellen Regierungsparteien und dem programmatischen und parlamentarischen Wiederaufstieg einer dezidierten Linken. Diese musste sich jedoch noch

nicht bei wirklichen Kämpfen bewähren. Großbritannien liefert ein Spiegelbild der Lage in Frankreich: zunehmende gewerkschaftliche und soziale Kämpfe – oft um nichts weniger als das Überleben – aber ohne eine effektive parlamentarische Vertretung<sup>4</sup> und sogar der bisweilen offenen Anfeindung von parlamentarischen Vertretern der Labour-Opposition ausgesetzt, angefangen bei Corbyns Nachfolger Keir Starmer persönlich, der den Mitgliedern des Schattenkabinetts umgehend verboten hat, sich auf den Streikposten zu zeigen.

Infolgedessen sieht man, noch hört man in der institutionellen Politik etwas darüber, dass die Forderung nach einer Wiederverstaatlichung der Energie- und Wasserversorgung von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird. Dies ist schon länger so, aber die jüngsten Entwicklungen haben dies noch offensichtlicher und dringlicher gemacht.

Ende August ergab eine Meinungsumfrage, dass fast die Hälfte (47 %) der konservativen Wählerschaft selbst inzwischen für die Wiederverstaatlichung des Energiesektors ist (27 % der konservativen Wählerschaft sind in dieser Frage „unentschlossen“). Sie machen bis zu 53 % der konservativen Wähler\*innen bei den Parlamentswahlen 2019 aus. Allgemeiner gesagt: 66 % der Bevölkerung wollen die Wiederverstaatlichung des Sektors. Diese Zahl gilt grosso modo auch für den Eisenbahn-, Bus- und Postsektor sowie für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Was den staatlichen Gesundheitsdienst (NHS) angeht, liegt die Zahl gar bei 78 %.

### **Genug ist genug**

Die Programme der Labour-Linken unter Corbyn 2017 und 2019 setzten dieselben Prioritäten und zeigten gleichzeitig, dass „Verstaatlichung“ durch die unterschiedlichen Formen, Größenordnungen und räumliche Verteilung des öffentlichen Eigentums keineswegs auf eine Neuaufgabe des Staatsbürokratismus der Nachkriegszeit hinausläuft. Nachdem Keir Starmer mit dem Versprechen gewählt worden war, sich weiterhin u. a. für diese Ziele einzusetzen, entledigte er sich dieser Versprechen mit einem Zynismus, gegen den Boris Johnson wie ein integrierter Mann aussieht.

Wie dem auch sei, eines ist bereits jetzt positiv zu werten: Bei der Brexit-Abstimmung ging es i. W. um die Forderung nach einer „Rückeroberung der Kontrolle“. Die mediale und politische Vereinnahmung durch die Rechte machte daraus eine fremdenfeindliche, rassistische und nationalistische Parole, die von den politischen Eliten

aller Couleur (angefangen bei der Labour-Rechten, insbesondere seit den späten 2000er Jahren) in großem Umfang gepflegt und propagiert wurde.

Der Wunsch, nach Jahrzehnten der Enteignung, der ursprünglichen Akkumulation und der Schaffung von Steuerschlupflöchern in industriellem Maßstab „die Kontrolle zurückzuerobern“, ist angesichts der aktuellen existentiellen Probleme durchaus nachvollziehbar. Insofern hat es auch nicht lange gedauert, bis eine klassenkämpferische Rhetorik und Programmatik, wie sie beispielsweise von den Führern der Gewerkschaften RMT und CWU, Parlamentariern der Labour-Linken und vielen anderen im Rahmen der Kampagne „Enough is enough“ vertreten werden, wieder klar und deutlich verlaubar wurde.

Aus: *l'anticapitaliste* vom 8.9.2022

Übersetzung: MiWe

- 1 Eine Million Pfund entspricht ungefähr 1 160 000 Euro.
- 2 Conduct of Employment Agencies and Employment Businesses Regulations 2022
- 3 Mark Serwotka, Generalsekretär der PCS, le 15 juillet 2022 : <https://m.facebook.com/PcsUnion/videos/its-time-to-say-we-have-reached-the-last-resort-and-we-need-to-take-strike-action/842358793411088/>
- 4 Dabei wollen wir nicht die rühmlichen Ausnahmen wie Zara Sultana, Beth Winter, John Trickett, Andy Burgon oder Jeremy Corbyn vergessen, die jedoch nur die Regel bestätigen.



**Paul B. Kleiser**  
**Der Heimathorst  
oder  
Bayern ohne Lederhosen**

**Eine kritische Geschichte**

188 Seiten, 19,80 Euro  
ISBN 3-89900-155-6

In der Präambel der »weiß-blauen Grundsätze der Bayernpartei« kann man lesen: »Bayern ist der älteste Staat des deutschen Sprachgebiets und einer der ältesten Staaten Europas. Das bayerische Volk hat ein echtes, ererbtes und gefestigtes Staatsbewusstsein. Aufgrund seiner Vielfalt und Traditionen haben die Bayern einen tiefen Grund, ihr Vaterland und ihre bairische, fränkische und schwäbische Heimat zu lieben.«

Die meisten Anhänger konservativer Parteien und Organisationen, vor allem der CSU, würden diesen Aussagen zustimmen und von 1 000 Jahren bayrischen Staatswesens sprechen. Der große Oberpfälzer Historiker Karl Bosl nannte diese Position zu Recht eine »pseudohistorische Ideologie«.

Die Mythenbildung ist in Bayern wohl wegen der langen Herrschaft der Wittelsbacher und wegen des katholischen Partikularismus besonders ausgeprägt. Das spezifische Sonderbewusstsein der Bayern entwickelte sich unter dem Eindruck der Reformen des Grafen Montgelas, der Befreiungskriege gegen Napoleon und der Kulturpolitik von König Ludwig I. erst langsam im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Das Buch dekonstruiert den »Bayernmythos« und stellt ihm eine Geschichte der sozialen Kämpfe und Auseinandersetzungen bis heute entgegen. Es erklärt den Niedergang der CSU seit dem Tod von Franz Josef Strauß und dem Scheitern der WAA in Wackersdorf und beleuchtet die gegenwärtigen Umbruchprozesse, die tendenziell der bayerischen Sonderstellung ein Ende bereiten.

**Neuer ISP Verlag GmbH**

 (0721) 3 11 83

[neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de)

[www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)

# DIE WEGE DES ZORNS

In den letzten Monaten dieses Jahres wird in Frankreich möglicherweise die soziale Wut ins Zentrum des allgemeinen Interesses rücken.

■ **Léon Crémieux**

Die starken Preissteigerungen treffen mit voller Wucht den Lebensstandard der Arbeiter\*innenklasse. Schon 2020 und 2021 war die Klasse durch Covid schwer in ihrem Alltag und ihrem Lebensstandard getroffen worden. Es häufen sich die Gründe für Wut und soziale Reaktionen, auch wenn das nicht automatisch zu Streiks und Mobilisierungen führt. Aber Macron und der Minderheitsregierung von Elisabeth Borne stehen schwierige Wochen bevor, sowohl auf institutioneller Ebene als auch auf der Ebene der sozialen Mobilisierungen. Zwei Termine stehen bereits fest: ein gewerkschaftsübergreifender Aktionstag am 29. September und ein nationaler Marsch gegen die hohen Lebenshaltungskosten am 16. Oktober.

Wie im übrigen Europa ist auch in Frankreich in den letzten Jahren der Lebensstandard der Arbeiter\*innenklasse aufgrund der steigenden Lebensmittel- und Energiepreise gesunken. Die Teuerung der Lebenshaltungskosten und im Besonderen der Anstieg der Energiepreise waren zwar nicht so heftig wie beispielsweise in Großbritannien und in Deutschland, haben aber dennoch die Bevölkerung auch hier hart getroffen. Im Januar und im März 2022 gab es wegen der Lohnblockade und der steigenden Preise zwei branchenübergreifende Protesttage. Beide Male haben neben der CGT, SUD-Solidaires und FSU (der größten Lehrgewerkschaft) auch FO oder UNSA mobilisiert, nie jedoch die CFDT. Diese Teil-Gewerkschaftsfront zeugte von der starken Unzufriedenheit im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, bei der Post und im Handel, insbesondere im Transportsektor, wobei es in all diesen Branchen zusätzliche eigene Bewegungen gab. Im Frühjahr fanden mehrere große Streiks statt, z. B. im städtischen Nahverkehr, bei Total Energies, Aéroport de Paris [Flughafen],

SNCF [Bahn], Thales und Airbus. Die Mobilisierungen rissen trotz der Wahlen nicht ab, oft mit unmittelbaren Erfolgen in Form von Lohnerhöhungen. Angesichts dieser sozialen Wut hatte die letzte Regierung [diejenige vor der Präsidentschaftswahl] nach einem Anstieg der Strompreise 2021 um 12 % und der Gaspreise um mehr als 40 % (also schon vor der Invasion der Ukraine...) einen „Tarifdeckel“ eingeführt, der die Preise für individuelle Strom- und Erdgasverträge im Jahr 2022 auf 4 % begrenzt. Und für Kraftstoffe an der Zapfsäule wurde die Steuer um 15 Cent gesenkt. All diese Maßnahmen verhinderten jedoch nicht, dass die Kraftstoffpreise im ersten Halbjahr 2022 auf über 2 Euro pro Liter stiegen. Es stiegen auch die Preise für Heizöl, nicht regulierte Energieverträge mit privaten Anbietern (35% der Verträge) oder Kollektivverträge, und zwar allein in diesem Jahr um 45%.

Nach ihrer Einsetzung beschloss die neue Regierung eine „Unterstützung der Kaufkraft“. Sie verlängerte den Preisdeckel für die Gas- und Stromtarife und senkte die Steuern auf die Kraftstoffpreise an der Zapfsäule.

Das eigentliche Problem aber sind selbstverständlich die Einkommen angesichts einer Inflationsrate von über 6 % im Herbst 2022 und eines viel stärkeren Anstiegs für die unteren Klassen aufgrund der hohen Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie.

2020 und 2021 ist es den Unternehmern gelungen, die Gewinnquote (den Anteil der Unternehmensgewinne an der Gesamt-Bruttowertschöpfung) auf über 34 % zu steigern. Sie befürchten nun, dass vor dem Hintergrund einer hohen Inflation weitere Lohnerhöhungen diese Quote in den Jahren 2022 und 2023 verringern werden. In der vorigen Periode hoher Inflation – Mitte der 1970er Jahre – war die Gewinnquote unter dem Druck sozialer

Kämpfe auf 26 % gesunken und die Lohnquote auf über 60 % gestiegen.

Es steht also viel auf dem Spiel. Nicht selten werden bei den Streiks Forderungen von 10% oder 400 Euro Lohnerrhöhung aufgestellt. Um diesen Druck aufzufangen, drängt die Regierung die Unternehmen, Einmalzahlungen zu leisten. Der im Juli verabschiedete Plan „Für die Kaufkraft“ sieht vor, dass die Unternehmen eine „Prämie“ von bis zu 6000 Euro ohne Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Doppelter Nutzen: Damit wird der Anteil des Soziallohns weiter geschwächt und der Druck zur Anhebung der Löhne und Gehälter gemindert, womit die Gewinnquote gesichert wird.

### Politische Konterreformen

Macron, der jetzt in der letzten Amtszeit seiner Präsidentschaft ist, will auch die neoliberalen Reformen weiter vorantreiben und die Profite der Kapitaleigner steigern. In den letzten Jahren hat er es bereits geschafft, die Abgaben zu senken und damit den Sozialstaat – insbesondere die sozialen Sicherungssysteme und die noch verbliebenen öffentlichen Dienstleistungen – weiter abzubauen. Dies wurde vor allem durch die Senkung der Sozialabgaben der Unternehmer, der Produktionssteuern und der Körperschaftssteuer umgesetzt. Bei diesen drei Abgaben liegt Frankreich zurzeit noch deutlich über dem EU-Durchschnitt und Macron will in der EU beweisen, dass er dies ändern kann. Ihm ist es bereits gelungen, die Beiträge zu den Sozialversicherungen um 2 Prozent des BIP zu senken. Die Körperschaftssteuer (die auf die ausgewiesenen Gewinne berechnet wird) ist von 33,33 % im Jahr 2018 auf 25 % im Jahr 2022 gesenkt worden. Schließlich ist für 2023 die vollständige Abschaffung der CVAE geplant. Diese Wertschöpfungsabgabe (der zweite Teil der französischen Gewerbesteuer) ist die wichtigste Produktionssteuer. Sie wurde bereits von 19,7 Milliarden im Jahr 2021 auf 9,7 Milliarden im Jahr 2022 gesenkt.

Die zwei neuen Ziele Macrons sind zum einen die weitere Infragestellung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld durch eine „Flexibilität“ der Ansprüche, die sich am kanadischen System orientiert und die Dauer und Höhe des Anspruchs mit den jeweiligen Zeiten der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit verbindet. Damit verfolgt er natürlich das Ziel, die Rechte der Arbeitslosen insgesamt zu beschneiden, die „Arbeitskosten“ weiter zu senken und den Anteil der Sozialversicherungsbeiträge weiter zu reduzieren. Außerdem will Macron eine Rentenreform durchführen, um den Anteil der Renten am BIP zu senken. Obwohl

der sehr offizielle Renten-Orientierungsrat (COR) für die kommenden Jahre einen stabilen Rentenanteil prognostiziert und das Rentensystem seit zwei Jahren Gewinne erwirtschaftet, ist es das erklärte Ziel, dass die freiwerdenden Mittel zum Abbau des Staatsdefizits genutzt werden, das nicht zuletzt aufgrund der Unterstützungsmaßnahmen für die Unternehmen gestiegen ist. Für Macron geht es auch darum, seiner Amtszeit einen Stempel aufzudrücken und sein politisches Gewicht in der EU zu erhöhen.

Die Auswirkungen der drastischen Kürzungen in den öffentlichen Haushalten waren auch in den letzten Monaten zu sehen. Die Hitzewelle und die Brände in diesem Sommer haben gezeigt, wie dringend es ist, Sofortmaßnahmen gegen die globale Erwärmung zu ergreifen. Sie haben auch den Bedarf an Mitteln für den öffentlichen Dienst deutlich gemacht: Die Lage in den Krankenhäusern ist nach wie vor dramatisch, mit einem deutlichen Anstieg der Sterberate (höher als bei der Hitzewelle 2003), zu wenig Personal für die Feuerwehr und – angesichts der Bände – zu wenig Lösch-Flugzeuge, zu wenig Lehrer\*innen ... Die Erosion der Mittel für den öffentlichen Dienst als Folge der klassenspezifischen Haushaltsentscheidungen belastet das tägliche Leben.

### Abwehrfront noch zersplittert

Angesichts der hohen Teuerung, der Angriffe auf die Einkommen und die Lebensbedingungen ist die gewerkschaftliche und politische Front derzeit zersplittert.

Auf gewerkschaftlicher Ebene rufen CGT, Solidaires und FSU für den 29. September zu einem Mobilisierungs- und Streiktag auf. Die CFDT lehnt es weiterhin ab, sich an einer gewerkschaftsübergreifenden Mobilisierung zu beteiligen, die sich gegen Macrons Politik richtet. Force Ouvrière (FO) lehnt eine Beteiligung am 29. September ab, weil sie bei diesem Aktionstag (Streik und gemeinsame Demos) eine Vermengung von gewerkschaftlicher und politischer Aktivität ausmacht. FO spricht sich gegen ein Zusammengehen aus, das mit dem Aufruf zum 29. in einem gemeinsamen Kommuniqué erreicht wurde und von dem Bündnis NUPES (im Wesentlichen sind dies FI, PS, PC und EELV)<sup>1</sup> und der NPA sowie auf Gewerkschaftsseite von CGT, Solidaires und FSU unterzeichnet wurde. Immerhin schlägt FO ein Treffen für eine gemeinsame Aktion vor.... aber erst nach dem 29. September.<sup>2</sup> Im Übrigen ist die zeitliche Nähe zu den „Berufswahlen“ [vergleichbar den Betriebsratswahlen] für den gesamten öffentlichen Dienst im November wie immer ein Hindernis für gewerkschaftliche Aktionen.

Nach zwei Tagen im Januar und März war der 29. September Anfang Juli beschlossen worden, als viele Teilstreiks eine Zentralisierung der Lohnkämpfe auf die Tagesordnung setzten. Heute ist er auch ein Echo vieler lokaler Streiks, die Forderungen auf hohem Niveau in den Vordergrund stellen: z. B. PSA/Stellantis, vor allem in Hordain im Norden, wo die Beschäftigten 400 Euro fordern, bei TotalEnergies fordern sie 10 %; ähnlich ist es bei den Supermärkten des Konzerns Carrefour. Selbst die Bösse in der Industrie gehen davon aus, dass sie bis Ende des Jahres durchschnittlich 6 % höhere Löhne zahlen müssen.

Es steht also viel auf dem Spiel und wird nicht nach dem 29. September erledigt sein.

Angesichts der Zersplitterung der branchenübergreifenden Gewerkschaften ist es extrem schwierig, ein Zusammengehen von Gewerkschaften und politischen Parteien hinzubekommen. La France insoumise (FI) wollte unbedingt der sozialen Bewegung ihren eigenen Stempel aufdrücken und hat bereits vor dem Sommer einseitig einen großen Marsch gegen die hohen Lebenshaltungskosten im Oktober vorgeschlagen. Sie begründete es damit, dass die Gewerkschaften nicht in der Lage seien, einen Marsch zu organisieren. Eine solches Vorgehen konnte bei den Gewerkschaften nur eine negative Reaktion hervorrufen. Umso mehr, als Mélenchon im Sommer diesen Marsch erneut als eine Initiative von La France insoumise vorstellte und andere dazu aufrief, sich der Initiative anzuschließen. Seitdem haben mehrere gemeinsame Treffen stattgefunden, bei denen allerdings klar wurde, dass Solidaires, FSU und CGT jegliches Engagement für einen gemeinsamen Aufruf zu diesem Marsch vor dem 29. September ablehnten. Inzwischen ist für diesen Marsch der 16. Oktober festgelegt worden. Auch die KPF lehnte einen solchen Aufruf ab. Die Initiative geht also vorerst von La France insoumise, EELV, PS und darüber hinaus u. a. von NPA, POI, Ensemble und Génération aus.

Dennoch kann nach dem 29. September einiges in Bewegung kommen, sowohl was die Aktionseinheit von Gewerkschaften als auch das Zusammengehen von Parteien und Gewerkschaften angeht. Auch kann die Wut in lokalen breiten Mobilisierungen für Preisstopps zum Ausdruck kommen. Bisher ist dies in Frankreich nicht der Fall, anders als beispielsweise in Großbritannien, Italien und Deutschland.

Es können sich also in naher Zukunft Unruhen entwickeln. Zumal Macron seit seiner Niederlage bei den Parlamentswahlen mit einer institutionellen Instabilität konfrontiert ist, da die Parteien, die seine Arbeit unter-

stützen (Renaissance–seine eigene Partei, MODEM unter der Leitung von François Bayrou und Horizons seines ehemaligen Premierministers Edouard Philippe), keine Mehrheit haben. Jedes Gesetz muss nicht nur die Zustimmung dieser drei Komponenten erhalten, sondern auch mindestens die Abwesenheit der in der Opposition stehenden Republikaner (gaullistische Rechte) und des Rassemblement National (extreme Rechte). Eine instabile Situation, die die Regierung de facto abhängig macht von Verbündeten und von Parteien, die noch reaktionärer sind als Macron. Die Schwierigkeit wurde vor kurzem deutlich, als die Regierung ihre Rentenreform mithilfe des Verfassungsartikels 49.3 durchsetzen wollte (nach dem das entsprechende Gesetz nicht extra abgestimmt werden muss). Aber keine Partei wollte Macrons Vorgehen unterstützen.

In jedem Fall ist die Arbeiter\*innenklasse weiterhin mit der schwierigen Frage konfrontiert, wie man die Bestrebungen, Hoffnungen und Forderungen zusammenführen kann, die in dem sozialen Lager entstanden sind, für das die NUPES steht.

Bisher ist die NUPES kein einheitlicher aktivistischer Rahmen, nicht einmal auf lokaler Ebene. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass EELV [Grüne] und PS [sozialistische Partei] zumindest bis zu ihren demnächst stattfindenden Kongressen, zumindest eine gemeinsame politische Front in der Nationalversammlung bilden werden. Daran wird sich die KP nicht mehr beteiligen, die meint, auf zweifelhaftem Terrain ihre eigene Rolle spielen zu können, indem sie auf reaktionären Pfaden wandelt, insbesondere mit ihrer Verunglimpfung der „Sozialhilfe“ gegenüber dem „Wert der Arbeit“.

Bislang drängen die Parteiführungen der NUPES-Parteien nicht auf das Herausbilden einheitlich agierender Aktivist\*innen. Die FI ist bereit, lokale „Volksparlamente“ beizubehalten oder zu schaffen, aber damit bilden sich noch keine Aktivist\*innen heraus und für die Führungsgruppe ist ihr parlamentarisches Auftreten als „erste Opposition zu Macron“ das Wichtigste überhaupt. Sie setzt auf die Karte der parlamentarischen Krise und die Auflösung der Nationalversammlung.

Sicherlich haben NUPES und hier vor allem FI ein politisches Klima antiliberaler Opposition geschaffen und werden es aufrechterhalten, insbesondere mit der Vorbereitung des 16. Oktobers. Das ist positiv, aber die Herausforderung in den kommenden Monaten wird darin bestehen, nicht nur die Bedingungen für wirksame soziale Mobilisierungen zu schaffen, sondern auch

einheitlich wirkende Aktivist\*innen zu allen drängenden Fragen herauszubilden.

### **Nach dem 29. September: Erste Mobilisierungswelle für Lohnerhöhungen**

Nach dem 29. September gab es in Frankreich eine erste Streikwelle und Demonstrationen gegen die steigenden Lebenshaltungskosten und für Lohnerhöhungen.

Nach dem nationalen Streiktag vom 29. September gab es einen weiteren am 18. Oktober und zwei Tage zuvor einen nationalen Marsch gegen das teure Leben und die Untätigkeit in Sachen Klimawandel.

Die Preissteigerungen und die hohen Lebenshaltungskosten sind heute ganz klar die dringlichsten Sorgen der Arbeiter\*innenklasse und der breiten Bevölkerung, wobei die explodierenden Energiepreise an oberster Stelle stehen, gefolgt von den Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Mieten und den Gütern des täglichen Bedarfs.

Die Mobilisierungen haben noch einmal die Realität des französischen Kapitalismus deutlich gemacht. In den Aktionen gegen den Konzern TotalEnergies spitzt sich heute in mehrfacher Hinsicht der Volkszorn zu.

Die Superprofite des Konzerns heben sich deutlich von allem anderen ab: 18,8 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2022 (dreimal so viel wie im ersten Halbjahr 2021), wohingegen die 70 % der Lohnabhängigen, die mit dem Auto zur Arbeit fahren müssen, heute 20 % mehr für den Kraftstoff zahlen müssen als im Januar 2020. Es wurde auch bekannt, dass die Bezüge des Vorstandsvorsitzenden von Total, Patrick Pouyanné, im Jahr 2022 um 52 % gestiegen sind. Der Konzern ist der Primus des französischen Kapitalismus<sup>3</sup> und wird in diesem Herbst 2,62 Milliarden Euro Sonderdividenden ausschütten und sein Chef wird 2022 eine Million Euro an Dividenden bekommen. Wir wollen aber auch festhalten: Viele Vorstandsvorsitzende der CAC40 [also der 40 größten börsennotierten Unternehmen] bekommen deutlich mehr als die 5,9 Millionen Euro von Pouyanné – insbesondere Bernard Charles (Dassault Systèmes), der 2021 mehr als 44 Millionen Euro erhielt, oder Carlos Tavares (PSA/Stellantis), der 19,5 Millionen Euro einstreicht! Die Bezüge der Chefs der CAC 40 verdoppelten sich in der Zeit zwischen 2020 und 2021 auf durchschnittlich 8,7 Millionen und Pouyanné wurde zum Symbol eines Systems, in dem jede Krise die Ungleichheiten noch verschärft und die Verteilung des produzierten Reichtums sich noch mehr von den Ausgebeuteten hin zu den Ausbeutern verlagert. Die Bezüge der französischen Spitzenmanager\*innen sind oft deutlich niedriger als die

ihrer deutschen Kolleg\*innen: 15,4 Millionen (+83%) im Durchschnitt für die Chefs des Dax (die deutsche Entsprechung zum CAC 40). In England sind es im Schnitt 13,5 Millionen Euro (+143%) für die 100 Chefs des britischen Aktienindex FTSE 100.

Zur Erinnerung: In einer Mitteilung der DARES [Statistikbehörde des Arbeitsministeriums] vom 23. September heißt es, dass der monatliche Grundlohn im Verlauf eines Jahres „im Dienstleistungssektor um 3,1 %, in der Industrie um 3,0 % und im Baugewerbe um 2,6 % gestiegen ist“ und das bei 6 Prozent Inflation! „In konstanten Euro und im gleichen Zeitraum sinkt [das monatliche Grundgehalt] um 2,9 %, 3,0 % bzw. 3,4 % in den Sektoren Dienstleistung, Industrie und Baugewerbe.“<sup>4</sup>

Ähnlich verhält es sich bei den Beamt\*innen: Bei einer Erhöhung des Indexpunktes (der zur Berechnung des Gehalts herangezogen wird) um 3,5% im Juli 2022 belaufen sich die Gesamterhöhungen im Zeitraum 2010 bis 2022 auf insgesamt 4,7 %. Bei einer kumulierten Inflation von 20,4 % ist dies ein Rückgang von 15,7 % im Vergleich zum Gehalt von 2010!

### **Der 29. September**

Am 29. September gab es einen landesweiten Streiktag mit einer starken Beteiligung vor allem im Energie- und Atomsektor, im Transportwesen, im Bildungswesen, in der Autoindustrie, in der Lebensmittelindustrie und bei den Sozialdiensten. Die CGT forderte einen Mindestlohn von 2000 Euro brutto, Lohnerhöhungen in Höhe der Preissteigerungen, die Wiedereinführung der gleitenden Lohnskala, die Anpassung der Löhne und Renten an die Inflationsrate und wirklich gleiche Löhne für Frauen und Männer. Solidaires vertrat ein ähnliches Forderungsprogramm. In vielen Streiks für Lohnerhöhungen wurden die Forderungen präzisiert: Keine Prämien, sondern Anhebung der Tabellen um 10 % oder besser 300 bis 400 Euro mehr für alle Löhne und Gehälter. Es gab jetzt weitaus mehr Demonstrationen als an den vorangegangenen Aktionstagen im Januar und März 2022. Laut Gewerkschaften waren an diesem Tag 250 000 Menschen auf den Straßen.

Ab dem 27. September streikten dann die Beschäftigten der fünf Total-Raffinerien und der zwei Exxon-Raffinerien. Der Streik wurde von der CGT, der größten Gewerkschaft in den Raffinerien bei Total und Exxon, und FO, der größten Gewerkschaft bei den 3000 Arbeiter\*innen, für Lohnerhöhungen von 7,5 % bei Exxon und von 10 % bei Total ausgerufen. Die Streikbeteiligung lag bei über 70 %. In der täglichen Streikvollversammlung wird jeweils

über die Fortführung des Streiks entschieden und so wird der Streik zu einem Bezugspunkt der Bewegung für höhere Löhne. Dieser nicht befristete (d. h. jeweils verlängerbare) Streik war von der Gewerkschaft vorbereitet worden, die Mitglied der FNIC (Fédération nationale des industries chimiques) ist, eine oppositionelle Gewerkschaft innerhalb der CGT und Mitglied im WGB.

Angesichts der Lohnforderungen und des Streiks in den Raffinerien versucht die Regierung, mehrere Karten auszuspielen. Zum einen erklärt sie, dass die großen Unternehmen und insbesondere Total über Lohnerhöhungen verhandeln sollten. Exxon hat verhandelt und erreichte am 10. Oktober eine Einigung mit der CFDT und der CGC über eine allgemeine Lohnerhöhung von 5 % und eine Prämie von 3000 Euro. Total war zunächst unflexibel und blockierte die Verhandlungen (zunächst: Keine Verhandlungen vor November über das, was für die NAO<sup>5</sup> 2023 ansteht; dann: Keine neuen Verhandlungen ohne Streikabbruch). Dann schwenkte die Geschäftsleitung von Total unter dem Druck der Regierung um. Sie unterschrieb am 14. Oktober eine Vereinbarung mit der CFDT und der CGC, die nie zum Streik aufgerufen hatten. Schließlich gestand die Geschäftsleitung eine Erhöhung um 5 % ab 1. November zu, plus eine Prämie von mindestens 3 000 Euro und 2 % individuelle Maßnahmen.

Die Streikenden und die CGT lehnten dies ab und setzten den Streik fort. Die Beschäftigten der Raffinerie sind in der Lage, die Versorgung der Depots und der Tankstellen zu blockieren. Innerhalb weniger Tage kam es zu einer teilweisen Lähmung, und die Geschäftsleitung von Total und die Regierung setzten alles daran, den Streik zu brechen. Zunächst durch die Behauptung, die o. g. Lohnabschlüsse seien mehrheitsfähig (was für die Konzernebene stimmt, aber in keinem Fall für die bestreikten Raffinerien). Damit wollte man den Eindruck erwecken, die CGT versuche, einen Minderheitenstreik fortzusetzen. Zweitens behauptete man, die Beschäftigten in den Raffinerien verdienten 4000 bis 5000 Euro und seien privilegiert. Fake News, die von den Medien intensiv verbreitet wurden, obwohl vor den Raffinerien die Arbeiter, die sieben Tage die Woche in Schichtarbeit arbeiten und oft schon seit Jahrzehnten im Betrieb sind, ihre Gehaltsabrechnungen mit 2500 bis 3000 Euro vorzeigten.

Nachdem Ministerpräsidentin Borne eine Medienkampagne gestartet hatte, um die Autofahrer gegen die Streikenden aufzuhetzen, und während die Republikaner die Untätigkeit der Regierung kritisierten, setzte die Regierung die Waffe der Zwangsverpflichtung ein. Sym-

bolisch wurden mehrere Arbeiter von Exxon und Total zwangsverpflichtet, um die Raffinerien „freizugeben“. Während bei Exxon über die Wiederaufnahme abgestimmt wurde, wurde der Streik in allen Total-Raffinerien bis zum 20. Oktober fortgesetzt.

Das Problem ist, dass die Raffinerien nach dem 29. September bislang der einzige Sektor sind, in dem ein unbefristeter Streik stattfindet, und dass die Koordination der Gewerkschaften kein neues Datum festgelegt hat, um den Kampf für höhere Löhne fortzusetzen und zu verstärken. Dies hat mehrere Gründe: erstens die Zersplitterung der Gewerkschaften (nur die CGT, Solidaires und FSU hatten zum 29. September aufgerufen); zweitens das Festhalten der CGT-Führung an ihrem Vorhaben, im Herbst vorrangig die Bildung einer gemeinsamen Front gegen die Rentenreform aufzubauen und dafür ein Bündnis mit der CFDT und der UNSA anzustreben.

Der Auslöser für das Ausrufen eines neuen Aktionstags am 18. Oktober durch CGT, Solidaires, FSU und FO war schließlich die Fortsetzung des Streiks in den Raffinerien und die Provokation der Regierung mit ihrer Zwangsverpflichtung der Streikenden in den Raffinerien. Obwohl er weniger als eine Woche im Voraus angekündigt war, wirkte dieser neue Streiktag genauso mobilisierend wie der vom 29. mit oftmals größeren Demonstrationen in den Städten und einer kämpferischeren Stimmung, auch wenn die Lehrer\*innen in der kurzen Zeit kaum mobilisiert wurden. Ebenso streikten viele Bahn-Zentren trotz der kurzen Vorbereitungszeit und der Verpflichtung, den Streik vorher anzukündigen. Aber die Versuche von Sud-Rail-Aktivist\*innen und kämpferischen CGT-Aktivist\*innen, die Streiks zu verlängern, fruchteten nur für den Zeitraum von 48 Stunden. Lediglich im Energiesektor traten die Beschäftigten von zehn Atomkraftwerken am Tag nach dem 29. September in einen verlängerbaren Streik. Die Streikenden in drei von insgesamt fünf Raffinerien blieben isoliert und nahmen am 20. Oktober die Arbeit wieder auf. Die beiden anderen wollen den Streik bis zum 27. Oktober fortführen.

Es ist jedoch klar, dass für den Kampf um höhere Löhne ein Docht angezündet wurde. CGT, Solidaires, FSU und FO haben zu einem weiteren Streiktag am 10. November (kurz nach den Herbstferien) aufgerufen. Außerdem erklärten Solidaires und CGT den 27. Oktober zu einem Zwischenmobilisierungstag. Es gibt zahlreiche gewerkschaftsübergreifende Aufrufe, insbesondere im Verkehrswesen und in der beruflichen Bildung. Selbst wenn dies im Moment chaotisch verläuft, so kann es doch zu

einer gemeinsamen Mobilisierung für Lohnsteigerungen kommen. Dies erfordert aber einen starken Druck von unten, um die Gesamtbevölkerung zu mobilisieren und die Lohnforderungen mit den anderen Fragen der Kaufkraft zu verbinden. CGT und Solidaires haben in ihren Plattformen bereits Ansätze in diese Richtung entwickelt: Senkung der Mehrwertsteuer auf 5,5 % – oder auch Abschaffung der Mehrwertsteuer – für lebensnotwendige Produkte, Erhöhung und Anpassung der Renten und aller Ersatzeinkommen (insbesondere der Transferzahlungen für Erwerbslose) an die Entwicklung der Preissteigerungen, Regelungen für eine Senkung der Mieten und der Treibstoff- und Energiepreise durch Abschaffung von Steuern und Finanzierung dieser Maßnahmen mittels Abschöpfung von Gewinnen der produzierenden Unternehmen, Ausbau der öffentlichen Verkehrsnetze und kostenlose Nutzung der lokalen und regionalen Öffentlichen Verkehrsmittel.

Darüber hinaus wird in der Gesellschaft zunehmend die Frage nach einer anderen Verteilung des erwirtschafteten Reichtums aufgeworfen. Dies gilt für die Löhne und alle sozialen Sicherungen, aber auch das gesamte Steuersystem und die Aufteilung. Hierzu hat eine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern aus Lille<sup>6</sup>, während die Budgets für Gesundheit und Bildung auf der Kippe stehen, gerade den Gesamtbetrag der staatlichen Unterstützungen für Unternehmen genau berechnet: 2019 belief er sich auf 157 Milliarden Euro, es ist der größte Haushaltsposten und macht ein Drittel des Staatshaushalts aus, doppelt so viel wie das Budget für das nationale Bildungswesen. Während sich die Unternehmer über die „erdrückende Last“ der Zwangsabgaben aufregen, zeigt sich, dass jedes Jahr die Erhöhung der Beihilfen für Unternehmen mit einer Senkung aller sie betreffenden Zwangsabgaben einhergeht. Damit sind natürlich noch nicht die legale „Steuroptimierung“, die Nutzung von Steuerparadiesen und der Steuerbetrug erfasst.

Es gibt also eine unmittelbare Verbindung zwischen dem Kampf um Löhne und Sozialeinkommen und einem antikapitalistischen Kampf gegen die hohen Lebenshaltungskosten. Insofern geht der von der NUPES initiierte Marsch am 16. Oktober in die Richtung der unerlässlichen breiten Volksbewegung, die den Kampf um die Löhne und alle anderen Forderungen in Sachen Lebenshaltungskosten mit dem Kampf gegen die steigenden Preise für Mieten, Transport, Energie und Lebensmittel verbindet – alles Posten, bei denen klar ist, dass der Anstieg der Lebenshaltungskosten der einfachen Bevölkerung weit über der von der INSEE berechneten Inflation liegt.

Am 16. Oktober versammelten sich in Paris Zehntausende Demonstrant\*innen, die von den NUPES-Parteien (FI, EELV, PS, PC), der NPA und zahlreichen Vereinigungen mobilisiert worden waren. Trotz der Weigerung von CGT, FSU und Solidaires, sich an der Demonstration zu beteiligen, waren viele Aktivist\*innen und Gewerkschaftsfahnen zu sehen, und ein Aufruf von mehreren hundert Gewerkschaftsfunktionär\*innen zur Teilnahme zeugte von der Unterstützung dieser Initiative unter Gewerkschaftsaktivist\*innen.

In den kommenden Wochen und Monaten müssen vor allem auf lokaler Ebene all diese Initiativen zusammengeführt werden, wobei es natürlich nicht wieder eine „dominierende Macht“ geben sollte, wie France insoumise sie bei der Vorbereitung des 16. Oktobers einnehmen konnte. Es wäre hilfreich, wenn in den Städten Einheitsinitiativen einer breiten sozialen und politischen Front entstehen würden.

Denn parallel zu den Lohnkämpfen hat der parlamentarische Herbst sowohl den Druck der extremen Rechten und der sonstigen Rechten als auch den Willen der Macron-Borne-Regierung erkennen lassen. Letztere betrachtet sich als faktische Mehrheit, die ihre Politik trotz ihrer Niederlage bei den Parlamentswahlen im Juni durchsetzen kann. In vielen europäischen Ländern sind die institutionellen Parteien gezwungen, parlamentarische Bündnisse einzugehen und Kompromisse zu schließen, um eine Regierungsmehrheit zu bilden. Aus entgegengesetzten Gründen haben Macrons Partei (Renaissance) und die Republikaner trotz ihrer neoliberalen Verwandtschaft die Bildung eines solchen Bündnisses weder erreicht noch angestrebt.

Seitdem endet jede parlamentarische Abstimmung mit einem Diktat der Regierung, das die anderen Parteien dazu zwingt, entweder den Gesetzentwurf passieren zu lassen oder ein Bündnis aller Oppositionsparteien zu schließen, um den Rücktritt der Regierung zu erzwingen. Artikel 49.3 der französischen Verfassung ermöglicht es der Regierung, jedes Jahr den Haushaltsentwurf (PLF), den Gesetzesentwurf zur Finanzierung der Sozialversicherung (PLFSS) und einen Gesetzentwurf pro Parlaments-sitzung ohne Abstimmung durchzudrücken. Die Minderheitsregierung von Elisabeth Borne hat bereits ihre beiden Joker für den PLF und den PLFSS genutzt, indem sie sich die Freiheit nahm, Änderungsanträge, die von der Parlamentsmehrheit angenommen worden waren (z. B. eine Steuer auf Superprofite), nicht zu übernehmen. Sowohl die NUPES als auch die RN haben jeweils Anträge auf ein

Misstrauensvotum gegen die Regierung eingebracht, die jedoch nur von einer Minderheit angenommen wurden. In jedem Fall können die Regierung und ihre unternehmerfreundliche Politik nur durch soziale Mobilisierungen gestoppt werden, die in den kommenden Wochen weiter gestärkt werden müssen.

**1** In der *Nouvelle union populaire écologique et sociale* (NUPES – Neue ökologische und soziale Volksunion) sind La France insoumise (LFI), Parti de Gauche (PG) Ensemble!, Picardie Debout, Révolution écologique pour les vivants, Parti indépendant des travailleurs, Résistans Égalité 974, Europe Écologie–Les Verts, Génération.s, Les néo-démocrates, Génération d'écologie, Parti socialiste, Place publique, Parti communiste français, Pour La Réunion, Tavini Huiraatira, Pèyi-A. zusammengeschlossen.

**2** Am 29. September (einem Donnerstag) streikten und demonstrierten in etwa 200 Städten insgesamt mehr als 200 000 Menschen; Anmerkungen der Redaktion.

**3** TotalEnergies ging hervor aus der Fusion von Elf und Total, die 1994 privatisiert wurden. Es ist heute das umsatzstärkste Unternehmen Frankreichs...das in Frankreich praktisch nie Körperschaftsteuer zahlt und seit 2019 auch keine abgeführt hat. Dieser Konzern, der seit seiner Entstehung vom Staat gefördert wird, ist der fünfgrößte im Energiesektor weltweit und einer der Hauptverantwortlichen für Treibhausgasemissionen. Er verfolgt eine internationale Entwicklungspolitik, die sich mit dem Putin-Regime, Diktaturen wie in Burma arrangiert. Er verfolgt Projekte, die für die Umwelt und die Bevölkerung verheerend sind, etwa das Ölprojekt am Ufer des Albertsees mit einer auf 50 Grad erhitzten Pipeline durch Uganda und Tansania oder das Gasprojekt in der Tiefsee vor der Küste Südafrikas. Gleichzeitig behauptet der Konzern, sich ausschließlich in Richtung erneuerbare Energien zu entwickeln.

**4** <https://dares.travail-emploi.gouv.fr/publication/evolution-des-salaires-de-base-dans-le-secteur-privé-T22022>

**5** Die NAO (Négociations Annuelles Obligatoires) sind die jährlich verpflichtenden Verhandlungen über Entgeltanpassungen; Anm. d. Übers.

**6** IRES: CGT, CLERSE UMR 8019: Kapitalismus am Tropf. Mesure, théories et effets macroéconomiques des aides publiques aux entreprises françaises (Messung, Theorien und makroökonomische Auswirkungen staatlicher Beihilfen für französische Unternehmen) (Oktober 2022)

22.10.2022

Übersetzung: Jakob S.

## NEU bei ISP



Wolfgang Alles  
**Für Einheitsfront gegen Faschismus**

Zur Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930

Wissenschaft&Forschung 1  
Aktualisierte Neuauflage  
305 Seiten, 29,80 €  
ISBN 978-3-89900-001-6

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hermann Weber und einem Nachwort des Autors zum aktuellen Forschungsstand. Gegenüber der Erstausgabe wurden weiterhin Kurzbiographien von Mitgliedern der LO und der IKD sowie Abbildungen der Publikationen der LO und der IKD hinzugefügt.

1930 gründete sich die Linke Opposition der KPD (LO). *Wolfgang Alles* zeichnet mit seiner »Pionierleistung« (Prof. Dr. Hermann Weber) fundiert Politik und Geschichte der Linken Opposition der KPD ab 1930 nach. Die LO entwickelte eine realistische Alternative zu dem Versagen der Führungen von SPD, KPD und Gewerkschaften im Kampf gegen den Faschismus. Eine Alternative, deren Grundgedanken für den heutigen Kampf gegen die neuerliche faschistische Bedrohung sehr aktuell sind.

**Neuer ISP Verlag GmbH**

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: [neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de)

Internet: [www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)

# VORSICHT VOR DEN FALSCHEN FREUNDEN

Trotz des Einsatzes von Armee, Polizei, Revolutionsgarden und Basidsch-Miliz und trotz des weiterhin stark eingeschränkten Zugangs der Bevölkerung zum Internet gehen die Proteste gegen das Regime weiter.

■ **Yassamine Mather**

■ Auslöser war bekanntlich die Tötung von Mahsa Amini (mit ihrem kurdischen Namen Jîna Emînî) durch die Sittenpolizei, nachdem sie vor drei Wochen verhaftet wurde, weil sie ihr Kopftuch nicht ordnungsgemäß getragen hatte. Arbeiter- und inzwischen auch Lehrer\*innen, Studierende und Schüler\*innen haben gestreikt, demonstriert und Widerstand gegen das Regime geleistet. Vor allem die Schülerinnen zeigten offen ihre Abscheu vor dem Religionsstaat und seinen Gesetzen, die sich in das Privatleben von Jung und Alt einmischen, indem sie sich den Protesten anschlossen, Kopftücher schwenkten und Lieder gegen die Islamische Republik anstimmten.

Die normale Bevölkerung hat keine Angst mehr vor dem Regime und seinen Sicherheitskräften. Die Tatsache, dass das Regime Fotos retuschieren musste, um die Gegendemonstrationen viel größer als in Wirklichkeit erscheinen zu lassen, spricht Bände.

Videos und Fotos in den sozialen Medien zeigen Demonstrationen in weiterführenden Schulen und auch in den umliegenden Straßen. Es gibt ein kurzes Online-Video aus Karaj in der Nähe von Teheran, in dem Schülerinnen einen Basidsch-Milizionär, der versucht, die „Kopftuch-Regeln“ durchzusetzen, aus ihrer Schule drängen, indem sie „Schande über dich“ rufen und leere Plastikflaschen auf den Mann werfen, bis er verschwindet. Genial, wunderbar, inspirierend!

Offensichtlich sind weite Teile der Bevölkerung, insbesondere die Jugend, so wütend, dass sie sich nicht so bald geschlagen geben werden und keine noch so große Repression sie abzuschrecken scheint. Das bedeutet natürlich nicht,

dass die Demonstrationen risikolos verlaufen wären. Nach vorsichtigen Schätzungen sind in den letzten Wochen über 140 Menschen getötet worden. Wie angespannt die Lage ist, zeigt ein detaillierter Bericht vom 2. auf den 3. Oktober an der Scharif-Universität, der von der Islamischen Vereinigung der Scharif-Universität auf ihrem Twitter-Account veröffentlicht wurde und das Ausmaß der Einschüchterung und Unterdrückung verdeutlicht.

Die Islamische Vereinigung ist nicht für ihre radikalen politischen Ansichten oder gar für ihre Opposition gegen das Regime bekannt – daher die Bedeutung ihres Social-Media-Berichts über diese Ereignisse. In dem Bericht sieht man, wie Sicherheits- und Lehrkräfte der Universität die Studierenden zum Parkplatz der Universität bringen, damit sie über den Timuri-Platz zur U-Bahn, zu den Wohnheimen oder zu ihren Autos gehen können, und wie dann uniformierte Kräfte mit Gewehren auftauchen. Nachdem eine große Anzahl von Personen eingetroffen ist, wird denjenigen, die sich auf dem Parkplatz befinden, mitgeteilt, dass die Eingangstüren verriegelt bleiben und die Studierenden diesen Bereich zunächst durch einen Supermarkt verlassen müssen. Daraufhin gehen die uniformierten Kräfte mit Schlagstöcken, Gewehren und Motorrädern gegen die Studierenden vor.

## Die Rolle der Regierung ...

Wissenschaftsminister Mohammad Ali Zolfigol beschuldigte die protestierenden Studierenden, Eigentum zu beschädigen und „öffentliche Mittel zu verschwenden“. Ein Online-Video zeigt den Minister inmitten von Studieren-

den, die ihm von den Sicherheitskräften erzählen, die mit Kugeln und Tränengas auf sie schießen. Die Studierenden berichten, sie seien besorgt um die Menschen, die auf dem Campus eingeschlossen sind. Ein Student berichtet Zolfigol, dass viele von ihnen in anderen Instituten eingeschlossen sind und „jetzt machen wir uns Sorgen um ihre Sicherheit ... Wir machen uns Sorgen um ihr Leben“.

Ayatollah Chamenei (dem es im Gegensatz zu einigen westlichen Presseberichten recht gut zu gehen scheint) hielt am 3. Oktober seine erste Rede zu den jüngsten Ereignissen. Er machte die Feinde Irans für die Proteste verantwortlich, die durch den Tod von Mahsa in Haft ausgelöst wurden, den er als „bitteren Vorfall“ bezeichnete. Er fügte hinzu: „Ich erkläre unmissverständlich, dass der Aufruhr und die jüngsten Unruhen im Iran von den USA, dem falschen zionistischen Usurpatorenregime, ihren Söldnern und einigen iranischen Verrätern im Ausland, die ihnen geholfen haben, geplant wurden.“

Ohne Zweifel könnten sich die US-Regierung und der israelische Staat keine bessere Entwicklung wünschen als die derzeitige Rebellion, aber in diesem speziellen Fall kann nur das islamische Regime selbst verantwortlich gemacht werden, nicht nur für die Ermordung von Mahsa Amini – und vieler anderer – sondern auch für die politische und wirtschaftliche Situation, die zu diesen Protesten geführt hat.

In einer wirtschaftlich prekären Phase – verbunden mit großem Unmut über die Korruption auf allen Ebenen der staatlichen Bürokratie, mit der Wut über die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich, ganz zu schweigen von der Aufkündigung des Atomabkommens – erklärt die Regierung von Präsident Ibrahim Raisi die Einhaltung des „korrekten Tragens des Kopftuchs“ zum vorrangigen Thema unserer Zeit, nachdem es während der Präsidentschaft von Rohani einige kleinere Lockerungen gegeben hatte.

Nachdem sie etliche Jahre im Dämmerzustand verbracht hatten, versuchen die iranischen „Reformisten“ nun, aus diesem Debakel Honig zu saugen. Viele „Prominente“, die mit dieser Fraktion des Regimes verbunden sind – Schauspieler, Sänger, Filmregisseure, Fußballspieler – haben in den sozialen Medien ihre Unterstützung für die Proteste zum Ausdruck gebracht. Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, wie angeschlagen das Regime ist und dass nicht wenige das sinkende Schiff verlassen wollen.

Mir Hossein Mousavi, Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 2009 und Führer der grünen Bewegung, hat seine Unterstützung für die Protestwelle zum Ausdruck gebracht und die Streitkräfte aufgefordert, sich „auf die Seite der Wahrheit, auf die Seite der Nation“ zu stellen.

Das entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Hätte Mousavi 2009, als Hunderttausende gegen die gefälschten Wahlen protestierten, ähnlich geklungen und hätte er damals den Obersten Führer herausgefordert, wäre ihm und seinen Anhängern vielleicht die anschließende Repression ihres halbherzigen Widerstands erspart geblieben. So aber kommen seine Äußerungen zu spärlich und zu spät. Männer und Frauen, Arbeiter\*innen und Student\*innen, fordern den Sturz des gesamten Regimes, und ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendeine Fraktion des Regimes der Islamischen Republik es jetzt noch retten kann.

### ... und der Opposition

Der größte Teil der organisierten Opposition ist jedoch wenig prinzipientreu. Es gibt diejenigen, die eine „ausländische Intervention“ und vermehrte Sanktionen fordern Maßnahmen, die die derzeitigen Machthaber nur stärken würden. Dabei handelt es sich entweder um Parolen von Dummköpfen oder solchen, die tatsächlich mit der derzeitigen US-Regierung in Verbindung stehen oder mit neokonservativen Republikanern verbündet sind (wie die Anhänger des Ex-Schahs oder der verrückten islamischen Sekte Mudschahedin-e-Khalk, die von Saudi-Arabien unterstützt wird).

Alle Teile der iranischen „Linken“, die einen „Regimewechsel von oben“ unterstützen, sowie diejenigen, die in den letzten Jahren von israelischen, saudischen oder VAE-Geldern profitiert haben, fordern die westlichen Regierungen auf, auf jede erdenkliche Weise zu intervenieren. Ich muss wohl nicht betonen, dass ein solches Eingreifen US-amerikanischer oder europäischer Staaten der derzeitigen Bewegung schaden würde. Sie würde die schwindende Unterstützung des Regimes stärken und sollte daher unbedingt vermieden werden. Ausländische Staaten sollten nach wie vor dazu aufgefordert werden, ihre Hände vom Iran weg zu lassen. Das iranische Volk braucht zwar internationale Unterstützung, aber diese sollte von sozialistischen, demokratischen und proletarischen Kräften kommen.

Dann gibt es noch die Führer der – in meinen Augen – reformistischen Linken, angeführt von der Fedayin-Mehrheit, die nach wie vor Illusionen in bestimmte Fraktionen der Islamischen Republik hegen. Bei Farrokh Negahdar, dem ehemaligen Führer der Fedayin-Mehrheit und Anhänger der „Reformer-Fraktion“ des Regimes, liest sich das so:

„Es ist 40 Jahre her, dass allen Gegnern des *Wali-Faghih*-Systems (der Herrschaft des Obersten Rechtsgelehrten) das Recht entzogen wurde, an Wahlen teilzunehmen. Vor vier Jahren wurde allen Strömungen innerhalb des Systems,

ob fundamentalistisch oder reformorientiert, das Recht auf Teilnahme an den Wahlen verweigert. Sie haben die Wahlen angeordnet, damit sich Parlament und Regierung in den Händen der Gegner des JCPOA (Atomabkommen mit dem Iran) befinden. Der Führer sagte: ‚Ich werde eine Regierung bestimmen‘, und die Menschen sollen kommen und dafür stimmen. In diesen vier Jahren habe ich Hinz und Kunz angeschrieben und an jedes Bündnis appelliert mit den Worten: ‚Die Wiederbelebung des Nuklearabkommens‘ und ‚freie Wahlen‘ sind die Fenster der Hoffnung. Verschließt sie nicht ... Lasst die Menschen wieder an die Urnen gehen. Biden ist an die Regierung gekommen, und das Team von Sarif/Araghchi (Außenminister bzw. Atomverhandlungsführer während der Präsidentschaft von Rohani) soll die Arbeit zu Ende bringen.“

Dies sind interessante Kommentare. Was die Linke betrifft, so dauert die Unterdrückung durch die Islamische Republik nicht nur 40, sondern 44 Jahre an. Es ist jedoch verständlich, warum Negahdar die drei Jahre und neun Monate, in denen er und die prosovjetsche Tudeh-Partei auf der Seite des Khomeini-Regimes und seiner Revolutionsgarden standen, nicht als eine Ära der Unterdrückung betrachtet. In dieser Zeit hielt er es (und hält es noch immer) für legitim, Mitglieder der Linken anzugreifen, zu verhaften und zu töten!

Dann erzählt er uns, dass in den letzten vier Jahren, anstatt sich an die Demonstrant\*innen zu wenden und sich um wirklich grundlegende radikale Alternativen zu bemühen, alle Anstrengungen unternommen wurden, sich mit den Machthabern zu arrangieren. Negahdar fügt hinzu: „Die Islamische Republik ist mit einer geschlechts-, länder- und klassenübergreifenden Bewegung konfrontiert.“

Als wäre diese Position nicht schon schlimm genug, lässt sich noch eines obendrauf setzen: Im Grunde genommen rät die reformistische „Linke“ den Demonstrant\*innen, Gewalt zu vermeiden – als ob in einer Diktatur brutale Unterdrückung und Gewalt von ihnen ausgehen würden!

Eine andere führende Person der Fedayin-Mehrheit, Roghiyeh Daneshgari, äußert sich so: „Es liegt an den klugen Kräften des Landes – insbesondere an den Aktivist\*innen des Irans, die nach Gerechtigkeit und Freiheit streben –, die Polarisierung des Landes und die Zunahme von Wut und Gewalt bei den Protesten nicht zu schüren, damit das Land nicht in Asche zerfällt.“

Sie lehnt auch weiterhin jede Form von Gewalt ab. Dabei haben die Demonstrant\*innen keine Gewehre und keine Waffen. Gelegentlich haben Student\*innen Molotowcocktails eingesetzt, aber das diente zur Verteidigung

und als Vergeltung für Tränengas, Pfefferspray und Kugeln, die von der Armee und anderen Sicherheitskräften abgefeuert wurden. Man könnte sich vielmehr fragen, warum Roghiyeh Daneshgari sich in den letzten 44 Jahren nicht gegen die Gewalt des Staates verwahrt hat. Warum hat sie nicht die Gewalt in den frühen 1980er Jahren verurteilt, als sie Teil der „legalen“ Opposition war, während wir als Fedayin-Minderheit Angriffen von Hubschraubern auf unsere kurdischen Stützpunkte ausgesetzt waren? Offensichtlich war staatliche Gewalt damals für sie in Ordnung und ist auch heute noch akzeptabel – nur der Widerstand von unbewaffneten Demonstranten ist demnach verwerflich.

Diese Menschen haben prinzipielle Angst vor radikalen Veränderungen. Sie sind froh, wenn das derzeitige System mit einigen „Reformen“ bestehen bleibt, und sie geben vor, mit den Demonstrant\*innen zu sympathisieren, während sie sie in Wirklichkeit ablehnen.

Teile der Linken wiederholen den alten Fehler, die „Einheit mit allen“ anzustreben, nach der Devise: „Lasst uns unsere Reihen nicht spalten – wir sind alle Iraner\*innen“. Nun, man muss schon völlig idiotisch sein, um sich nicht daran zu erinnern, wohin diese „Einheit“ beim letzten Mal geführt hat: zur Unterstützung von Ayatollah Khomeini!

Es ist unmöglich vorherzusagen, was in den nächsten Wochen geschehen wird. Die Polizei und die Armee haben hauptsächlich Gummigeschosse eingesetzt, die schwere Verletzungen und Schmerzen verursachen können, aber nicht unbedingt töten. Wenn die Proteste zunehmen, könnte es durchaus sein, dass sie auch scharfe Munition einsetzen und dass viel mehr Menschen getötet werden.

Auch andere internationale Entwicklungen könnten die Lage im Iran beeinflussen. Offensichtlich sind Raisi und Chamenei enge Verbündete von Wladimir Putin, Fans seiner „Entschlossenheit und Initiative“ in der Ukraine. Dies könnte eine Rolle gespielt haben bei der harten Reaktion des Regimes auf die Trauerbekundungen und Proteste unmittelbar nach dem Tod von Mahsa Amini. Da Putin in der Ukraine fast sicher eine Niederlage droht und seine Zukunft ungewiss scheint, muss sich die iranische Führung gewahr sein, einen engen Verbündeten zu verlieren.

Wir können nur hoffen, dass es nicht zu einer „Intervention“ des Westens kommt.

Aus: *weekly worker* vom 6.10.22

Übersetzung: MiWe

# Solidarität mit der Protestbewegung im Iran

*Seit dem 16. September wird der Iran durch breite Proteste gegen die Politik der herrschenden Clique in Aufruhr versetzt. Auslöser war der brutale Mord an der jungen Frau Jîna Eminî (amtl. nur pers. Mahsa Amini erlaubt), die von der „Sittenpolizei“ zu Tode geprügelt wurde.*

## ■ Exekutivbüro der IV. Internationale

Die Dauer und die Ausdehnung der Demonstrationen auf alle Landesteile und fast alle Bevölkerungsschichten zeugen von einer tiefsitzenden Unzufriedenheit und Wut, die nicht nur in der Ablehnung der Kleiderordnung für Frauen begründet ist. Die Ursachen liegen auch in einer seit Jahren sich zuspitzenden Not für weite Bevölkerungsteile und in einer massiven politischen Unterdrückung.

Anders als bei früheren Unruhen, etwa gegen Wahlbetrug (2009) oder gegen steigende Treibstoffpreise (2019), steht heute der Ruf im Vordergrund: „Nieder mit der Islamischen Republik!“ Nach einem Monat der Proteste hält die Bewegung stand und breitet sich aus.

Im Vergleich zu den vergangenen Jahrzehnten ist die soziale Not in der Bevölkerung heute noch größer. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt unterhalb des Existenzminimums und überlebt nur mit großen Schwierigkeiten. Die Gesundheitsversorgung ist noch schlechter geworden als sie ohnehin schon war. Die ökologischen Schäden sind enorm: Wasserknappheit, Wüstenbildung und Entwaldung treffen vor allem die Landbevölkerung, und in den Städten ist die Luft- und Wasserverschmutzung hoch.

*Auffallend und begeisternd* ist, dass die Bewegung von jungen Frauen, auch von Schülerinnen, angeführt wird. Dies erklärt sich durch die Geschichte der Frauenkämpfe und -bewegungen im Iran seit den Tagen vor der Revolution von 1979. Die Unterstützung der Bevölkerung beruht auf einem inzwischen weit verbreiteten Hass auf das Regime und die korrupte theokratische Clique, die das Land beherrscht und ausbeutet und sich darüber zu Dollar-Milliardären gemacht hat.

Die Tatsache, dass die Bewegung trotz der harten Repression so lange und so breit anhält, lässt sich nur durch die Wut erklären, die vor allem die jüngeren Generationen empfinden. Weite Teile der Studierenden und Schüler\*innen wehren sich gegen ihre Kasernierung und gehen für ein anderes Leben auf die Straße.

*Die zweite Besonderheit* der heutigen Protestwelle ist, dass sie sich von Jîna (Mahsa) Aminis Heimatstadt in Kurdistan über das ganze Land ausgebreitet hat. Deshalb ist der kurdische Ruf „Jin Jiyan Azadi“, der ins Persische mit „Zan Zendegi Azadi“ übersetzt wird, heute zur wichtigsten Losung der Bewegung geworden. In Kurdistan haben die Ablehnung des theokratischen Regimes und der Kampf um Selbstbestimmung eine lange Tradition und treten jetzt mit Macht hervor. Neu ist das Ausmaß der Proteste in Belutschistan, wo die soziale Unterdrückung und die Armut landesweit am schlimmsten ist. Die Repression dort zeigte sich zum Beispiel am 7. Oktober, als bei einer Demonstration in der Provinzhauptstadt Zahedan mehr als 100 Menschen erschossen wurden.

*Und ein drittes herausragendes Merkmal* sollte nicht übersehen werden: Seit einer Woche mehren sich die Aufrufe zum politischen Streik, wie es sie seit mehr als 35 Jahren, seit dem Zerschlagen von Arbeiterräten und linken Organisationen, nicht mehr gegeben hat. Ein erster Teil der Ölindustrie in der südlichen Provinz Khuzistan befindet sich seit einer Woche im Streik, was Erinnerungen an 1979 wachruft, als der Streik der Ölarbeiter den Auftakt zu einem landesweiten Generalstreik bildete. Die Führungen der wichtigsten unabhängigen Gewerkschaften befinden sich allerdings fast ausnahmslos im Gefängnis.

Es ist einzig und allein Sache des iranischen Volkes, sein Schicksal selbst zu bestimmen, mit vollen demokratischen Rechten und der Gleichstellung der Geschlechter, mit Religionsfreiheit und Säkularismus, mit der Verteidigung der Rechte aller Minderheiten und dem Einsatz für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit.

Deshalb rufen wir auf:

■ Ausweitung der internationalen Unterstützung durch alle fortschrittlichen und linken Kräfte für die Protest- und

Aufstandsbewegung im Iran gegen die religiöse Diktatur, für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten und für die Zerschlagung der Polizei und der Milizen, die die individuellen Freiheiten, insbesondere der Frauen, unterdrücken.

■ Internationalistische Solidaritätsbekundungen wie Grußbotschaften von Frauenbewegungen, Gewerkschaften, Studierendenvereinigungen usw., um die Bewegung politisch und moralisch zu unterstützen. Wir ermutigen die Gewerkschaften, mit ihren Partnern praktische Formen der Solidarität zu erörtern, wir rufen die Universitäten auf, ihre Partner aufzufordern, das Leben und die Freiheit ihrer Studierenden zu schützen, und wir appellieren an die Frauen- und Studierendenbewegungen, Verbindungen mit den Bewegungen im Iran herzustellen.

■ Von entscheidender Bedeutung ist auch die Unterstützung öffentlicher Solidaritätsaktivitäten, die fortschrittliche Kräfte der iranischen Gemeinde im Exil mit der Bewegung im Iran organisieren.

Wir fordern:

■ Die Beendigung aller Repressionen im Iran und die Untersuchung der Verbrechen, die der Staat bei der Unterdrückung der Bevölkerung begeht, durch Menschenrechtsorganisationen.

■ Für das Recht auf humanitäre Visa vor allem für verfolgte Frauen und Mädchen und LGBTIQ-Menschen, die vor der Repression im Iran fliehen.

**Frau, Leben, Freiheit!**

**Zan, Zendegi, Azadi**

**Jin, Jiyan, Azadî**

18. Oktober 2022



Jakob Schäfer


## Die Warengesellschaft und die Herausforderung der multiplen Krise



### Neuerscheinung

**Einband:** Paperback  
**Umfang:** 156 Seiten  
**Format:** 15,5 x 22,5  
**Auflage:** 1, NAP 2022  
**ISBN:** 978-3-7003-2247-4  
**EUR:** 17.50

**Die Warengesellschaft und die Herausforderung der multiplen Krise**

Wenn es noch einer Bestätigung bedurfte, dann hat die Klimakonferenz 2021 (COP 26) erneut belegt, dass sich die bürgerliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (vulgo: der Kapitalismus) in einer tiefen Krise befindet. Die daraus sich ergebende Herausforderung ist sicher in puncto Klimawandel die größte und drängendste, aber längst nicht die einzige.

Somit stellt sich – nicht nur, aber vor allem den Aktiven in der Klimabewegung – die Frage nach einer Systemalternative.

# „DIE WARENGESELLSCHAFT UND DIE HERAUSFORDERUNG DER MULTIPLLEN KRISE“

Bei dem Buch des Genossen Jakob Schäfer handelt es sich nicht um „Theoriearbeit“ im engeren Sinn, vielmehr zielt es auf die politische Organisation des Widerstands gegen die verheerenden Folgen der kapitalistischen Produktionsweise ab.

■ Friedrich Voßkübler

Auf Mandels Aufsatz „Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewusstseins“ zurückgreifend, formuliert Jakob: „Die Klasse, die das objektive Potential für einen Umsturz der Gesellschaftsordnung aufweist, sich aber unter normalen kapitalistischen Bedingungen ganz und gar nicht revolutionär betätigt, wird nach allen Erfahrungen der Geschichte nicht ‚spontan‘, d.h. von ihren unmittelbaren aktuellen Erfahrungen ausgehend, den Weg raus aus der sich anbahnenden Katastrophe finden.“

## 1. Theorie im Dienst der politischen Organisationsarbeit

Um zu verhindern, dass aufgrund mangelnder Verarbeitung der Lehren aus der Geschichte der Klassenkämpfe der vergangenen 150 Jahre immer nur wieder neue Niederlagen vorprogrammiert werden, kommt es auf zweierlei an: Auf die systematische wissenschaftliche Aufarbeitung der Lage, in der sich die Menschheit befindet, sowie auf die systematische Verankerung revolutionärer Theorie und Praxis in den Reihen der fortgeschrittenen Arbeiter\*innen bzw. Arbeiter\*innenklasse im weiten Sinn der Bedeutung. Dies ist keine ‚Theoriearbeit‘. Ohne eine organisierende Verarbeitung jeweils aktueller Kampferfahrungen wird

dieses Bemühen fruchtlos bleiben. Es kommt also auf die politisch organisierende Arbeit an“ (82)<sup>1</sup>. Dieser Arbeit dient das Buch von Jakob Schäfer.

Und wohin soll diese führen? Erstens dahin, dass die „große Mehrheit der Bevölkerung“ davon „überzeugt“ wird, dass der „Umbau“ (102) der herrschenden Produktionsweise notwendig ist, um den Prozess der Zerstörung der ökologischen Grundlagen der menschlichen Gattung aufzuhalten, und zweitens dahin, dass sich – darauf aufbauend – die Einsicht entwickelt, „dass eine „ökologische und solidarische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nur jenseits der Warenwirtschaft“ (102) entstehen kann. Wobei Letzteres nur gelingen kann, wenn die „Zusammenhänge von klassenpolitischen und ökologischen Interessen“ (102) erfasst werden und „Kämpfe“ geführt werden, die diese Interessen „miteinander verbinden“ (102). Die These Schäfers ist somit die, dass die immer bedrohlichere Formen annehmende ökologische Krise sich nicht ohne den „Umsturz“ der „Gesellschaftsordnung“, welche sie bedingt, bewältigen lassen wird. Und das setzt voraus, dass sich die „Klasse“, die „das objektive Potential“ für diesen „Umsturz“ besitzt, politisch unter dem Ziel des revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus organisiert. Zu diesem Zweck ist die Herausbildung einer Vorhut aus

den „Reihen der fortgeschrittenen Arbeiter\*innen bzw. Arbeiter\*innenklasse“ notwendig, die in der Lage ist, die „systematische wissenschaftlichen Aufarbeitung der Lage“ praktisch fruchtbar zu machen, heißt: mit den Erfordernissen der konkreten Kämpfe zu verbinden und letztere politisch auf den Bruch mit der kapitalistischen Produktionsweise zuzuspitzen.

Um an Rosa Luxemburg anzuknüpfen: Selbstverständlich gilt ihr Wort „Kapitalismus oder Barbarei!“ immer noch. „Ökosozialismus oder Barbarei!“ – darum geht es jetzt. Und der Begriff „Ökosozialismus“ impliziert, dass nur der Bruch mit dem Kapitalismus die „Barbarei“ verhindern kann. Das hinwiederum macht es unumgänglich notwendig, der ökonomischen Zentralkategorie des Kapitalismus, der Ware, ans Leder zu gehen und die Gebrauchswertproduktion in den Mittelpunkt zu stellen. Dass dies eine zugleich demokratische und zentrale Planwirtschaft erforderlich macht, ist ein tragendes Element der Argumentation Schäfers. Das schließt alle Kungeleien mit dem Kapitalismus aus, alles Gerede von einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ z.B., zudem alle strategischen Hirnwebereien, man könne den Kapitalismus überwinden, ohne ihn abzuschaffen. „Ökosozialismus oder Barbarei!“: Diese Formulierung gedenkt nicht, die Augen vor den barbarischen Implikationen der Gesetzmäßigkeiten des Kapitals zu verschließen, sie ist antireformistisch durch und durch. „Die Ökologisierung des Sozialen und die Sozialisierung der Ökologie“ (23), beides zusammen erfordert strategisch den Bruch mit dem Kapital als „automatisches Subjekt“ und somit entschiedenen Klassenkampf. Ohne den geht's nicht.

## 2. Die zentrale strategische Funktion des Übergangsprogramms

Fakt ist allerdings, dass die Menschen „in ihrer großen Mehrheit nicht bereit sind, den Kampf für ein anderes System aufzunehmen“. „Dies liegt zwar zu einem beträchtlichen Teil an mangelnder Kenntnis der Gesamtlage, mehr aber noch an der fehlenden Perspektive, wie denn überhaupt die Alternative aussehen könnte oder sollte. Hinzu kommt, dass das soziale und politische Kräfteverhältnis zwischen den Klassen nicht gerade Mut macht, auf Konfrontation mit den Herrschenden und den Profiteuren der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu gehen“. Daher, so Jakob Schäfer, „hat ein sogenanntes ‚Maximalprogramm‘, das mit einer unvermittelten und sofortigen Konfrontation die Machtfrage stellen will, noch geringere Erfolgchancen, als es das schon in der Vergangenheit hatte“. „Umgekehrt hat auch ein Reformprogramm, das den Kapitalismus reformieren

oder ihn scheinbarweise (zudem mit einer Politik von oben) überwinden will, keine Erfolgsaussichten. Weder hat die Menschheit Zeit für einen langwierigen ‚Reformprozess‘, noch haben graduelle Veränderungen von Wirtschaft und Staat jemals zu einem Systemwechsel geführt“. Woraus folgt: „Es braucht demzufolge – und zwar mehr denn je – ein Programm, das die Kluft zwischen dem aktuellen Bewusstsein breiter Bevölkerungsschichten und der großen Herausforderung, vor der die Menschheit steht, zu überwinden vermag“. Wobei gilt: „Mehr denn je kommt es heute darauf an, dass so früh und so umfassend wie möglich die Gesamtperspektive sichtbar wird“ (111). Dies ist die strategische Funktion des Übergangsprogramms. Es hat die Aufgabe, „den Widerspruch zwischen den objektiven Bedingungen für eine Revolution einerseits und der Unreife des subjektiven Faktors andererseits zu lösen“. Es baut „eine Brücke“ „zwischen dem aktuellen Bewusstsein breiterer Schichten und dem Kampf für qualitative und weiterführende Forderungen“ (118).

Unterworfen der Manipulation ihrer Bedürfnisse und Interessen durch die „Fetischismen“ der Ware und des Kapitals bleiben die Menschen notwendigerweise hinter den herangereiften „objektiven Bedingungen für eine Revolution“ zurück. Sie bleiben im Vergleich mit diesen Bedingungen solange „unreif“, solange sie nicht für ihre tatsächlichen Interessen eintreten, solange sie nicht dafür kämpfen, dass letztere objektive Gültigkeit erlangen. Gelingt dies, dann hat sich der „subjektive Faktor“ qualitativ auf dieselbe Ebene wie die „objektiven Bedingungen der Revolution“ angehoben und verwandelt sich zu einem an und für sich selbst revolutionären Faktor. Das Übergangsprogramm zielt genau darauf ab. Indem es an dem „aktuellen Bewusstsein“ der „breiten Schichten“ ansetzt und dieses mit dem „Kampf für qualitative und weiterführenden Forderungen“ verbindet, hebt es dieses Bewusstsein auf eine höhere Stufe. Inwiefern? Insofern es die Menschen dazu verhilft, sich ihrer eigentlichen Interessen deutlich bewusst zu werden und sich aus dem Fetischismuspanzer der Ware und des Kapitals – aus der „Entfremdung“ – zu befreien. Das Bewusstsein der „breiten Schichten“ zu revolutionieren, damit es zu einem tragenden Element der sozialen Revolution wird, das beabsichtigt das Übergangsprogramm. Zu diesem Zweck setzt es bei den Interessen der Menschen an und radikalisiert sie dergestalt, dass sie die Systemgrenzen der kapitalistischen Produktionsweise überschreiten.

Ich möchte die Tiefendimension der Konzeption des Übergangsprogramms an einem Beispiel verdeutlichen, am Grundbedürfnis nach gesunder Nahrung. Dieses spielt

für die kapitalistische Wertrechnung keine Rolle, da sie im Bezug auf die Produktion und Verarbeitung von Nahrungsmitteln letztlich nur das Ziel hat, die Kosten für die Reproduktion der Arbeitskräfte zu senken und den Mehrwert aus ihrer Anwendung im Produktionsprozess zu erhöhen. Alle Künste des Verpackungsdesigns können aber nicht verbergen, dass nur minderwertige Nahrungsmittel auf den Tisch der arbeitenden Bevölkerung kommen. Nahrungsmittel zudem, die die imperialistischen Weltmarktbeziehungen voraussetzen, welche einen systematischen Raub der Ressourcen z.B. des globalen Südens betreiben, die dort ganze Landschaften in Agrarmonokulturen verwandeln, welche wiederum den Einsatz von Pestiziden erfordern, an denen sich dann im Übrigen die Pharmamonopole gesundstoßen usw. usf. Aber letztlich trifft so etwas mehr oder weniger weltweit auf die gesamte kapitalistische Industrieproduktion der Nahrungsmittel zu. Die Folge ist: Während im Süden die einen hungern oder sogar verhungern, derweil die Börse in Chicago ihre Hand auf die weltweit produzierten Nahrungsmittel legt und deren Preise bestimmt, kommt den anderen im globalen Norden billig gemachter und chemisch aufgepeppter Schund auf den Tisch. Zu verhungern oder sich von Schund zu ernähren, das sind zwei Erscheinungsformen der Armut, die der Kapitalismus für die Menschen, die von ihrer Arbeit leben, parat hält. Den Menschen im globalen Norden mit Billigkram das Maul zu stopfen, gehört zur Machtstrategie des Kapitals. Dass dabei die Gesundheit flöten geht, ist ihm letztlich ganz recht, bieten doch die diversen entstehenden Stoffwechselstörungen für die Pharmaindustrie die Möglichkeit zu einer stets anwachsenden Medikamentenflut und sich stetig vermehrendem Reibach.

Wofür steht unter diesen Bedingungen das Grundbedürfnis nach *gesunder* Nahrung? Dafür, sich nicht mit Billigkram abspesen lassen zu wollen. Dafür, sich nicht das Maul stopfen lassen zu wollen. Dafür, *gut* leben zu wollen und nicht verführt zu werden durch Geschmacksverstärker, Fett und Zucker, was ja eine Form aufgezwungener Armut ist. Marx wusste, dass nur der sinnlich entfaltete Mensch – der an Bedürfnissen Fähigkeiten und Fertigkeiten vielfältig entwickelte Mensch – tatsächlich *reich* ist. *Gut* zu leben, das heißt in der eben mit Marx gezeigten Bedeutung somit *sinnlich reich* zu sein. Und nur der, der seinen sinnlichen Reichtum entfaltet hat und dem – wie Marx sagt – der andere Mensch das höchste Bedürfnis ist, ist, da er im Gleichklang mit sich selbst ist, im eigentlichen Sinn *gesund*. Wovon, deucht mich, die Pharmaindustrie und die Medizin keinen blassen Dunst haben.

Es gehört zur Tiefendimension des Übergangsprogramms, nicht ziellos von einem Punkt zum anderen zu springen, sondern zwischen den erhobenen Forderungen einen schlüssigen Zusammenhang zu erstellen. Sicher gehört die Forderung nach Rück- und Umbau der profitorientierten industriellen Produktion von Nahrungsmitteln in das Übergangsprogramm. Und ganz sicher muss es für die ökologische Landwirtschaft eine Lanze brechen. Ebenso klar ist aber meiner Meinung nach auch, dass beides mit der Perspektive der Gesundheit und des *guten* Lebens verbunden werden muss. Was beides, wie dargestellt, den Horizont zu einer leitenden Vorstellung des Marxismus hin eröffnet, zur regulativen Idee des „reichen Menschen“.

### 3. Die strategische Bedeutung der Arbeiterkontrolle

Bei alle dem eben zum Übergangsprogramm Gesagten gilt jedoch: „Dreh- und Angelpunkt eines antikapitalistischen Systemwandels ist und bleibt die Herausforderung der Macht des Kapitals in den Betrieben“ (120). Oder, wie Jakob Schäfer sagt: „Die Arbeiter\*innenklasse ist der Möglichkeit nach die Beherrscherin des Produktions- und Verteilungsprozesses der Güter (im Kapitalismus: der Waren) und Dienstleistungen. Die Entscheidungsgewalt über Produktion und Verteilung ist der Dreh- und Angelpunkt der herrschenden Gesellschaftsordnung. Es können sich ‚ideologisch‘, ‚kulturell‘, allgemein politisch noch so viele Dinge ändern: All dies bleibt zweitrangig und ist nicht von Dauer, wenn die Arbeiterkontrolle über die Produktion nicht erkämpft ist und die Arbeiter\*innenklasse nicht auf diesem Wege die Machtfrage zu ihren Gunsten gelöst hat“ (120f.). Kurzum: Der Kampf um die Bereitschaft „breiter Bevölkerungsschichten“ für ein anderes System benötigt, um nicht gleichsam „im leeren Raum“ zu schweben, die „Herausforderung der Macht des Kapitals in den Betrieben“. Ohne den Kampf der Arbeiter\*innen um die Kontrolle über die Produktion fehlt ihm die Basis. Obwohl das so ist, bilden beide Kämpfe selbstverständlich eine strategische Einheit.

Die Arbeiterkontrolle, so Jakob Schäfer, „geht vom Gedanken des *Vetos* aus, der Blockierung von Entscheidungen, die sich gegen die Arbeiter\*innen richten, sie sagt (noch) nicht, welche Entscheidungen der Betrieb und vor allem welcher Plan für die Gesamtwirtschaft gelten soll. Sie zielt zwar auf vollständige Information („Offenlegung der Bücher“), sagt aber nicht, *wie* etwas laufen soll, sondern im Wesentlichen: ‚*So nicht!*‘. Die Logik der Arbeiterkontrolle ist also eine Brücke, die den Übergang von der kapitalistischen Produktionsweise zu einer sozialistischen weist. Sie ist damit ein wesentlicher Baustein in einem revolutionä-

ren Übergangsprogramm“ (122). Wie eben schon gesagt gehört zur Arbeiterkontrolle die Offenlegung der Bücher („Weg mit dem Geschäftsgeheimnis!“), die Offenlegung aller Bankkonten von kapitalistischen Unternehmen, das Vetorecht bei Entlassungen, Lohn- und Gehaltskürzungen, das Veto gegen jegliche Beschleunigung des Rhythmus und der Intensivierung der Arbeit, die Kontrolle über die Bedingungen der Arbeitssicherheit, vor allem aber auch die Kontrolle darüber, was produziert wird und wie produziert wird, was ja eine unverzichtbare Grundlage für einen wirkungsvollen Kampf für eine Konversion der Waffenindustrie und der Autoindustrie ist, die Kontrolle der Umweltverschmutzung und die Kontrolle aller Maßnahmen im Gesundheitswesen (siehe dazu bei Schäfer S.126f.) usw. usw.

Die Arbeiterkontrolle bedeutet etwas ganz anderes als betriebliche Mitbestimmung. Letztere kettet die Beschäftigten ans Kapital, die Arbeiterkontrolle aber verschafft ihnen die Kenntnisse, die dafür erforderlich sind, die „gesamte nationale Industrie“ (Trotzki) gemäß ihren eigenen Bedürfnissen einmal planen zu können. Sie schafft die Möglichkeit einer die Gesetze der Kapitalakkumulation hinter sich lassenden gesamtgesellschaftlichen Rationalität. Mit den Worten Trotzki: „Die Aufgabe besteht darin, das ganze Produktions- und Verteilungssystem nach vernünftigeren und würdigeren Grundsätzen umzugestalten“. Derart aufgefasst ist die Arbeiterkontrolle die „*Schule der Planwirtschaft*“ (Trotzki).

Strategisch geht es sowohl im Kampf um die Bereitschaft „breiter Bevölkerungsschichten“ für ein anderes System als auch im Kampf um die Kontrolle über die Produktion in den Betrieben darum, dass möglichst stabile und kampffähige Formen der Selbstorganisation, Räte also, entstehen, die sich gegen die Macht des Kapitals und seines „geschäftsführenden Ausschuss“, den Staat, richten. Kurz und knapp: Es geht darum, dass eine *Doppelmachtsituation* entsteht, die die Kräfte der arbeitenden Bevölkerung zum entscheidenden Kampf um die gesamtgesellschaftliche Macht zusammenführt. Jakob Schäfer ist es völlig klar: Nur wenn aus den Bedürfnissen und Interessen der Menschen ein politischer Schub hin zur Doppelmachtsituation entsteht, nur dann, wenn die Kontrolle über die Produktion erkämpft worden und die Überzeugung entstanden ist, dass es unumgänglich ist, mit dem Kapital und dem Staat den Kampf um die Macht zu führen, wird es überhaupt eine „ökologische und solidarische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ geben können. Deswegen muss alle politische Organisationsarbeit auf das Entstehen einer Doppelmachtsituation und den Kampf um die gesamtge-

sellschaftliche Macht hinauslaufen. Dies gilt nach Jakob Schäfer gerade auch für unseren Zeit der galoppierenden ökologischen Krise.

#### 4. Revolutionärer Humanismus

Wenn Trotzki formuliert, dass die „Aufgabe“ „darin besteht“, „das ganze Produktions- und Verteilungssystem nach vernünftigeren und würdigeren Grundsätzen umzugestalten“, dann wird deutlich, welches Ziel der zu führende Kampf um die Macht hat. Das Ziel ist ein „revolutionärer Humanismus“. Jakob Schäfer führt aus: „Anknüpfend an Leo Kofler und Helmut Fleischer wollen wir den Humanismus in folgender Weise umreißen. Der revolutionäre Humanismus lässt sich nicht mittels eines festen und gleichsam geschichtslosen Kanons bestimmter Verhaltensweisen bestimmen. Es lassen sich aber gewisse Prinzipien definieren, die in ihrem Zusammenwirken das anzustrebende Humane ausmachen: produktiv/kreativ sein können, nicht auf bestimmte Tätigkeiten festgelegt sein, Selbstbestimmung ausüben, sprachliche Kommunikativität entwickeln können. Gemeinschaftsfähigkeit entfalten. Demzufolge ist eine Gesellschaftsformation wesentlich humanistisch geprägt, wenn sie die Menschen nicht nur zur Selbstbestimmung, sondern auch zur Selbsttätigkeit befähigt und wenn sie gleichzeitig die solidarische Kooperation befördert. Auf der Autonomiefähigkeit und Solidaritätsfähigkeit aufbauend erwächst die Achtung vor den Anderen. Als leitendes Prinzip wird dies deswegen angenommen und verinnerlicht, weil es sich – zumindest nach einer gewissen Zeit – für alle als sinnvoll und nützlich erweist“ (71).

Um von daher das Gesagte zusammenzufassen: Jakob Schäfer vertritt in seinem Buch einen kämpferischen „revolutionären Humanismus“. Dieser ist für ihn das alle politische Praxis „leitende Prinzip“. Dem kann ich als von Lefebvre geprägter Gramscianer vorbehaltlos zustimmen. Das Buch ist eine konsequent trotzkistisch argumentierende Schrift, welche mit großer Kompetenz die „multiple Krise“ des Kapitalismus analysiert und die politisch notwendigen Schritte zu ihrer revolutionären Überwindung aufzeigt. Ich habe mich darauf beschränkt, die argumentative Tiefenstruktur der Schrift Jakob Schäfers deutlich zu machen. Diese ist interessant und ist wertvoll genug. Gleichwohl würde es mich reizen, die Sache einmal aus der Perspektive meiner eigenen Tradition dazulegen.

1 S. 82 in Schäfers Buch

# Wer wir sind und was wir wollen



Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss\*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu

einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist\*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBIQ und anderen Themen, in denen Aktivist\*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

# Hochwasserkatastrophe in Pakistan

*Nach einer besonders schweren Hitzewelle hat Pakistan beispiellose Überschwemmungen erlebt, die auf eine Störung des Monsunzyklus, sintflutartige Regenfälle, Sturzfluten und das immer schnellere Abschmelzen der Gletscher im Himalaya zurückzuführen sind.*

Nach offiziellen Angaben der Nationalen Katastrophenschutzbehörde haben die Überschwemmungen bisher 1350 Menschen das Leben gekostet. 1 Million Häuser sind ganz oder teilweise beschädigt, so dass Millionen Menschen dringend eine Unterkunft benötigen. Mehr als 50 Millionen Menschen mussten ihre Häuser verlassen.

Pakistan verursacht weniger als 1 % der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen und ist dennoch eines der Länder, die die schlimmsten Folgen der Klimakrise zu tragen haben. In den letzten 20 Jahren rangierte es im Globalen Klimarisiko-Index stets unter den zehn am stärksten gefährdeten Ländern der Welt. Pakistan und andere südasiatische Länder sind die Brennpunkte der Klimakrise.

Am stärksten betroffen sind die Reis- und Baumwollanbaugebiete in Sindh und Süd-Punjab. Fast die Hälfte der Baumwollernte wurde weggespült. Millionen von betroffenen Pakistani benötigen dringend Hilfe, da die Behörden nach eigenen Angaben von dem Ausmaß der Katastrophe „überwältigt“ sind. Die Klimaministerin des Landes nennt sie eine „schwere Klimakatastrophe“.

Für Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen für die von der Flutkatastrophe Betroffenen benötigt die Regierung über 72 Mrd. Rupien [ca. 330 Millionen Euro]. Nach dem ersten Angebotsbewertungsbericht werden mehr als 7 Mrd. Rupien Bargeld benötigt sowie fast 9 Mrd. Rupien für Hilfsgüter und fast 2 Mrd. Rupien für medizinische Ausgaben.

Die von der Flutkatastrophe Betroffenen benötigen sofort folgende Hilfsgüter:

- Sauberes Trinkwasser
- Trockenbrennstoffe wie Holz, Petroleum usw.
- Trockenlebensmittel (da gekochte Lebensmittel verderben können oder nur einmal verwendbar sind)
- Trockenmilch (für Kinder) und Kisten mit Flüssigmilch

- Leintücher (anstelle von Wolldecken und Federbetten)
- Gebrauchsfertige robuste Kleidungsstücke [statt Saris]
- Plastikschuhe, da normale Lederschuhe mit Nähten im stehenden Hochwasser unbrauchbar sind
- Damenbinden (mit Einweghüllen) oder Stoffbinden für die betroffenen Frauen
- Grundnahrungsmittel wie Reis, Mehl und Linsen für Menschen, die aufgrund von Überschwemmungen in ihren Häusern festsitzen
- Trockenfutter für Rinder
- Zelte

Das PKRC<sup>1</sup> und die Haqooq-e-Khalq-Partei leisten seit dem 29. Juli 2022 Hochwasserhilfe und stehen in Kontakt mit den betroffenen Gemeinden in Süd-Punjab, Sindh, Belutschistan und KPK.

Wir senden Hilfsgüter und Lebensmittelrationen an diejenigen, die sofortige Hilfe benötigen. Außerdem haben wir Gesundheitsstationen organisiert, in denen junge Ärzt:innen ehrenamtlich arbeiten. Spenden Sie bitte auf dieses Konto:

Kontoinhaber Christiaan Boissevain  
IBAN: DE87 5001 0517 5426 9968 24  
BIC: INGDEFFXXX  
Stichwort: Hilfe Pakistan Flutkatastrophe

Wir leiten alle eingehenden Spenden ungekürzt an unsere Partnerorganisation „Crofter“ weiter. Die Crofter Foundation ist eine eingetragene Organisation in Pakistan.

Quelle: <https://www.europe-solidaire.org/spip.php?article63800>

Übersetzung: Paul H., Björn M.

**1** Das Pakistan Kissan Rabita Committee (PKRC) ist ein Netzwerk von Kleinbauern und Bauernorganisationen, das 2003 in Pakistan gegründet wurde. Es ist Mitglied von Via Campesina, die sich für bäuerliche Familienbetriebe, Ernährungssouveränität und Landrechte einsetzt.